

## Die weltanschaulichen Grundlagen des neuen Arbeitsrechtes

Von W. A. TH. MÜLLER-NEUHAUS VDI

*Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 gibt für Handwerks- und Industriebetriebe aller Art im ganzen Deutschen Reich vollständig neue Vorschriften. Es tritt am 1. Mai 1934 in Kraft. Das Betriebsrätegesetz und zahlreiche andere Bestimmungen über Betriebsführung, Tarifwesen, Schlichtungswesen usw. treten am gleichen Tage außer Kraft.*

Eine Durchsicht des neuen Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit läßt auf den ersten Blick erkennen, daß es aus ganz anderm Geiste geboren ist als seine Vorgänger. Bisher erbten sich „Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“, „Vernunft ward Unsinn, Wohltat Plage“. Noch heute leidet unser gesamtes Wirtschaftsleben an den Folgen überlieferter, traditionsgebundener Rechtsanschauungen.

Die „Revolution“ vom 9. November 1918 war keine Revolution; denn sie brachte im wesentlichen nichts Neues. Das „Erfurter Programm“ der Sozialdemokratischen Partei erhielt Gesetzeskraft. An die Stelle der früheren Machthaber traten die „Parteifürsten“. Der „Volksstaat“ und „das Recht auf Arbeit“ waren zwar in der Weimarer Verfassung „verankert“, standen in Wahrheit aber nur auf dem Papier. Die alten Gesetze hatten sich unter der Decke äußerlicher Veränderungen auch diesmal unverändert erhalten. Sie „schleppten von Geschlecht zu Geschlechte und rückten sacht von Ort zu Ort“. — Die geringfügigen Veränderungen haben aber genügt, nunmehr schicksalhaft, von niemand gewollt, alles ins Absurde zu entwickeln. Eine Katastrophe reihte sich an die andere: Inflation, Steuerdruck, Soziallasten, Zinsendienst, Verschuldung an allen Orten, Zusammenbruch bester Industriewerke und zum Schluß die allgemeine Erwerbslosigkeit. Der damalige Reichstag stand den Ereignissen im Grunde immer ratlos und am Ende auch gänzlich tatlos gegenüber.

In der Zeit der höchsten Not kam die Wende: Der 30. Januar 1933. So unblutig dieser Tag und die Folgezeit verliefen, so bedeutet er doch eine Revolution im wahren Sinne des Wortes. Hier ist der geschichtliche Beweis erbracht, daß Barrikaden und Gewehre noch lange keine Revolution bedeuten. Eine echte Revolution ist geistiger Art. Sie bedeutet einen völligen Bruch mit der Weltanschauung der Vergangenheit. Unter einem neuen Ideal setzt sie dem politischen Leben neue Zwecke. In der Wahl der Mittel geht sie neue Wege.

Wer daran noch zweifeln konnte, daß der 30. Januar 1933 nicht nur Zeitwende, sondern weitumspannende Weltwende bedeutet, der hat es im Laufe des vergangenen Jahres erlebt: Es erben sich Gesetz und Rechte nicht mehr wie eine ewige Krankheit fort. In erstaunlicher Folgerichtigkeit werden Traditionsgebundenheiten und Vorrechte ältester und neuester Zeit zerbrochen. Schritt für Schritt treten an ihre Stelle neue Normen und Formen. In dieser staatlichen Umbrucharbeit ist schon viel geschehen, und täglich schreitet sie weiter. Mehr oder weniger greift sie schon in das Leben jedes einzelnen ein und zwingt ihn in ihren Bann. Im Zuge dieser Entwicklung liegt auch das neue Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.

### Das Gewohnheitsrecht der alten Germanen

Ursprünglich sind Gesetz und Rechte nie anders als durch Erfahrung entstanden. Unbewußt stellten sich gewisse Regelmäßigkeiten im Zusammenleben der Menschen ein. Unbewußt strebten sie bei nordischen Menschen nach Ordnung zum Wohle aller und nach Unterdrückung subjektiver Willkür. Der Selbsterhaltungstrieb des einzelnen fand seine natürliche Stütze in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft der Familie. Diese fanden Ergänzung in Sippen- und Dorfgemeinschaften bis zur Fähnrisgemeinschaft, dem Schutz- und Trutzbündnis im „Stamm“ als Urform jeden Staates. Unbewußt, aber doch nicht zufällig entstand so ein „Gewohnheitsrecht“, das im Volke bekannt, lebendig und immer wirksam war. Dieses allein ist der Ursprung allen „Rechtes, das mit uns geboren“, von dem zu Goethes Zeiten „nie die Frage“ war, und nach dem die Gelehrten der Aufklärungszeit des 17. und 18. Jahrhunderts als „Naturrecht“ vergebens gesucht haben. Sie konnten es bis in die neueste Zeit nicht finden, weil die Rechtsgelehrsamkeit in Scholastik und Metaphysik ersticke<sup>1)</sup>.

Die Erfahrung germanischer Ur- und Frühgeschichte gibt uns ein fortschreitend heller werdendes Bild von Sitten und Gebräuchen unserer Ahnen. Schon römische Schriftsteller wie Tacitus und Livius konnten sich nicht genug darin tun, den hochentwickelten Rechtssinn der germanischen Stämme zu schildern. Die Entzifferung der Steinritzungen ältester Grabdenkmäler, die anscheinend bis ins zehnte Jahrtausend v. Chr. zurückreichen, verspricht reichen Ertrag von großer Bedeutung. Die Ura-Linda-Chronik<sup>2)</sup> berichtet von Not- und Glückzeiten unserer Vorfahren zurück bis 2193 v. Chr., von heiligen Gesetzen und staatlichen Einrichtungen. Mit Bewunderung erfahren wir von Zeiten höchster Kultur und Ethik der nordischen Menschen, die ihnen durch Jahrtausende hindurch Bestand, Stärke und Schöpferkraft verlieh. Der unver-

<sup>1)</sup> Vgl. Wilhelm Ostwald, Ritter der Vergangenheit und Schmiede der Zukunft. Abhandlungen und Berichte des Deutschen Museums 1930 Heft 1.

<sup>2)</sup> Übersetzt von Hermann Wirth im Verlag Koehler u. Amelang, Leipzig.



siegbare Quell all des großen Geschehens verschütteter Vergangenheit war nicht die „Gelehrsamkeit“, sondern die erdgebundene, naturhafte Weltanschauung der nordischen Menschenrasse.

### Arbeit ist Pflicht!

Nach allem, was wir davon erfahren, stand die Arbeit hoch in Ehren. Sie war selbstverständliche Pflicht aller. Ihr Sinn war die Bedarfsdeckung an Nahrung, Kleidung und Wohnung. Arbeitsteilung nach körperlicher Befähigung stellte sich früh ein. Im Grunde bestand überall geschlossene Hauswirtschaft; aber auch Marktverkehr im Sinne gegenseitigen Austausches und gegenseitiger Ergänzung ist früh feststellbar. Nur die großen Ackerflächen werden gemeinsam bestellt, und der Ertrag wird geteilt, ein Brauch, der sich als „Allmende“ bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts in vielen Dörfern bei uns erhalten hat. Auf dieser Grundlage gesicherter Existenz konnte sich reges geistiges Leben entfalten, das in religiösen Festen, Spielen und selbst im Prunk der Herzöge späteren glanzvollen Hofhaltungen nicht nachstand. Sogar Sternwarten und astronomische Lehrinstitute der Germanen sind 3 bis 4000 Jahre v. Chr. nachgewiesen<sup>3)</sup>.

Wir späten Abendländer müssen uns nun endlich dazu bequemen, die Geschichtsschreibung der letzten zwei Jahrtausende als einseitig und unzulänglich anzusehen. Das allzu ängstliche Festhalten an eng begrenzten schriftlichen Überlieferungen und die Überschätzung des „Humanismus“ der Antike hinderten uns auf allen Gebieten der sogenannten „Geisteswissenschaften“, zu tieferen Erkenntnissen vorzudringen. Viel zu wenig bekannt und gewürdigt ist die Tatsache, daß von den geistigen Machthabern vergangener Zeiten planmäßig alles zerstört worden ist, was an germanischem Schrifttum nur irgend aufzufinden war. Wer denkt daran, daß Ludwig der Fromme nur deshalb diesen Titel erhielt, weil er auf Befehl der Kirche an 4000 Bände unersetzbarer Runenschriften in Paderborn verbrennen ließ. Der Gebrauch der germanischen Schriften war als der „sündhaften“ und „teuflichen Schrift“ bei schwerster Strafe verboten<sup>4)</sup>. Nur so ist es zu verstehen, daß jene urwüchsige Weltanschauung unserer Vorfahren ganz in Vergessenheit geraten oder gar als minderwertig behandelt werden konnte.

Wer das heutige Geschehen in Politik und Wirtschaft verstehen will, muß sich mit dem Geschichtsablauf der Jahrtausende beschäftigen. Dann steht ein anschauliches Bild vom Wandel der Weltanschauung in Ursache und Wirkung vor uns.

Heute besteht wohl kein Zweifel mehr darüber, daß der Ursprung der weißen Rasse in nördlichsten Breitengraden zu suchen ist. Nur so ist die Hautfarbe als Auswirkung schwacher Sonnenbestrahlung zu erklären. Aber die klimatischen Bedingungen dieser Gegend waren auch die denkbar härtesten für den Kampf um die Lebenshaltung. So ist hier im Laufe von vielen Hunderttausend Jahren eine Gattung von Menschen entstanden, die nicht nur in körperlichen Merkmalen, sondern vor allem in ihrer Weltanschauung von allen andern Menschen der Erde deutlich unterschieden ist. Mögen die technischen Hilfsmittel jener Menschen noch so unentwickelt gewesen sein, so waren doch die Formen ihres Zusammenlebens

vorbildlich, denn sonst hätten sie sich den Naturgewalten (Eiszeiten und Landabspülungen) gegenüber nicht behaupten können. Große Teile dieser Urmenschenrasse haben sich in mehreren Wanderwellen über die ganze Erde verbreitet, sind überall als Führerschicht und Staatengründer aufgetreten, haben aber schließlich durch Vermischung mit den Urbewohnern farbiger Rasse ihre überragenden Fähigkeiten verloren. Ein kleiner Rest der nordischen Menschen ist schließlich nur noch in Nordeuropa unvermischt erhalten geblieben. Deren Lebensform ist es, die wir studieren müssen, um überhaupt einmal einen festen Ausgangspunkt für die Beurteilung von Rechtssatzungen zu haben, die wirklich aus alter Erfahrung und nicht aus geistreichen Kombinationen stammen.

### Das Gewaltrecht des römischen Imperiums

Was diese Rechtssatzungen so ungemein wertvoll macht, ist der Tatbestand, daß sie Jahrtausende lang unverändert beibehalten werden konnten, und daß unter ihrer Wirkung ganze Völker kraftvollen Zusammenhalt und gesicherte Existenz finden konnten. „Völker“ waren damals allerdings nie etwas anderes als Menschengruppen, die durch Sprache, Sitte und Gewohnheit eine rassisch bedingte, naturgegebene Einheit bildeten. Sowohl diese Rechtssatzungen als auch ihre Voraussetzung, das „Volk“, sind im Laufe von 2000 Jahren völlig verloren gegangen.

Der Zerfall jener alten und bewährten Weltanschauung begann, als die Germanen mit den Römern in Berührung kamen. Der Geist des römischen Imperialismus drang immer tiefer in germanische Gefilde ein. Der freie Bauer auf freiem Grunde verlor mehr und mehr das Ansehen. An seine Stelle trat der Kriegsmann und Landsknecht. Nicht mehr das bewährte, angestammte Recht, sondern die Waffe entschied, was Rechts sei. Das Vorrecht der Gewalttätigen wurde herrschende Weltanschauung, gestützt auf zahllose Beweise in Schriften römischen und griechischen Ursprungs. Jeder Ethik bar hieß es nun: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge“. Die schöpferische Kraft der Arbeit galt nichts mehr; sie wurde mehr und mehr verachtet und zur Aufgabe der kriegsgefangenen Sklaven erklärt.

Die Idee von der alleinigen Geltung des „Gewaltrechts“ wandte sich freilich bald gegen ihre Urheber. Das römische Reich zerfiel. Germanische Stämme beherrschen um 500 n. Chr. ganz Europa einschließlich der Nordküste Afrikas. Aber die Weltanschauung von der Notwendigkeit des Gewaltrechtes blieb und trieb die europäischen Völker fortgesetzt von einer Katastrophe in die andere bis in unsere Tage hinein. Das Ende ist noch nicht abzusehen.

Im Ausgang des geschichtlichen Mittelalters glaubte man der allgemeinen Rechtsunsicherheit durch Einführung des Römischen Rechtes unter dem Kennwort begegnen zu können: „Nicht die Gewalt, sondern das Recht soll entscheiden“. Aber unter „Recht“ verstand man nur das, was sich durch Urkunden „beweisen“ ließ. So kam unter Mitwirkung der durch Handel und Zinswesen veränderten Wirtschaft neben dem Gewaltrecht das „Besitzrecht“ auf. Man vergaß aber ganz, daß Urkunden schließlich auch nur als Wirkungen der Gewalt in Friedenschlüssen und sonstigen Verträgen zustande gekommen waren und daher kein „Recht“ im wahren Sinne des Wortes gewährleisten konnten.

<sup>3)</sup> Teudt, W., Altgermanische Heiligtümer. Jena 1931, Diederichs.

<sup>4)</sup> Näheres in Herm. Wirth, „Aufgang der Menschheit“ und in Gorsleben's alt-arischer Kulturgeschichte. Verlag Koehler u. Amelang, Leipzig.



Im Ringen unbewußter und bewußter Geisteskräfte kamen schließlich aber doch einige Regelmäßigkeiten im Zusammenleben der Menschen auf. Diese wurden als Erfahrungsstoff des wirklichen Lebens einer geistreichen Untersuchung unterzogen. Die Arroganz der Aufklärungsepoche, insbesondere der französischen und englischen Physiokraten, erhob schließlich die zufälligen Regelmäßigkeiten des historisch bedingten Geschehens zu „Naturgesetzen des Wirtschaftslebens“. Ein unüberschaubares Schrifttum entstand aus diesen Thesen und trug dazu bei, ihren Ursprung und ihre Bedingtheit zu verdecken.

## Die weltanschauliche Wende der Gegenwart

An diesem Punkte setzt nun mit aller Macht die weltanschauliche Wende der Gegenwart ein. Sie fordert von uns, daß wir historisch Bedingtes von echten Naturgesetzen, also ewig Gültigem unterscheiden lernen. Wir müssen begreifen lernen, daß die bisherigen Formen von Recht und Wirtschaft nur Auswirkungen menschlicher Willensstrebungen waren. Wer die Macht in Händen hatte, bestimmte die Form. Aber dauerhaft und haltbar ist das Werk menschlicher Willkür nie gewesen.

Die Wissenschaft mag sich nun bemühen, den Ereignissen der Gegenwart zu folgen. Ein gangbarer Weg scheint durch *W. Ostwalds* „Pyramide der Wissenschaft“ gewiesen zu sein. Bis zur Biologie (aus Mathematik und Energetik) liegt schon eine reiche Ernte naturgebundener Erkenntnisse vor uns. In Psychologie und Soziologie fehlt dagegen noch fast alles. Aber soviel ist schon klar, daß

hier der Begriff der Rasse eingeführt und vorläufig auf Universalität verzichtet werden muß: Jedes Volk hat seine eigene „Soziologie“; denn nur so kann Lebensgefühl und Form in Einklang gebracht werden.

Das neue Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit geht diesen Weg. Es kennt keine Vorrechte, die aus Gewalt oder Besitz stammen. Es sieht jeden Betrieb von der kleinsten Werkstatt bis zur größten Fabrik als Teilbetrieb der zweckbewußten Arbeit an, die dem Volke dient. Das Privateigentum an Betriebsmitteln wird (im Gegensatz zu Rußland) nicht angetastet; aber Besitz gewährt kein Vorrecht mehr. Das „Kapital dient der Wirtschaft, die Wirtschaft dem Volke“. Dennoch findet eine Wertung statt. Die Arbeit selbst ist Ehrenpflicht; der Maßstab der Wertung ist die Leistung. Der Betrieb selbst wird „Gemeinschaft“ mit Führern und Gefolgschaft. Von den Führern aller Grade werden zwei Eigenschaften verlangt: berufliche Fähigkeit und charakterliche Eignung. Der Prüfstein ist die Bewährung im Betriebe. Danach ist das grundsätzlich Neue an diesem Gesetz, daß es der schöpferischen Kraft der Menschen einen andern Adel verleiht, es schafft ein Vorrecht der Arbeit und damit ein „Arbeitsrecht“ im wahrsten Sinne des Wortes.

**Der weltanschauliche Ausgang dieses Gesetzes aber ist der Glaube an die Wiederauferstehung des deutschen Volkes aus eben denselben Kräften, die seine Vorfahren stark, frei und unüberwindbar gemacht haben. Darum stellt es an die Volksgenossen in den Betrieben die Forderung des Pflichtgefühls, der Ehre und freudiger Hingabe an den Beruf.**

[2007]

## Die Sozialversicherung als Kapitalquelle der deutschen Wirtschaft

Die Gesundung des deutschen Kapitalmarktes hat in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht. Das starke Vertrauen des ganzen Volkes in den Wirtschaftskurs der Reichsregierung, das Ende der Kapitalvernichtung seit dem Aufhören der Deflation, die deutliche Besserung der Lage großer Schuldnerkategorien, die Offenmarktpolitik der Reichsbank, dies alles führte eine freundlichere Haltung am Kapitalmarkt herbei. Die Tendenz zum Überfließen von kurzfristig am Geldmarkt angelegten Mitteln zum Kapitalmarkt ist deutlich spürbar, wenn auch das Angebot an Arbeitschätzwechseln eine gewisse Hemmung bedeutet.

### Gegenwartsaufgaben des Kapitalmarktes

Bei aller Genugtuung über die Entlastung des Kapitalmarktes muß man sich jedoch immer vor Augen halten, daß er in Zukunft sehr große Aufgaben zu erfüllen hat, für die er heute noch keineswegs reif ist. Zunächst sei daran erinnert, daß die kurzfristige Verschuldung des Reiches aus den umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fundiert, und daß dabei vor allem die 3,5 Mrd. RM Arbeitschätzanweisungen in eine dauerhaftere Anlage überführt werden müssen. Weiter läßt sich schon jetzt übersehen, daß mehr als 2 Mrd. RM Kommunalumschuldungsanleihe, die gegenwärtig nicht an den Markt gelangen können, ihren Besitzer wenigstens teilweise wechseln müssen, um Banken, Sparkassen, Kommunalbanken usw. für andere Wirtschaftsaufgaben frei zu machen. Noch größer ist die Aufgabe, die sich für den Kapitalmarkt aus der geplanten Entschuldung der Erbhöfe ergibt; denn die Verrentung der Schuldenlast der Erbhöfe erstreckt sich auf eine Summe, die zwischen 6 und 8 Mrd. RM liegen dürfte. Weiter sind zu nennen die Finanzierung des in starkem Ausbau befindlichen Autostraßennetzes, die

Fundierung der rd. 700 Mill. RM Reichsbahnbeschaffungswechsel durch Emission einer Reichsbahnleihe, die Finanzierung des Geldbedarfs der Reichspost und zahlreiche andere Aufgaben.

### Kapitalbildung

Gewiß wird im Verfolge des starken Wirtschaftsaufschwungs auch die Kapitalbildung in Deutschland und damit das Kapitalangebot wesentlich anwachsen. Schon jetzt zeigen sich hier erfreuliche Anzeichen einer Besserung, vor allem in dem Zugang an Spareinlagen bei den Sparkassen, Genossenschaften, Bankkreditoren usw. Selbst wenn man als richtig unterstellt, daß die private Sparkapitalbildung der Hochkonjunkturjahre 1926 bis 1929, die zwischen 4 und 7 Mrd. RM jährlich ohne Berücksichtigung der Kapitalbildung in den Unternehmungen, in der öffentlichen Hand usw. betrug, durch die Milliardensummen ausländischen Kapitals nicht wenig aufgeschwemmt war, kann bei der zu erreichenden Vollausnutzung des Produktionsapparates und bei Vermeidung übertrieben großer Investitionen mit einem starken Zuwachs neuen anlagebereiten Geldkapitals gerechnet werden. Um den zu erwartenden großen Kapitalbedarf zu decken, bedarf es sorgsamer Pflege der sich zeigenden Ansätze zu neuer Sparkapitalbildung, damit alle gesunden Ansprüche Befriedigung finden.

### Vermögensaufbau der Invaliden- und Angestelltenversicherung

Im Rahmen dieser kurz skizzierten Tendenzen der künftigen Kapitalmarktentwicklung wird nun ein Faktor erheblich gesteigerte Bedeutung erlangen: der Vermögensaufbau der Invaliden- und Angestelltenversicherung, die durch das Gesetz vom 7. 12. 1933 auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden ist. In den Jahren nach der Währungsstabilisierung spielte die Sozialversicherung für den Kapitalmarkt bereits eine größere Rolle als etwa in



der Vorkriegszeit. Ihr Anteil am Gesamthypothekendarlehen betrug im Jahre 1913 nur 1,7%, im Jahre 1931 dagegen 6,1%. Die Invalidenversicherung allein hatte in den Jahren 1924 bis 1930 einen Vermögenszuwachs von 1,38 Mrd. RM. Noch stärker war der Vermögensaufbau der Angestelltenversicherung, deren ununterbrochener, wenn auch der Intensität nach verringerter Vermögenszuwachs von 1924 bis Ende 1933 mehr als 2,15 Mrd. RM ausmachte. Durch den fehlerhaften Aufbau der beiden Versicherungszweige, der besonders kraß in der Invalidenversicherung zutage trat, hat sich die Kapitalbildung in der Sozialversicherung während der letzten Krisenjahre nicht mehr zum Vorteil des Kapitalmarktes auswirken können. Die Invalidenversicherung mußte allein in den drei Jahren 1931 bis 1933 Defizite von zusammen 423 Mill. RM decken, so daß sich das teilweise zu realisierende Vermögen hier um den gleichen Betrag verringerte. Auch die Kranken-, Unfall- und knappschaftliche Pensionsversicherung hatten Fehlbeträge durch einen Vermögensverzehr zu decken. Wenn sich diese Entwicklung nicht zu einer stärkeren Belastung des vor kurzem noch so sehr darniederliegenden Kapitalmarktes auswuchs, so lag das nur daran, daß die Angestelltenversicherung bis zuletzt Überschüsse aufwies, die mit der relativen Jugend dieses Versicherungszweiges und der daraus sich ergebenden geringen Rentenlast zusammenhängen. Auf jeden Fall trug der Ausfall von Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger und die teilweise Realisierung von Effektenvermögen, die allein abgestoßen werden konnten, zu der allgemeinen Schwäche des Kapitalmarktes in den letzten Krisenjahren erheblich bei.

Durch die von der Reichsregierung entschlossen durchgeführte Reform der Invaliden- und Angestelltenversicherung, die mit der in diesem Jahre zu erwartenden Erhöhung der Beitragssätze ihren Abschluß findet (es sollen dann gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entsprechend gesenkt werden, um die Wirtschaft nicht neu zu belasten), wird nunmehr der Kapitalmarkt in positivem Sinne stark berührt. Wenn auch der eigentliche Zweck der Reform darin lag, dem deutschen Volke das in seiner Existenz bedrohte Instrument der Sozialversicherung für alle Zeit zu erhalten, so steht doch die Reform daneben auch im Dienste der Aufgabe, den Kapitalmarkt für den an ihn herantretenden großen Bedarf aufnahmefähig zu machen.

### **Das Anwartschaftsdeckungsverfahren anstelle des Umlagesystems**

Das Kernstück der Invaliden- und Angestelltenversicherungsreform liegt darin, daß das bisher geltende unhaltbare Umlagesystem durch das versicherungstechnisch einwandfreie System des allgemeinen Anwartschaftsdeckungsverfahrens ersetzt wird. Dadurch ist die Sorge um die von Jahr zu Jahr ansteigenden Rentenleistungen nicht mehr einfach der Zukunft überlassen, sondern durch konsequenten Aufbau eines größeren Vermögens die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die kommenden sehr hohen Ausgaben ohne weitere Erhöhung der Beiträge zu einem Teil vom Ertrag des angesammelten Vermögens gezahlt werden. Zunächst übersteigen also längere Zeit die Einnahmen die Ausgaben, wobei sich das Reich zu einem dauernden, bis über 500 Mill. RM jährlich steigenden Zuschuß bereitgefunden hat. Von Jahr zu Jahr nehmen die Einnahmenüberschüsse ab, und um die Jahre 1950/54 herum ist nach versicherungstechnischen Berechnungen etwa mit einem Ausgabenüberschuß zu rechnen. Die in der Zwischenzeit angewachsenen Vermögen

geben aber einen von Jahr zu Jahr steigenden Zinsertrag, aus dem für alle Zeit der künftige Überschuß der Rentenleistungen über die Beitragseinnahmen und Reichszuschüsse gedeckt werden kann, wobei ein Ertragszinsfuß von durchschnittlich 4% zugrundegelegt worden ist.

Über den Umfang des anzusammelnden Vermögens, vor allem der Invalidenversicherung, aber auch der Angestelltenversicherung, hat man sich in der Öffentlichkeit bisher überhaupt noch kein Bild gemacht. Aus einer roh aufgemachten Rechnung, die einen ungefähren Anhaltspunkt über den künftigen Vermögensaufbau der Invalidenversicherung als des bei weitem wichtigsten Zweiges gibt, geht hervor, daß es sich dabei um sehr hohe Milliardensummen handelt, die sehr wohl geeignet sind, für die künftige Entwicklung des Kapitalmarktes eine beachtliche Rolle zu spielen.

### **Das rechnerische Ergebnis**

Tritt die Beitragserhöhung spätestens bis Anfang 1935 ein, dann dürfte bereits im laufenden Jahre mit einem anlagebereiten Überschuß von rd. 500 Mill. RM in der Invalidenversicherung zu rechnen sein, zumal 1934 auch ohne Beitragssteigerung das bisherige Defizit einem gewissen Überschuß Platz machen wird. Einschließlich der 4% Zinsen auf das neu entstehende Vermögen ergibt sich in den folgenden Jahren ein Vermögenszuwachs, der von rd. 450 Mill. RM im Jahre 1936 nach und nach bis Ende 1945 auf 324 Mill. RM, bis 1950 auf 280 und bis 1955 auf rd. 260 Mill. RM heruntergeht. Das gesamte seit 1935 neu entstandene Vermögen erreicht dadurch bereits Ende 1944 die Summe von etwa 4 Mrd. RM und bis Ende 1955 über 7 Mrd. RM. Dazu kommt das in der Invalidenversicherung vorhandene Vermögen von rd. 1,3 Mrd. RM (nach dem voraussichtlichen Stande von Ende 1934), auf das auch noch bis Ende 1944 rd. 700 Mill. RM an Zins und Zinseszins zuwachsen und bis 1955 noch höhere Summen. Es ist also durchaus möglich, daß im Verlaufe der nächsten 20 Jahre allein in der Invalidenversicherung bei ordnungsgemäßer Durchführung der gesetzlich geschaffenen Grundlagen ein Gesamtvermögen entsteht, das bei vielleicht 10 Mrd. RM liegt.

Auch das Vermögen der Angestelltenversicherung wird sich noch stark erhöhen, wenn auch lange nicht in dem Umfang, wie in der Invalidenversicherung. Jedenfalls ergibt sich aus dieser kurzen Rechnung, daß durch den notwendigen Vermögensaufbau der beiden Versicherungszweige im Laufe der nächsten Zeit Milliardenbeträge entstehen, die in die Anlage überführt werden können. Ein großer Teil dieser Summen dürfte dem Kredit des Reiches zugute kommen, das wegen der großen, der Invalidenversicherung zugesicherten Zuschüsse auch einen berechtigten Anspruch darauf hat; denn ohne die Hilfe des Reiches könnte niemand die Zukunft der Invalidenversicherung gesichert werden. Die bisherige Begrenzung der Anlage der Sozialversicherung in Werten des Reiches und der Länder auf 25% des Vermögens ist denn auch durch Änderung der Reichsversicherungsordnung bereits in Fortfall gekommen.

Da aber das Reich auch den größten Kapitalbedarf hat, wird dem Kapitalmarkt durch die verstärkte Anlage der genannten Sozialversicherungsträger in Werten des Reiches eine entsprechende erhebliche Entlastung zuteil, die sich günstig für die Deckung des Kapitalbedarfes der übrigen Wirtschaft auswirken muß. Auf jeden Fall wird also der Vermögensaufbau der Sozialversicherung zu einem bedeutenden Faktor in der künftigen Gestaltung des deutschen Kapitalmarktes werden. —rt. [2015]



# Die Maschine im Kampf um Arbeit und Brot

Von MARTIN DOERING, Berlin

*Die Rufe, daß die Maschine an der Arbeitslosigkeit und damit an der deutschen und an der Weltkrise Schuld sei, sind auch nach der nationalsozialistischen Erhebung nicht verstummt. In diesen Angriffen gegen die Maschine kommt zwar — wie auch die Geschichte lehrt — die Verzweiflungsstimmung der durch die Krise um Arbeit und Brot Gekommenen zum Ausdruck, die Sinnlosigkeit dieser Angriffe kann jedoch an Hand der Statistik über die Maschineninvestitionen, Produktivität und Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren nachgewiesen werden. Erst die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit wird nach Ansicht der Reichsregierung den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gewährleisten.*

## Maschinenstürmer einst und jetzt

Ruinen säumen die Spur der Weltgeschichte. Die Zahl der verfallenen Denkmäler erloschener Kulturen wäre weniger groß, wenn nicht jede Niedergangsperiode der Völker durch das Unvermögen entarteter Nachfahren gekennzeichnet wäre, die Schöpfungen der Väter zu erhalten und auszubauen. Für solcher Art degenerierende Völker beginnt infolgedessen eine Zeit des Verfalls, die mit mehr Berechtigung „Barbarei“ zu nennen wäre, als die oft so bezeichnete Lebensform der sogenannten „Primitiven“, die meist ein reges völkisches Gemeinschaftsleben führen.

Auch Ruinen technischer Meisterwerke sind uns überliefert. Wir können an ihnen die einstige Blüte großer Völker ermessen. Diese Ruinen sind sogar oft die letzten Zeugen dieser Völker, denn die Zerstörung dieser Anlagen bedingte buchstäblich die Vernichtung derer, die sie hätten erhalten müssen.

Der Entwicklung der vorkapitalistischen Technik entsprechend handelt es sich hier um die großartigen Bewässerungsanlagen z. B. der Ägypter oder der Völker zwischen Euphrat und Tigris. Seit sie verfielen, ward das Land zur Wüste und nur Ruinenstädte, Papyri oder Keilschrifttafeln legen Zeugnis vom Wohlstand längst vergangener Kulturepochen ab.

Das deutsche Volk und mit ihm die Völker des Abendlandes befinden sich heute an einem Umbruchpunkt ihrer Geschichte. Die Aufgabe, die Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers gelöst hat, den Weg frei zu machen zur Wiederherstellung der Volksgemeinschaft, steht mehr oder weniger dringend auch vor den außerdeutschen Kulturvölkern. Wieder ist es ein Werk der Technik, welches der abgelaufenen Epoche seinen Stempel aufdrückte, wieder möchten sich aber auch müde Menschen teilweise hoher individueller Kultur von den technischen Errungenschaften der letzten Vergangenheit abwenden, wieder droht den Völkern größte materielle Not, wenn sie diesen technischen Besitz nicht mehr meistern können oder wollen.

Die Maschine steht am Anfang der jetzt abgelaufenen Epoche. Die Leistungen der Maschinenbauer und Fabrikarbeiter bestimmten ihre Glanzzeit, und jetzt, da die Synthese der in ihr großgewordenen sozialen Spannungen zu dem Problem geworden ist, an dem sich die Staatsmänner der ganzen Welt erproben müssen, jetzt wird Sinn und Wert der erreichten Maschinerisierung vielfach angezweifelt.

Die maschinenfeindlichen Strömungen der Gegenwart werden häufig mit „Maschinensturm“ bezeichnet. Damit wird

eine Parallele gezogen zu den Maschinenstürmern der Vergangenheit. Es handelt sich aber zwar beide Male um eine feindliche Wendung gegen die Maschine, in der Vergangenheit jedoch sollte eine als befriedigend empfundene Lebenslage durch Nichteinführung der ersten Maschinen gesichert werden, in der Gegenwart, deren Lebenshaltung ohne Maschinen auch nicht im entferntesten aufrechtzuerhalten wäre, schieben die Maschinengegner der Maschine die Schuld an mancherlei kulturellen Mißständen und vor allem an der Arbeitslosigkeit zu, unter der alle Völker seufzen. Damals erwartete man mit Recht von der beginnenden Maschinerisierung geradezu umstürzende Veränderungen der Gütererzeugung, die bis dahin im wesentlichen stationär, ohne große Ausschläge (außer den durch Bevölkerungsbewegung und Ernteschwankungen bedingten) verlief — heute wünschen sich die Maschinengegner aus der unruhigen Gegenwart zurück in die Geborgenheit mittelalterlicher Zunftwirtschaft und gemütvoller Handarbeit.

So nahe es zur Zeit liegen mag, sich in eine vermeintlich harmonische Vergangenheit zu flüchten, so vergessen diese Kritiker nur leider die Schattenseiten der damaligen Zeit: das äußere Leben war so primitiv, daß die Begüterten von damals schlechter lebten als die Arbeiter von heute. Die armen Bauern und Arbeiter hatten so wenig Freizeit zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse zur Verfügung, daß letztere einer dünnen Oberschicht vorbehalten blieben. 16 bis 18 Stunden mußten die Menschen noch Anfang des vorigen Jahrhunderts arbeiten, Kinder, Frauen und alte Leute konnten noch nicht so weitgehend wie heute, obwohl heute die Arbeitszeit nur 8 bis 10 Stunden beträgt, aus dem Arbeitsprozeß herausgenommen werden. Und die Lebenshaltung: 1816, vor Beginn der eigentlichen Maschinerisierungsperiode, entfielen 13,6 kg Fleisch auf den Kopf der deutschen Bevölkerung gegen das Vierfache (53,4 kg) im Jahre 1927; hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß der Unterschied im Verbrauch zwischen Arm und Reich damals weit größer war als jetzt.

Wenn der Vergleich von Einst und Jetzt mit der nötigen Nüchternheit gezogen wird, dann dürfen wir mit Recht stolz sein auf das durch die Maschine Erreichte. Denn:

„Was wir an materiellen Erfindungen um uns sehen, ist alles das Ergebnis der schöpferischen Kraft und Fähigkeit der einzelnen Person. Alle diese Erfindungen dienen im tiefsten Grund der sich dauernd vollziehenden höheren Menschwerdung.“

(Adolf Hitler, Mein Kampf.)

Um so mehr Veranlassung besteht aber für uns, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um die Aufgaben der Gegenwart meistern zu können.

Von jeher stammte die Maschinenfeindschaft aus zwei verschiedenen Quellen: einmal aus dem Wunsch, die Produktion im alten Gleise lassen zu dürfen, statt risikoreiche Umstellungen durch Maschinerisierung vorzunehmen — zum andern aus der Furcht der Arbeitnehmer bzw. der Staatsmänner vor der „technologischen Arbeitslosigkeit“. Die Maschinenfeinde setzten sich durch nur in Zeiten des Niedergangs, während in Zeiten des Aufschwungs der technische Fortschritt obsiegt.

So wurde während der Aufschwungsperiode der mittelalterlichen Städte und Zünfte die Wasserkraft zum Antrieb der verschiedensten Werkzeugmaschinen benutzt, wobei Werkzeugmaschine hier im Sinne des Ersatzes eines von Hand bewegten Werkzeugs durch ein mechanisch angetriebenes gebraucht ist. Werner Sombart nennt diese Periode



der wasserkraftgetriebenen maschinellen Einrichtungen das „Zeitalter der Mühle“. Diese Frühzeit maschineller Technik ist gekennzeichnet durch eine lebensvolle Verbundenheit zwischen Techniker, Unternehmer — beide meist eine Person — und Arbeitsgefolgschaft. Für letztere, die Gesellen, hatte der Führer des Betriebes, der Meister, mehr als bloße materielle Verantwortung.

Erst mit dem Niedergang der Städte (16. Jahrhundert) erstarrten die Zünfte und hielten den technischen Fortschritt, statt ihn der Allgemeinheit nutzbar zu machen, aus meist eigennützigen Motiven nieder. Wenn sie auch oftmals versuchten, solche Verbote moralisch zu verbrämen, trugen diese Erlasse doch meist den Stempel des Eigennutzes so deutlich, daß uns heute dieser Widerspruch fast lächerlich anmutet. So jene *Thorner Zunfturkunde* vom Jahre 1523:

„Niemand soll etwas Neues erdenken oder erfinden oder gebrauchen, sondern jeder soll aus bürgerlicher oder brüderlicher Liebe seinem Nächsten folgen.“

1570 wird in Nürnberg das *H a u z e u g* verboten, da es „zu etlichen Gattungen von Sägeblättern verwandt, einem gemeinen Handwerk zu besonderm Schaden und Nachteil gereicht“. Zwei Jahre später folgt das Verbot des *Drehrades* an Stelle der Drehlade als einer „gesuchten Neuerung“.

Nur selten liegen allerdings die eigennützigen Motive so klar wie 1620 im Falle der Behinderung der Eisenverhüttung durch Koks statt Holzkohle. Die Großgrundbesitzer Englands hintertrieben die *Koksverhüttung*, um ihre Waldrente nicht zu schmälern! Häufig bekehrten sich anfängliche Maschinengegner später, wie die Kölner *Zwirnereien*, die das aus Italien Anfang des 16. Jahrhunderts eingeführte *Seidenzwirnrad* erst ablehnten, dann verlangten. Ebenso erging es einige Jahrzehnte später der *Zwirnmühle*.

Obwohl es sich hier durchweg um wenig Arbeit sparende, von menschlicher Kraft oder höchstens Wasserkraft bewegte mechanische Werkzeuge handelt, erfolgen schon wiederholt Verbote aus *Furcht vor Arbeitslosigkeit*. So das Verbot der *Sägemühlen* zugunsten des Handsägens durch *Colbert* in Frankreich und vor allem die zahlreichen Verbote, die das Aufkommen von *Textilmaschinen* begleiteten, ohne es hindern zu können. Dem *Strumpfwirkerstuhl* versagte die Königin *Elisabeth* 1589 den Passierschein, „um die armen Leute nicht an den Bettelstab zu bringen“.

Als sich die umstürzenden Erfindungen insbesondere auf dem Textilgebiet in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England häuften, erkannte die Regierung deren Bedeutung für die weitere Entwicklung. Sie zwang die durch die Maschine häufig in bittere Not geratene Arbeiterschaft zum Stillhalten durch ein Gesetz (1769), das Maschinenstürmern die *Todesstrafe* androhte. Im gleichen Jahre wurde der Urtyp der *Kraftmaschine*, die Dampfmaschine, erfunden, die eine neue stürmische Entwicklung der Maschinerisierung einleitete, indem sie die Bewegung des Werkzeugs von der menschlichen Muskelkraft unabhängig machte.

Die jetzt einsetzende Maschinerisierung brachte zunächst furchtbares Elend: Aus dem Zuzug tausender arbeitslos gewordener Handwerksgehlen entstand eine wurzellose Arbeiterschaft, deren Arbeitskraft in dieser Zeit des aufkommenden Liberalismus bereits zur bloßen Ware geworden war. Als Preis für diese Ware ergaben sich, entsprechend

dem Überangebot, wahre Hungerlöhne. *Robert Peel*, der große britische Staatsmann, sagte damals:

„So wird jene große Leistung des Erfindungsgeistes, wodurch die Maschinen unserer Fabriken zu solcher Vollendung gelangten, statt zu einer Wohltat für die Nation, zu deren bitterstem Fluch.“

Das Bewußtsein völkischer Zusammengehörigkeit war schon damals soweit zerstört, daß die britische Regierung die ganze Last der Maschinerisierung brutal der Arbeiterschaft aufbürdete, deren Widerstand durch eine Erneuerung des Gesetzes von 1769 gebrochen wurde. In Deutschland wiederholten sich ähnliche Ereignisse, wenn auch in abgeschwächter Form, in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

Mit der jetzt einsetzenden Entwicklung des Weltverkehrs begann die *Prosperitätsperiode* der maschinisierten kapitalistischen Wirtschaft, in der sich dann auch das materielle Los der Arbeiterschaft sehr wesentlich über die Notzeit zu Anfang des Jahrhunderts hob.

Allerdings: einer Arbeiterschaft, die die Erfahrungen dieser Zeit nicht vergaß und unter dem Einfluß der Lehren von *Karl Marx* nur zu leicht geneigt war, im Arbeitgeber den „Ausbeuter“, den Feind zu sehen. Fehler auf der andern Seite beschleunigten den Prozeß der Zerklüftung, bis schließlich an die Stelle des Stolzes der Gesellen auf ihr Handwerk, auf ihre Zunft, die vom Marxismus genährte Unzufriedenheit mit dem „Proletarierschicksal“, der Klassenkampf, getreten war. Er entzündete sich insofern besonders an der Maschine, als bekanntlich einer der Hauptprogrammunkte des Marxismus die Enteignung der Produktionsmittel ist.

Vor der großen Aufgabe, die Arbeiterschaft dem zersetzenden Einfluß des Marxismus zu entziehen, versagte die kulturelle Unfruchtbarkeit des liberal oder feudal, jedenfalls aber nicht volksgemeinschaftlich denkenden Bürgertums der letzten Vorkriegsjahrzehnte, trotz der schönsten sozialpolitischen Gesetze. Es gelang nicht, der Arbeit, die meist Maschinenarbeit war, ihre Würde wiederzugeben, den Arbeiter als gleichwertigen und gleichgearteten Volksgenossen in die Volksgemeinschaft aufzunehmen.

Aber auch innerhalb der bürgerlichen Schicht, die die leitenden Persönlichkeiten zur Entwicklung und Anwendung der Maschinenteknik stellte, waren die organischen Zusammenhänge weitgehend gelockert worden. Die Funktion des Erfinders, des technischen Leiters, des Unternehmers und des Werkbesitzers hatte sich im Zuge der kapitalistischen Entwicklung mehr oder weniger selbständig gemacht, nachdem am Anfang des „Maschinenzeitalters“ diese Funktionen ursprünglich in einem Menschen zusammenfielen, wofür das Beispiel des Erfinders der Spinnmaschine, des ehemaligen Barbiergesellen *Arkwright*, typisch ist. Am Ende der Entwicklung steht der *Aktionär* als anonyme Macht über dem *Erfinder*, der die Idee geliefert hat, aber meist nicht die Mittel zu ihrer Ausnutzung besitzt, über dem *Betriebsingenieur*, der die technischen Anwendungsmöglichkeiten der Erfinderi-*dee*, und über dem *Kaufmann*, der ihre wirtschaftliche Nutzbarmachung meistert. Die Aktiengesellschaft als typische Wirtschaftsform zersetzte das Verhältnis zwischen Betrieb und Besitz. Die Wirtschaft wurde — nach *Rathenau* — zum Schicksal. Gewinnstreben und Gewinnerzielen allein schien sinnvolles Wirtschaften zu gewährleisten, und der eigentliche Sinn aller Wirtschaftstätigkeit, die bestmögliche Bedarfsdeckung



der Volksgesamtheit, schwand aus dem Bewußtsein der wirtschaftenden Menschen.

Nachdem so der Instinkt für die wirklichen Zusammenhänge weitgehend verloren gegangen war, nimmt es nicht wunder, daß man nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise sowohl in Deutschland, aber auch in andern Ländern die Schuld dieses Zusammenbruchs nicht im Menschen selbst suchte, sondern sich zunächst nach einem neutralen Schuldigen umsah und ihn auch zu finden glaubte: die Maschine.

Wenn auch die maschinenfeindliche Haltung einzelner Bevölkerungskreise im letzten Jahre besonders in Deutschland hervorgetreten ist, so handelt es sich hier doch um eine internationale Erscheinung. Die Argumente der Maschinengegner sind nämlich überall die gleichen, und sie gleichen sogar den Argumenten der „Maschinenstürmer“ vor 100 und 150 Jahren und noch früher.

### Maschine und Arbeitslosigkeit

Das Hauptargument ist auch heute wieder die Behauptung, die Maschine sei für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Daneben versuchen, und zwar hauptsächlich in Deutschland, einzelne Gruppen von Wirtschaftenden durch Beschränkung der Maschinenverwendung ihren Wirtschaftszweig vor Beunruhigung zu sichern, ähnlich wie das oben von den Zünften berichtet wurde.

Es ist möglich, an Hand des heute vorliegenden statistischen Materials die Unrichtigkeit des Gedankens, die Maschine sei die Hauptursache der Arbeitslosigkeit, im einzelnen nachzuweisen.

Wenn die Maschinenverwendung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich wäre, wie von den Maschinengegnern für die Arbeitslosigkeit der Nachkriegsjahre behauptet wird, dann müßte auch in der Vorkriegszeit, in der die Maschinenteknik sich in einem außerordentlichen und stetigen Aufschwung befand, dieser angeblich wichtigste Grund für die Arbeitslosigkeit wirksam gewesen sein.

Nach Abb. 1 betrug aber in der Vorkriegszeit das Maximum der Arbeitslosigkeit 4% der Beschäftigten, und dies Maximum trat auch nur in zwei Jahren ein, während in allen übrigen Jahren durchschnittlich nur 2% und weniger arbeitslos waren.

Vielleicht war aber, so wird hierauf entgegnet, die Maschineninvestition in der Nachkriegszeit so viel größer als vor dem Kriege, daß dieses Mehr an Investitionen gegenüber der Vorkriegszeit für die jetzt stärkere Arbeitslosigkeit verantwortlich ist? Auch das ist nicht der Fall.

**Zahlentafel 1. Maschineninvestition Deutschlands 1913 und 1924 bis 1932**  
(In Werten des 1. Halbjahres 1933)

| Jahr | Mill. RM | Jahr | Mill. RM |
|------|----------|------|----------|
| 1913 | 2 650    | 1928 | 2 655    |
| 1924 | 1 675    | 1929 | 2 440    |
| 1925 | 2 050    | 1930 | 1 860    |
| 1926 | 1 585    | 1931 | 1 280    |
| 1927 | 2 370    | 1932 | 765      |

Zahlentafel 1 zeigt, daß nur einmal in der Nachkriegszeit die Maschineninvestitionen so hoch waren wie im Jahre 1913. Im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1932 lag die jährliche Maschineninvestition in der deutschen Wirtschaft

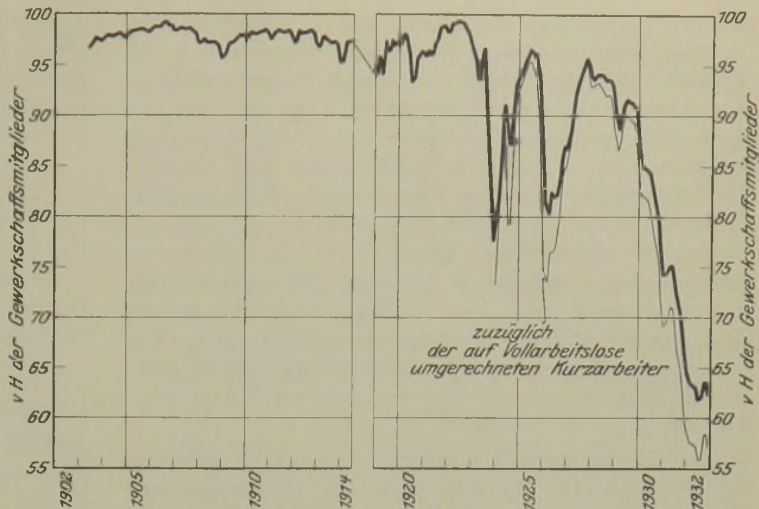


Abb. 1. Entwicklung des Beschäftigungsgrades

30% unter der von 1913. Im Jahre 1931 wurden 53%, 1932 sogar 71% weniger Maschinen investiert als 1913.

Der moderne Maschinengegner weiß auch hierauf eine Antwort. Die Maschinen, die in der Nachkriegszeit investiert wurden, hätten eben einen so wesentlich höheren technischen Wirkungsgrad gehabt, daß dadurch viele Arbeitskräfte auf die Straße geworfen wurden. Wenn diese Behauptung zuträfe, dann müßte die Produktionsleistung je Kopf in den Jahren der stärksten Maschineninvestitionen am höchsten gewesen sein (Abb. 2).

In den Jahren, die mit Recht als die eigentlichen technischen Rationalisierungsjahre gelten, also von 1925 bis 1928, stiegen die Maschineninvestitionen um 29%. In dieser Zeit nahm die Produktivität der deutschen Industrie, d. h. die Ausbringung je Kopf des Beschäftigten und je Arbeitsstunde, um 13 Prozentpunkte zu. Zur Steigerung des Produktivitätsgrades dieser Jahre trug neben der technischen Rationalisierung die organisatorische — die Sparmaßnahmen der verschiedensten Art in Betrieben, Büros usw., der Abbau des von der Mobilmachung und Inflation noch vielfach stark übersetzten Personalbestandes — wesentlich bei.

In den Jahren nach dem Höchstpunkt der Scheinkonjunktur von 1929 bis 1930 beeinflusste diese organisatorische Rationalisierung offensichtlich den Produktivitätsgrad der

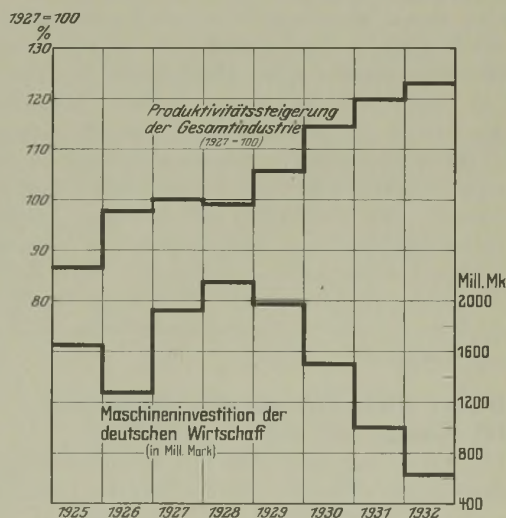


Abb. 2. Maschineninvestitionen und Produktivität der deutschen Industrie



Industrie viel stärker als die Maschineninvestitionen. Denn die Maschineninvestitionen gingen um 71 % zurück, die Produktivität jedoch nahm um volle 24 Prozentpunkte zu, also fast um den doppelten Betrag, um den sie in den eigentlichen technischen Rationalisierungsjahren gestiegen war. Eine einfache Überlegung zeigt, daß die Produktivität in der Krise steigen muß, denn bei rückläufigem Beschäftigungsgrad werden die am wenigsten produktiven Arbeitsplätze zu nächst stillgelegt.

Die besonders sinnfällige Haltlosigkeit des letzterwähnten Vorwurfs zeigt, wie sehr die Maschinengegner geneigt sind, um die Maschine zum bequemen Opfer ihrer Vorwürfe zu machen, der Maschine Wirkungen zuzuschreiben, die in Wirklichkeit auf ganz andern Ursachen beruhen.

Dies leuchtet besonders ein, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Arbeitslosigkeit der Nachkriegsjahre nicht etwa parallel mit den Maschineninvestitionen stieg und fiel, sondern am niedrigsten war, wenn die meisten Maschinen investiert wurden, und ihren Höhepunkt im Jahre der niedrigsten Maschineninvestitionen erreichte.

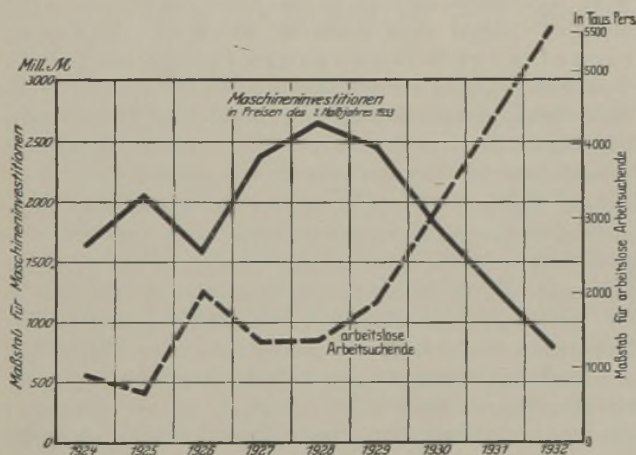


Abb. 3. Arbeitslosigkeit und Maschineninvestitionen seit 1924

Die bei oberflächlicher Betrachtung so einleuchtende und so bequeme Lösung des Arbeitslosenproblems im Sinne der Maschinengegner: „Setz die Maschinen still!“, ist offensichtlich, also oberflächlich und falsch. Trotzdem war die Gefahr, daß man diesen Weg beschreiten würde, zeitweilig nicht von der Hand zu weisen. Dafür zwei typische Beispiele: Eine Handelskammer machte Propaganda mit der Rechnung, daß die Stilllegung aller Knopfannähmaschinen die Möglichkeit zur Mehreinstellung von 25 000 Knopfannähern bieten würde. Ähnlich verlangte der erste Bürgermeister einer norddeutschen industriellen Mittelstadt, daß sämtliche auch nur eine Arbeitskraft einsparenden Maschinen ohne Rücksicht auf die Amortisation sofort stillzulegen seien, und daß neue Maschinen dieser Art nicht mehr angeschafft werden dürften<sup>1)</sup>. Die Beispiele ließen sich leider noch sehr vermehren.

### Unser Ziel: Einsatz der Maschine im Kampf um Arbeit und Brot

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, hatte schon frühzeitig erkannt, daß im Kampfe gegen die

<sup>1)</sup> Mitgeteilt von Dr. jur. L. Daeschner, stellvertretendem Leiter des Sozialamtes der Deutschen Arbeitsfront, in einem Artikel „Maschinenstürmer“ in N.S.-Sozialpolitik Heft 1 S. 14.

Arbeitslosigkeit maschinenfeindliche Maßnahmen das allereingeeignetste Mittel sind. Vor den Zigarrenarbeitern in Bielefeld, die der Maschinenverwendung sehr ablehnend gegenüberstanden, führte er im Herbst vorigen Jahres u. a. aus:

„Wenn Sie die Maschine zerschlagen, dann kommen Sie letzten Endes wieder auf ein Kulturniveau zurück, das dem der Höhlenbewohner gleicht.

Wir wollen, daß auch der Arbeiter sich seinen Luxus leisten kann.

Wir müssen unsere Bedürfnisse steigern, dann steigern wir auch die Arbeit und die Arbeitsbeschaffung. Dazu aber ist die Maschine als Helfer des Menschen unbedingt nötig.“

Und der verantwortliche Herausgeber der amtlichen Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront, F. Mairgünther, schrieb im Dezember vorigen Jahres:

„Beschränkung der Maschinen heißt so viel, als anderen Völkern freiwillig einen Vorsprung einzuräumen, der vielleicht nie wieder oder, wenn überhaupt, nur in sehr langen Zeiträumen eingeholt werden könnte. Beschränkung der Maschinen heißt, der eigenen Nation statt den Willen zur Macht, den Willen zur Ohnmacht und zur Armut zu predigen. Beschränkung der Maschinen ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Erfüllung unserer notwendigen Bedürfnisse, Verzicht auf Vermehrung des Volkes, Verzicht auf Reichtum und Wohlstand, ist eine Bedrohung der Landesverteidigung und würde unser Ideal, die Frau aus dem Arbeitskampf wieder herauszuführen, um sie ihrer eigenen Sphäre wieder zurückzugeben, völlig illusorisch machen.

Beschränkung der Maschine ist identisch mit Propaganda der Armut, aber auch der Arbeitslosigkeit.

Diese und zahlreiche andere Äußerungen der Führer der Deutschen Arbeitsfront, die sich eindeutig und entschieden für die Maschine einsetzen, haben bewirkt, daß die in der zurückliegenden Zeit vorübergehend bedrohlichen Umfang annehmende Propaganda, die Arbeitslosigkeit durch Maschinenverbote zu bekämpfen, jetzt verstummt ist.

Wenn aber mit der Faustregel der Maschinenverbote die Arbeitslosigkeit nur verschlimmert würde, weil sie eben nicht auf die Maschineninvestitionen zurückgeht, so ist es also umso mehr von entscheidender Bedeutung, den wahren Grund sowohl der Arbeitslosigkeit als auch des Absinkens der Maschineninvestitionen zu erkennen und alle Energien der Betriebsführer und ihrer Gefolgschaften anzuspannen, um dieses Hemmnis eines wirklichen Aufschwungs zu beseitigen.

Wir müssen einsehen, daß Zunahme der Arbeitslosigkeit und Abnahme der Maschineninvestitionen die gleichen Ursachen haben: die politischen und wirtschaftlichen Zustände vor der nationalsozialistischen Revolution. Die Konsequenzen hieraus sind freilich wesentlich schwieriger zu ziehen als nach dem einfachen Rezept der Maschinenstilllegung. Denn als erstes und wichtigstes Erfordernis ergibt sich die Notwendigkeit einer geistigen Umstellung, die Abkehr von der liberalistisch-materialistischen Denkweise der Vergangenheit. Es gilt, die Zusammenhänge wieder zu knüpfen, die im Zuge der liberalistischen Entwicklung zerstört wurden. Es gilt, die Tätigkeit des einzelnen nicht ausschließlich auf das private Gewinnstreben auszurichten, sondern die wirtschaftenden Menschen dazu zu erzie-



hen, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, daß der einzelne seine schöpferischen Kräfte fruchtbar nur entwickeln kann, wenn er von dem Willen beseelt ist, sich vor allem den Erfordernissen des Gesamtwohles freudig unterzuordnen.

Besonders unter diesem Gesichtspunkt müssen die nicht sozialpolitisch begründeten Bestrebungen, die Maschinenverwendung zu beschränken, betrachtet werden. Wir meinen die Versuche zahlreicher Syndikate, Kartelle, Fachschaften, durch Verbot von Maschineninvestitionen die Auswirkungen des technischen Fortschritts innerhalb ihres Wirtschaftszweiges zu umgehen.

In Ausnahmefällen kann es aus Gründen des Allgemeinwohl einmal notwendig werden, vorübergehend Investitionen zu beschränken. Aber die erwähnten Versuche von Kartellen usw. verallgemeinern fälschlicherweise einige Sonderverordnungen der Reichsregierung, ähnlich wie seinerzeit die sozialpolitisch bedingte Beschränkung der Maschinenverwendung in der Zigarrenindustrie zunächst vielfach als eine grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Maschinenverwendung überhaupt mißverstanden wurde. In dieser Hinsicht kann man nur unterschreiben, was die Süddeutsche Tabakzeitung (Nr. 11 v. 25. 1. 34) sagt:

„Die neue Regierung ist weit von einer grundsätzlichen, aber sinn- und zwecklosen Maschinenstürmerei entfernt, und die Furcht vor einer Erweiterung des Maschinenverbots in der Zigarrenindustrie oder gar vor einem Übergreifen auf die anderen Zweige der Tabakindustrie erscheint nach den Äußerungen prominenter Führer der Deutschen Arbeitsfront vollständig unbegründet.“

Ähnlichen Mißdeutungen auf dem Gebiet der Maschinenverbote durch Kartelle ist nur durch eine intensive Erziehungsarbeit zu begegnen. Paul Pleiger, der Gauwirtschaftsberater von Westfalen-Süd, hat mehrfach als die Aufgabe dieser Erziehungsarbeit die gleichzeitige Gewährleistung von Ordnung und Privatinitiative, vor allem aber die Rückkehr zur wahren Unternehmerverantwortung bezeichnet<sup>2)</sup>. Der Unternehmer solle nicht so viel Sehnsucht nach dem vergangenen System zeigen. Statt von der Regierung Hilfe gegen den Konkurrenten zu verlangen, statt zu beantragen, daß diesem oder jenem Konkurrenten die Aufstellung neuer Maschinen, die Eröffnung neuer Betriebe usw. verboten werde, sollte der Unternehmer lieber seine angestammten Rechte, in die ihn der Nationalsozialismus wieder eingesetzt hat, gebrauchen. Die Fachschaftsgründer seien mit Unrecht darüber empört, daß auf dem Boden der neugegründeten Fachschaften vielfach Außenseiter wie die Pilze emporschössen. Wenn sie von der Reichsregierung „Errichtungsverbote von Neuanlagen“ verlangten, so seien sie es in Wirklichkeit selber, die durch ihre Preispolitik Treibhäuser für überflüssige und schädliche Betriebspflänzchen bauten.

Ähnlich wie die Geschichte über die Interessentenpolitik der Zünfte hinweggegangen ist, so werden zweifellos die Überbleibsel liberalistischer Gesinnung, die sich in den eben geschilderten Vorgängen offenbaren, verschwinden, wenn die nationalsozialistischen Grundsätze mehr als bisher bis in die letzten Verästelungen des Wirtschaftslebens eingedrungen sein werden.

Die Not der Gegenwart erfordert aber nicht nur Erziehung und Aufklärung zu neuem Wollen, sondern Taten, sofortige Maßnahmen, die geeignet sind, eine wirkliche Belebung der Wirtschaft herbeizuführen, Arbeit zu beschaffen bei vollem Einsatz der in der Maschine schlummernden Kräfte. Die Reichsregierung hat diesen Weg eingeschlagen. In der Begründung des Gesetzes über die Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen vom 1. Juni 1933, also schon 5 Monate nach dem Regierungsantritt Adolf Hitlers, heißt es:

„Die Reichsregierung Adolf Hitler ist entschlossen, die deutsche Wirtschaft so schnell wie möglich auf die Höhe zu bringen. Die zwangsläufige Folge davon wird ein erhöhter Verbrauch an Maschinen, eine Erhöhung des Maschinenumsatzes, die Zurückführung von mindestens 550 000 Arbeitern und Angestellten in die Produktion und eine Verbesserung der öffentlichen Finanzen um etwa 675 Mill. RM jährlich sein.

Es hat bisher an dem Glauben an eine baldige Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft gefehlt. Das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933, das Gesetz über Steuererleichterungen vom 15. Juli 1933 und andere Maßnahmen der Reichsregierung Adolf Hitler sind darauf abgestellt, Glauben an eine baldige Belebung der deutschen Wirtschaft zu erwecken und die Unternehmungslust anzuregen.“

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt führte ganz in gleichem Sinne im September vorigen Jahres vor dem Generalrat der Wirtschaft aus, daß die unheilvolle Schrumpfung des Aufwandes für Erneuerung und Neuinvestitionen in der Wirtschaft die fundamentale Ursache der Krise sei.

„Demgemäß muß die Wirtschaftspolitik darauf abzielen, Erneuerungsbedarf und Investitionsbedarf wieder zu wecken. Gelingt dies auch nur in einigermaßen nennenswertem Umfang, so wird der wichtigste Schritt zur wirtschaftlichen Wiedergesundung getan sein. Hierauf hat die Reichsregierung ihre Politik abgestellt.“

Die Prinzipien der Maschinengegner, durch Kartellbeschlüsse die Verwendung von Maschinen zu beschränken oder durch Maschinenverbote die Arbeitslosigkeit „zu beseitigen“, haben in diesem Regierungsprogramm keinen Platz mehr, wenn es auch noch einige Zeit dauern wird, bis das Verständnis für die großen Ziele der Reichsregierung überallhin gedrungen ist. Bis dahin wird wohl noch mancher Maschinengegner auftreten und versuchen, einem Werkzeug des Menschen, nicht aber diesem selbst die Schuld für seine Notlage zuzuweisen.

Doch diese Übergangserscheinungen werden bald überwunden sein. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, in der, wie Staatsrat Dr. Ley in einem Motto für das Jahr 1934 treffend formulierte, unsere Industrie eine ganz ungeheuerliche Größe erreicht haben wird gegenüber heute. Je näher wir diesem Zeitpunkt kommen, je weiter der Aufschwung fortschreitet, mit um so größerer Überlegenheit werden wir dann an die gegenwärtigen Zeiten maschinenfeindlicher Bestrebungen zurückdenken. Denn schon jetzt gilt für den Gesamtbereich von Technik und Wirtschaft, was kürzlich im Völkischen Beobachter<sup>3)</sup> über die Maschinenverwendung in der Landwirtschaft gesagt wurde: Nicht Maschinenstürmerei, sondern im Gegenteil: Maschinenrenaissance!

<sup>2)</sup> Dortmundener Generalanzeiger Nr. 335 vom 8. 12. 33 und Westfälische Landeszeitung Nr. 41 vom 11. 2. 34.

<sup>3)</sup> VB Nr. 28/29 v. 28./29. 1. 1934.



## Wiederaufbau der Einkommenspyramide

*Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse seit 1914 haben den Wohlstand unseres Volkes zerstört. Ererbte und erworbene Vermögen sind verloren gegangen oder einseitig in der öffentlichen Hand zusammengeballt. Gleichzeitig trat aber auch eine Einkommens- und Konsumnivellierung ein, die durch die wenigen Ausnahmen Bevorzugter nur noch besonders deutlich erkennbar wurde. Die allgemeine Kaufkraft des Volkes sank bis auf einen Stand, der nurmehr die Deckung des täglichen Lebensbedarfes ermöglichte. So schuf die Vernichtung des privaten Vermögens und die Einebnung des privaten Einkommens die „Konsumgüterepoche“, in der Qualitätsarbeit nur zu oft nicht mehr die Möglichkeit zu praktischer Verwirklichung fand. Der Wiederaufbau der Einkommenspyramide und darüber hinaus der privaten Vermögen wird daher eine der wichtigsten Aufgaben unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik sein.*

*Die nachfolgende Zuschrift sucht das Ziel auf dem Wege der Entschädigung zu erreichen. Das wäre im Interesse der Opfer zweifellos wünschenswert. Wir bezweifeln aber, daß ein solcher Weg nicht zu neuen Unzuträglichkeiten und Ungerechtigkeiten führt. Die Reprivatisierung des in der Vergangenheit einseitig in den Besitz der öffentlichen Hand überführten Volksvermögens wird sich nach unserer Meinung praktisch nur auf dem Wege über das Einkommen ermöglichen lassen, die Staffellungen der Einkommen nach oben werden aber in gesunder Weise nur so durchführbar sein, daß man den Grad von Leistung und Dienst wieder zum Wertmesser des Lohnes und Verdienstes macht.*

*Die Herausgeber.*

Die Wirtschaftsberichte in Heft 12/1933 dieser Zeitschrift zeigen deutlich, daß die Kaufkraft der breiten Massen nach wie vor schwach ist. Die Wertumsätze des Einzelhandels sind nach einem außerordentlich starken Anstieg im Juni 1932 (vgl. 1933, S. 370, Abb. 9) ebenso plötzlich wieder auf einen Tiefstpunkt im Februar 1933 gefallen und dann wieder etwas angestiegen, um sich weiter bis zum Herbst 1933, wenn auch unter starken Schwankungen, etwa nur auf derselben Höhe zu halten wie Anfang 1932.

Da nun die Zahl der Beschäftigten seit März 1933 bis November 1933 ununterbrochen gestiegen ist, die Wertumsätze des Einzelhandels aber noch auf dem Stande von Anfang 1932 stehen, die Kaufkraft der Verbraucher also nicht gestiegen ist, ergibt sich, daß eine weitere Verflachung der Einkommenspyramide eingetreten ist, d. h. die kleinen Einkommen sind gestiegen, die höheren z. T. gesunken, der Gesamtabsatz ist etwa derselbe geblieben, der letzte Verbraucher offenbar nicht in der Lage, die höhere Erzeugung, die durch Reserven oder Kredite finanziert worden ist, aufzunehmen. Damit scheint im Widerspruch zu stehen, daß für 1933 mit einem größeren Volkseinkommen gerechnet wird.

Die Erklärung kann in der Verflachung der Einkommenspyramide gefunden werden. „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, sagt ein Sprichwort, dabei liegt der Ton auf „kleine“. Denn große Geschenke zerstören die Kaufkraft des Schenkenden, und der Geschädigte ist der Beschenkte, wenn er auf die Kaufkraft des Schenkenden angewiesen ist. Ein Teil des deutschen Volkes hat der Allgemeinheit 1923 etwa 100 Mrd. RM durch die Abwertungsgesetzgebung schenken müssen, und die Beschenkten sind in erster Linie die Geschädigten, denn man kann die unteren Schichten der Einkommenspyramide nicht dadurch heben, daß man die Spitze verteilt, im Gegenteil, dadurch sinkt die ganze Pyramide, allein schon, weil dadurch alle Hersteller hochwertiger Waren und Leistungen brotlos werden. Die Zinsen für die 100 Mrd. RM wurden außerdem nicht gespart, sondern mußten für Erwerbslosenunterstützungen usw. ausgegeben werden. Hatte einer z. B. 500 RM Zinsen monatlich, so konnte er damit von drei andern für je 166,66 RM kaufen, diese konnten wieder von je zwei Leuten für je 83,33 RM kaufen. Diese zehn Leute hatten dann zusammen 1500 RM Einkommen. Wird das den

500 RM Zinsen entsprechende Vermögen aber enteignet, so erhält jeder der zehn Leute nur noch 50 RM Unterstützung, und alle zusammen haben nur noch 500 RM Einkommen, und die Wertumsätze des Einzelhandels sinken entsprechend. Man muß hier also möglichst viel hintereinander schalten, nicht parallel.

Nun sind die Wertumsätze des Einzelhandels Ende 1933 etwa gleich denen Anfang 1932, und nicht höher, obgleich die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist, die Gesamtkaufkraft ist gleich geblieben, die Einkommenspyramide also abgeflacht. Wenn trotz dieser Abflachung der Pyramide der eigentlich zu erwarten gewesene Umsatzrückgang nicht eingetreten ist, so erklärt sich dies aus der Steigerung des Volkseinkommens. Das Einkommen der unteren Schichten hat sich mehr erhöht, als das der oberen abgenommen hat. Dadurch ist der verhängnisvolle Einfluß der Pyramidenabflachung ausgeglichen, aber auch nur ausgeglichen. Trotz steigenden Volkseinkommens hat sich die Gesamtkaufkraft der Verbraucher nicht erhöht, die erhöhte Erzeugung kann nicht, oder nur zu gedrückten Preisen, untergebracht werden. Dies gefährdet aber die Aufrechterhaltung der erhöhten Erzeugung und bedroht die Hersteller mit Entlassung; denn die Industrie arbeitet ja nicht in sich selbst kurz geschlossen, sondern letzten Endes immer nur für den letzten Verbraucher; dort muß schließlich der Umsatz erhöht werden.

Wenn es auch zunächst darauf ankam und ankommt, möglichst vielen Volksgenossen wieder Arbeit und Brot zu geben, so darf doch die Erhöhung des Einkommens der unteren Einkommensschichten nicht durch eine Verminderung des Einkommens der oberen Schichten in ihrer Wirkung auf den Gesamtumsatz wieder aufgehoben werden. Im Gegenteil, es ist durchaus notwendig, die Einkommenspyramide wieder nach oben aufzubauen. Das Geld gibt sich ja immer leichter aus, als es verdient wird, es fließt also natürlicherweise in der Pyramide leichter hinunter als hinauf und soll auf diesem Wege durch möglichst viele Hände gehen, überall Arbeit und Brot gebend und Werte schaffend. Wer am meisten kauft, gibt den meisten Leuten unmittelbar und noch mehr Leuten mittelbar Verdienst. In diesem Sinne wirken die Steuergutscheine, die Stützung der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Sie genügen aber offenbar nicht. Es gilt, die kaufkräftigen Schichten zu verbreitern.

Die Fähigkeit des deutschen Volkes, jährlich wohl 5 Mrd. RM oder mehr für Unterstützungen, Arbeitsbeschaffung u. dgl. auszugeben, ist ein Kapital von über 100 Mrd. RM, das sich gewissermaßen in der öffentlichen Hand befindet und so schnell wie möglich in nicht zu kleinen Posten wieder in die Hand von Einzelpersonen übergeführt werden muß, die dann Zinsen — natürlich nur in angemessenem Vomhundertsatz — erhalten; aber doch in größeren Summen als ein Erwerbsloser; denn nur darauf kommt es an. Damit wird auch das Kapital, über das der Erwerbslose ja nicht seiner Rente entsprechend verfügen kann, wieder greifbar. Eine Mehrbelastung der Volkswirtschaft tritt nicht ein, die 5 Mrd. RM erscheinen nur in den oberen Schichten der Einkommenspyramide als Zinsen und wirken damit auf mehr Schichten befruchtend, als wenn sie in den untersten verteilt werden.

Es muß also alles Erdenkliche geschehen, um diese Umlagerung zu beschleunigen und die oberen Einkommensschichten zu stärken, damit die hochwertigen Waren und Leistungen wieder gekauft werden können. Die oberen Schichten ziehen dann die unteren von selbst nach sich, so daß sich die ganze Pyramide hebt, auch die untersten Schichten.

Diese Entwicklung geht auf natürlichem Wege, aber sehr langsam, durch Sparen vor sich, sie würde wesentlich beschleunigt werden, wenn man sich entschließen könnte, die durch die Marxistenherrschaft um ihr Vermögen Gebrachten oder in Schulden Gestürzten dadurch zu entschädigen, daß man die 5 Mrd. RM wieder zur Zinszahlung und Amortisation für die, die ihr Vermögen verloren haben, verwendete.

Dr. K. Kobligk, Berlin [2013]



# Kapitalwirtschaft und Kostengestaltung der deutschen Lederindustrie

Von Dipl.-Kaufmann H. NORDEN, Berlin

*Unter der Lederindustrie sei lediglich die Leder erzeugende Industrie verstanden, so daß z. B. die gesamte Schuh-, Treibriemen-, Täschnerwarenindustrie und andere Leder verarbeitende Industriezweige als Untersuchungsgegenstand ausfallen.*

*Zu Unrecht wird in der betriebswirtschaftlichen Buch- und Zeitschriftenliteratur der Lederindustrie so wenig Beachtung geschenkt. Für den Betriebswirt und den betriebswirtschaftlich geschulten Ingenieur bietet gerade dieser Industriezweig eine Fülle interessanter, z. T. noch ungelöster Probleme; für den Lederindustriellen ist es aber unbedingt notwendig, den im physikalisch-chemischen Produktionsprozeß seit jeher gepflegten Konservatismus und die Geheimniskrämerei nicht auch auf die betriebswirtschaftlich-organisatorischen Gebiete auszudehnen, was leider heute noch gerade in diesem Industriezweig häufig der Fall ist.*

*Eine Allgemeincharakteristik der Lederindustrie hier zu geben ist nicht möglich; es sollen nur Fragen der Kapital- und Kostenwirtschaft angeschnitten werden. Dabei ist es notwendig, sich zunächst auf die in Form der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmungen zu stützen, da ein Eindringen in deren Kapitalverhältnisse durch die veröffentlichten Bilanzen möglich ist. Das Kostenproblem wird sodann unter Berücksichtigung der Gesamtbranche behandelt.*

*Die Frage nach der branchentypischen Betriebsgröße wird durch eine kurze Erörterung der Bedeutung der Klein- gegenüber den Großbetrieben beantwortet; zugleich wird dadurch die teilweise Beschränkung auf einige wenige große Aktiengesellschaften im ersten Teil gerechtfertigt.*

## Die branchentypische Betriebsgröße

Rein zahlenmäßig überwiegen auch heute noch die Klein- und Kleinstbetriebe in der Lederindustrie. Die 1929 bestehenden 1144 Betriebe verteilten sich auf die 5 Größenklassen wie folgt:

**Zahlentafel 1**  
Anzahl der Lederindustriebetriebe, gruppiert nach Größenklassen 1929<sup>1)</sup>

| Größenklasse | Zahl der beschäftigten Personen | Zahl der Betriebe |
|--------------|---------------------------------|-------------------|
| I            | 1 bis 10                        | 763               |
| II           | 11 „ 50                         | 228               |
| III          | 51 „ 100                        | 67                |
| IV           | 101 „ 300                       | 65                |
| V            | über 300                        | 21                |

<sup>1)</sup> „Wirtschaft und Statistik“ 1930 Heft 14.

Besonders bezeichnend ist es, daß die Gesamtheit der Betriebe der Klassen II bis V noch nicht die Hälfte der Betriebe der kleinsten Gruppe mit 1 bis 10 Personen darstellen. Hieraus aber den Schluß zu ziehen, daß die größeren Betriebe mit 100 und mehr Personen eine untergeordnete Rolle spielen, wäre verfehlt, denn das Bild kehrt sich in das Gegenteil, wenn man nicht die Anzahl der Betriebe, sondern die Produktionsleistung der Größenklassen einander gegenüberstellt (Zahlentafel 2).

Über 71 % der Gesamtleiderproduktion stammen somit aus 86 Großbetrieben, während die Leistung von 763 Kleinstbetrieben nur = 4,3 % und von 991 Betrieben mit bis zu

50 Personen nur = 18 % der Gesamtproduktion ist (Abb. 1).

**Zahlentafel 2**  
Anteil der einzelnen Betriebsgrößenklassen an der Gesamtproduktion 1929

| Größenklasse | Zahl der beschäftigten Personen | Anteil am Gesamtproduktionswert in % |
|--------------|---------------------------------|--------------------------------------|
| I            | 1 bis 10                        | 4,3                                  |
| II           | 11 „ 50                         | 13,7                                 |
| III          | 51 „ 100                        | 10,9                                 |
| IV           | 101 „ 300                       | 28,1                                 |
| V            | über 300                        | 43,0                                 |
| Summe        |                                 | 100 %                                |

Bei allgemeinen Urteilen über die Lederindustrie ist es somit notwendig, nicht von der Zahl der Betriebe und den in vielen kleinen Betrieben herrschenden Verhältnissen auszugehen (wie dieses bei dem Enquête-Ausschuß als Folge seiner Verhandlungsmethode bei der Untersuchung der Lederindustrie der Fall war), da die wenigen Groß- und Mittelbetriebe eine bessere Grundlage für Urteile über branchentypische Verhältnisse und Sonderheiten bieten.

## Der Vermögensaufbau

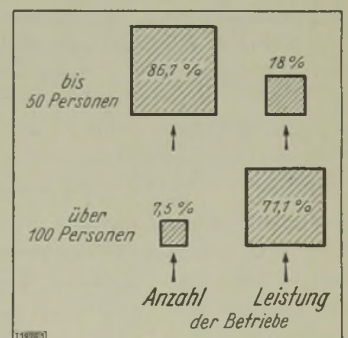
Die Form der Finanzierung und die Möglichkeit der Fremdfinanzierung eines Unternehmens sind zum großen Teil von dessen Kapitalstruktur abhängig. Das Vorhandensein von Sicherheiten ist heute mehr denn je Voraussetzung der Kreditgewährung. Oft kann die beste Aussicht auf gute Rentabilität kein Fremdkapital anziehen.

In dieser Beziehung ist die Lage der Lederindustrie besonders ungünstig. Das Ungewöhnliche dieses Industriezweiges ist die sehr geringe Bedeutung der Anlagewerte, denen gegenüber die Umlaufwerte den bei weitem überwiegenden Teil der Aktivwerte einnehmen.

Um die Gesamtheit der Kapitalwirtschaft der Lederindustrie darzustellen, sei das in dieser Zeitschrift besonders gepflegte und für alle Fragen der Kapitalwirtschaft äußerst geeignete Verfahren der Rechnung mit Anspannungsziffern angewandt. Die wichtigsten Posten der zur Verfügung stehenden Bilanzen werden zum Eigenkapital in Beziehung gebracht. Diese Verhältniszahlen (Anspannungsziffern) machen die zu verarbeitenden einzelnen Posten vergleichbar und geben — richtig gelesen und voll ausgewertet — die wichtigsten Aufschlüsse und Richtlinien.

Die Bilanzen der größten Aktiengesellschaften der Lederindustrie, auf diese Weise vergleichbar gemacht, ergeben für den Zeitraum von 1927 bis 1932 das in Zahlentafel 3 wiedergegebene Bild.

Die das Verhältnis des Gesamtkapitals zum Eigenkapital darstellenden Ziffern der Spalte *i* zeigen ein verhältnismäßig ungünstiges Ergebnis. Sie lassen namentlich für



**Abb. 1.** Gegenüberstellung der zahlenmäßigen Bedeutung und der Erzeugung von Klein- und Großbetrieben der deutschen Lederindustrie 1929



**Zahlentafel 3**  
**Risikoanalyse der deutschen Lederindustrie**  
 (Spalten b bis i Anspannungsziffern)

| Firma        | Jahr  | a   | b             | c  | d                           | e                          | f         | g               | h                                   | i                       |
|--------------|-------|---|---------------|--|-----------------------------|----------------------------|-----------|-----------------|-------------------------------------|-------------------------|
|              |       | Bilanzmäßiges Eigenkapital <sup>1)</sup> in 1000 RM | Anlagekapital |  | Umlaufkapital <sup>3)</sup> |                            |           |                 | Lang- und kurzfristige Verschuldung | Gesamtkapitalanspannung |
|              |       |   | Insgesamt     | Davon Grundstücke u. Gebäude <sup>2)</sup> | Insgesamt                   | Waren und Vorräte          | Debitoren | Flüssige Mittel |                                     |                         |
| 1            | 1927  | 15 654  | 0,52          | 0,37                                       | 1,98                        | 0,76                       | 0,70      | 0,13            | 1,42                                | 2,48                    |
|              | 1930  | 21 455  | 0,46          | 0,37                                       | 1,43                        | 0,34                       | 0,64      | 0,17            | 0,91                                | 1,92                    |
|              | 1931  | 19 265  | 0,49          | 0,41                                       | 1,57                        | 0,40                       | 0,57      | 0,13            | 1,04                                | 2,06                    |
| 2            | 1927  | 9 100   | 0,35          | 0,17                                       | 2,05                        | 1,00                       | 0,88      | 0,07            | 1,30                                | 2,40                    |
|              | 1930  | 9 402   | 0,27          | 0,16                                       | 1,86                        | 0,91                       | 0,78      | 0,12            | 1,03                                | 2,14                    |
|              | 1932  | 11 145  | 0,17          | 0,12                                       | 1,34                        | 0,73                       | 0,38      | 0,20            | 0,37                                | 1,50                    |
| 3            | 1927  | 5 165   | 0,15          | 0,10                                       | 1,56                        | 0,27                       | 0,54      | 0,36            | 0,55                                | 1,71                    |
|              | 1931  | 5 643   | 0,30          | 0,30                                       | 0,99                        | 0,14                       | 0,37      | 0,29            | 0,15                                | 1,29                    |
|              | 1932  | 5 694   | 0,05          | 0,05                                       | 1,14                        | 0,18                       | 0,22      | 0,42            | 0,05                                | 1,19                    |
| 4            | 1927  | 3 960   | 0,25          | 0,16                                       | 1,42                        | 0,75                       | 0,50      | 0,11            | 0,58                                | 1,68                    |
|              | 1931  | 4 035   | 0,22          | 0,14                                       | 1,05                        | 0,49                       | 0,28      | 0,23            | 0,19                                | 1,26                    |
|              | 1932  | 3 808   | 0,16          | 0,10                                       | 0,97                        | 0,48                       | 0,23      | 0,22            | 0,06                                | 1,14                    |
| 5            | 1927  | 3 069   | 0,57          | 0,41                                       | 1,30                        | 0,60                       | 0,64      | 0,03            | 0,80                                | 1,87                    |
|              | 1930  | 3 193   | 0,49          | 0,36                                       | 1,14                        | 0,62                       | 0,43      | 0,03            | 0,74                                | 1,74                    |
|              | 1932  | 2 103   | 0,29          | 0,18                                       | 1,19                        | 0,59                       | 0,38      | 0,07            | 0,46                                | 1,46                    |
| 6            | 1927  | 2 785   | 0,41          | 0,26                                       | 1,67                        | 0,94                       | 0,65      | 0,06            | 0,94                                | 2,07                    |
|              | 1931  | 3 135   | 0,41          | 0,28                                       | 1,44                        | 0,74                       | 0,66      | 0,05            | 0,76                                | 1,85                    |
|              | 1932  | 3 478   | 0,37          | 0,37                                       | 0,94                        | nicht getrennt ausgewiesen |           | 0,38            | 1,38                                |                         |
| 7            | 1927  | 1 400   | 0,40          | 0,32                                       | 1,25                        | 1,00                       | 0,23      | 0,02            | 0,62                                | 1,66                    |
|              | 1930  | 1 420   | 0,38          | 0,31                                       | 1,20                        | 0,83                       | 0,26      | 0,11            | 0,56                                | 1,59                    |
|              | 1932  | 1 323   | 0,38          | 0,33                                       | 0,68                        | 0,49                       | 0,15      | 0,03            | 0,22                                | 1,22                    |
| 8            | 1927  | 1 165   | 0,95          | 0,71                                       | 1,30                        | 0,91                       | 0,37      | 0,02            | 1,20                                | 2,25                    |
|              | 1930  | 550   | 1,32          | 1,12                                       | 0,38                        | 0,17                       | 0,20      | 0,06            | 0,80                                | 1,80                    |
|              | 1932  | 550   | 1,24          | 1,06                                       | 0,06                        | 0,03                       | 0,02      | 0,00            | 0,71                                | 1,68                    |
| 9            | 1927  | 1 340   | 0,30          | 0,28                                       | 1,49                        | 0,73                       | 0,68      | 0,04            | 0,63                                | 1,76                    |
|              | 1930  | 1 577   | 0,21          | 0,19                                       | 1,02                        | 0,62                       | 0,37      | 0,03            | 0,35                                | 1,45                    |
|              | 1932  | 716   | 0,37          | 0,33                                       | 1,15                        | 0,75                       | 0,30      | 0,10            | 0,52                                | 1,52                    |
| 10           | 1927  | —   | —             | —  | —                           | —                          | —         | —               | —                                   | —                       |
|              | 1931  | 4 954   | 0,18          | 0,14                                       | 0,94                        | 0,57                       | 0,30      | 0,06            | 0,14                                | 1,14                    |
|              | 1932  | 4 962   | 0,16          | 0,14                                       | 1,05                        | 0,62                       | 0,25      | 0,10            | 0,16                                | 1,17                    |
| Durchschnitt |       |   |               |  |                             |                            |           |                 |                                     |                         |
| 1927         | 4 847 | 0,43  | 0,31          | 1,56                                       | 0,77                        | 0,58                       | 0,09      | 0,83            | 2,00                                |                         |
| 1930/31      | 5 537 | 0,42  | 0,34          | 1,14                                       | 0,54                        | 0,43                       | 0,11      | 0,56            | 1,62                                |                         |
| 1931/32      | 5 304 | 0,37  | 0,31          | 1,00                                       | 0,47                        | 0,28                       | 0,14      | 0,40            | 1,43                                |                         |

<sup>1)</sup> 1927: Aktienkapital + Reserven; 1930/32: Aktienkapital + Reserven + Fonds.

<sup>2)</sup> Spalte b — c = Maschinen + Anlagen.

<sup>3)</sup> Spalte d — (e + f + g) = Effekten, Beteiligungen usw.

das Jahr 1927 einen geringen Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital erkennen und geben dadurch schon der großen Risikohaftigkeit der Lederindustrie Ausdruck. Während aber in den meisten andern Industriezweigen und auch in der Gesamtwirtschaft mit großer Bestimmtheit seit 1927 eine Verschlechterung der Gesamtkapital-Anspannungsziffer anzunehmen ist, ist in der Lederindustrie aus Zahlentafel 3 eine auffallende Verringerung der Gesamtkapitalanspannung festzustellen. Im Durchschnitt sank sie bis 1932 von 2,00 auf 1,43, so daß in der jüngsten Zeit die Lederindustrie einen für die Industrie als normal zu bezeichnenden Stand erreicht hat. Auffallend ist die völlige Übereinstimmung dieser Rückwärtsentwicklung bei allen Gesellschaften, die auch für alle nicht erfaßten Unternehmen anzunehmen ist.

Wenn die Lederindustrie in der Gesamtheit — namentlich in den Jahren vor der großen Krise — eine Kapitalanspannungsziffer aufweist, die wesentlich höher als die durchschnittliche gesamtindustrielle Anspannungsziffer ist, so ist der Grund hierfür nicht ohne weiteres in einem un-

gesunden kapitalwirtschaftlichen Aufbau zu suchen. Die Lederindustrie ist, worauf später zurückzukommen ist, zu einer starken Vorratshaltung aus den verschiedensten Gründen gezwungen. Das gilt in besonderem Maße für die Wildhäute verarbeitenden Großbetriebe in Norddeutschland, deren Häutelager Rohmaterial für viele Monate im voraus enthalten muß. Der Großhandel mit Häuten hat dabei nie eine wesentliche Rolle gespielt, vielmehr hat mehr und mehr die Lederindustrie die Funktionen des Großhandels übernommen. Der Einkauf wird häufig durch eigene Agenturen durchgeführt, oder man kauft, gleichfalls unter Ausschaltung des inländischen Imports, direkt vom Exporteur.

Diese Eigenheiten der Lederindustrie müssen sich auf den Grad der Eigenkapitalbeanspruchung auswirken, und so weist auch in der Tat die Kapitalanspannung der Lederindustrie in normalen Zeiten eine wesentlich über dem Durchschnitt der gesamten Verarbeitungsindustrie liegende Höhe auf.

Die große Risikohaftigkeit der Lederindustrie ergibt sich gleichfalls daraus, daß Preisschwankungen des Rohmaterials sich in voller Höhe unmittelbar auf den Lederindustriebetrieb auswirken. Einerseits sind in Zeiten steigender Rohhautpreise hohe Gewinne bei gefüllten Lagern und Verluste bei entleerten Lagern häufig. Andererseits haben fallende Preise bei gefüllten Lagern starke Verluste, bei entleerten Lagern Gewinne zur Folge (über den Grad der Rohhautpreisschwankungen vgl. Zahlentafel 6 und Abbildung 2).

Die Folge aller dieser Umstände ist, daß die Kapitalanspannungsziffer der Lederindustrie sich den im Großhandel üblichen höheren Anspannungsziffern nähert.

Die zeitlich schwankende Höhe der Ziffern, wie man sie in der Lederindustrie innerhalb des kurzen Zeitraumes von 1927 bis 1932 findet, ist dabei zumeist das Ergebnis einer Über- oder Unterbeschäftigung, die im Laufe der Zeit auch zu einer mehr oder weniger großen Liquidität führen muß. Der Grad der Verschuldung nimmt, wie die Spalte h der Zahlentafel 3 zeigt, in der Lederindustrie während des Beobachtungszeitraumes gleichfalls in starkem Maße ab. Er sank im Durchschnitt von 0,83 auf 0,40. Die Spalte h läßt auch den näheren Grund für die Entwicklung der Kapitalanspannungsziffer erkennen, die sich im folgenden als das Ergebnis einer ungünstigen Wirtschaftslage erweisen wird.

Die letzten Jahre stellten auch der Lederindustrie die schwersten Aufgaben. Im Verlauf der Krise trat ein wertmäßiger Gesamtproduktionsrückgang der Lederindustrie von 953 Mill. RM im Jahre 1927 (dem Rekordjahr) auf 368 Mill. RM im Jahre 1932 ein (vgl.

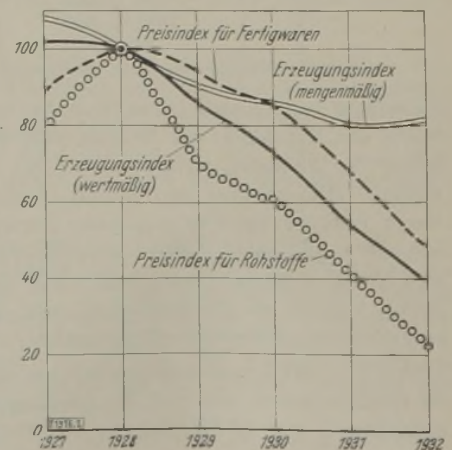


Abb. 2. Entwicklung der mengen- und wertmäßigen Erzeugung sowie der Preiskennziffern der deutschen Lederindustrie 1927 bis 1932 (1928=100)



Zahlentafel 6). Die Folge dieser Entwicklung ist ein starker Rückgang auch der Lieferantenkredite. Diese spielen aber aus verschiedenen Gründen eine ausschlaggebende Rolle. Der langsame Kapitalumschlag von rd. 0,3 bis 1,5 mal im Jahr (je nach den Gerbverfahren) als Folge erstens der sehr langen Produktionsdauer von rd. 3 bis 10 und 12 Monaten und zweitens der Eigenheit des Häutemarktes; ferner die Unmöglichkeit, Bankkredite in größerem Ausmaße in Anspruch zu nehmen und vieles andere mehr zwingen den Lederindustriellen dazu, den Lieferantenkredit so weit wie möglich auszu dehnen. Wichtigster Grund für den großen Anteil der Lieferantenkredite am Gesamtkapital ist aber der hohe Wert des Rohmaterials, mit andern Worten der geringe Veredelungswert. Nur so ist es verständlich, daß gerade in der Lederindustrie die Rohmaterial- und Halbfabrikatbestände auffallend große Werte darstellen.

Leider gestatten die zur Verfügung stehenden Zahlen keine Trennung der langfristigen von der kurzfristigen Verschuldung. Es sei aber noch einmal unterstrichen, daß langfristige Schulden in der Lederindustrie sehr selten sind und die Spalte *h* mithin zum größten Teil die kurzfristig aufgenommenen Lieferanten- und Bankkredite enthält.

Die letzten Jahre haben als natürliche Folge der äußersten Produktionseinschränkung einen starken Abbau der Rohstoff- und Halbfabrikatbestände mit sich gebracht, demzufolge auch der Grad der Verschuldung abnahm, was wiederum das in der Zahlentafel 3 deutlich zum Ausdruck kommende Sinken der Gesamtkapitalanspannung zur Folge hatte. Es wäre deshalb falsch, von den Kapitalanspannungsziffern der Spalte *i* auf eine mit Überlegung vorgenommene Maßnahme zur Verbesserung der Eigenkapitalbeanspruchung schließen zu wollen.

Die Zusammensetzung der Aktivposten weist als auffälligstes Merkmal das starke Zurücktreten des Anlagekapitals gegenüber dem Umlaufkapital aus (vgl. Spalten *b* und *d*). Reichte doch 1927 das Eigenkapital noch nicht aus, um auch nur  $\frac{2}{3}$  der Umlaufmittel zu decken (Spalte *d*). 1931 entsprach im Durchschnitt das Eigenkapital den Umlaufmitteln. Der Anteil des Anlagekapitals dagegen ist mit rd. 40 % des Eigenkapitals recht gering.

Ein Vergleich der Spalten *b* und *c* ergibt das Zurücktreten der Maschinenwerte, das seine Ursache nicht lediglich in den Bilanzierungsmethoden hat, sondern durch die Eigenheit des Produktionsganges bedingt ist. Je nach dem angewandten Gerbverfahren spielt zwar die Maschinenarbeit eine unterschiedliche Rolle. Es gibt aber in der Lederindustrie Betriebe, die noch heute fast völlig ohne Maschinenarbeit auskommen, was namentlich in den schweren Leder herstellenden Betrieben der Fall ist. Aber auch die Oberlederindustrie arbeitet mit einem verhältnismäßig geringen Maschinenpark, besonders deswegen, weil die verwendeten Maschinen eine große Arbeitskapazität aufweisen und daher nicht in größeren Mengen vorhanden zu sein brauchen (Rühräscher, Pressen, Meßmaschinen usw.). Somit ist die Maschinenleistung je Produkteinheit gering. Die Gewerbestatistik errechnete 1925 auch nur den geringen Satz von 45 genutzten Maschinen-PS je Lederindustriebetrieb in Deutschland. Unter den Anlagewerten stellen somit die Grundstücke und Gebäude den Hauptteil dar.

Unter den Umlaufwerten stehen die Warenvorräte an erster Stelle. Ihnen folgen die Debitoren. Auf die besondere Bedeutung der Vorräte wurde schon hingewiesen. In der Tat gibt es keinen der Lederindustrie auch nur im

entferntesten verwandten Industriezweig, der annähernd eine so große Vorratsintensität aufzuweisen hat. Die Firmen 2 und 7 z. B. weisen 1927 allein Warenvorräte in einer Höhe aus, die dem gesamten Eigenkapital entspricht. Die Gründe wurden schon angedeutet: bei den Rohstoffen die Notwendigkeit eines gutsortierten Lagers, um genügend Auswahl auch auf lange Sicht zu haben und nicht auf dem Häutemarkt zu ungelegenen Zeiten kaufen zu müssen, da dieser — namentlich der Wildhautmarkt — nur in ganz bestimmten Monaten für deutsche Verhältnisse brauchbares Material liefert.

Noch größer als der Wert des Rohmateriallagers ist der Wert der Halbfabrikate, d. h. der im Produktionsgang befindlichen Blößen. Da der Gerbprozeß sich über Monate hinzieht, muß schon ein mittlerer Betrieb große Mengen von Blößen in den Farben und Gruben halten, um eine genügende Endproduktion aufzuweisen. Zieht man des weiteren in Betracht, daß das Rohmaterial einen sehr hohen Anteil am Endproduktwert (rd. 50 bis 70 %) aufweist, so ist der große Anteil der Waren- und Vorratsbestände erklärlich. *Nicklisch*<sup>1)</sup> hat in einer umfassenden Rechnung die Höhe des Vorratsbestandes im Vergleich mit dem Anlagenbestand, also den Wert  $\frac{\text{Gesamtwert der Vorräte}}{\text{Anlagewert}}$  für

eine große Anzahl von Industriezweigen errechnet. Es ergab sich für die Lederindustrie ein sehr hoher Wert von 163,4 %, (für die Kohlegewinnung z. B. 6,5 %, Gaswerke 5,2 %, Kalibergbau 8,1 %, Chemische Industrie 48 %, Papierindustrie 53,3 %, Vervielfältigungsgewerbe 32,5 %, Maschinen- und Apparatebau 78,0 %, Elektrotechnische Industrie 103,0 % usw.). Allein der Schiffbau wies einen höheren Wert als die Lederindustrie auf<sup>2)</sup>.

Der eigenartige Vermögensaufbau stellt der Lederindustrie schwere Aufgaben in bezug auf eine richtige Material- und Lagerdisposition. Neben der Materialintensität begründet die sprunghafte, oft von Zufälligkeiten abhängende Preisgestaltung die stete Sorge um das Lager. Selbst kleine Preisänderungen des Rohstoffes bringen bei den in ihnen ruhenden hohen Werten die größten Verluste bzw. Gewinne. Doch sind auch stärkere Schwankungen häufig. So wurden Kalbfelle im April 1933 zu 0,27 RM/Pfd. gekauft, schon 2 Monate später, im Juni, dagegen zu 0,46 RM. Diese Schwankungen müssen bei den vielen Tausenden Kilogramm rohen und halbfertigen Leders, die zwangsläufig von den Unternehmen gehalten werden, die unwälzendsten Einflüsse auf jeden Betrieb der Branche ausüben.

## Die Kostengestaltung

Die betriebswirtschaftliche Lehre befand sich in den letzten Jahren in einer Entwicklung, deren Eigenart durch die bevorzugte Behandlung von Fragen der Kostenrechnung und Kostengestaltung gekennzeichnet ist. Die Literatur dieses Gebietes ist in das Unermeßliche gewachsen und hat seinen Einfluß auf die Praxis nicht verfehlt. Zahllos sind die Beiträge über das Selbstkostenwesen aller Wirtschaftszweige. Die Kostenlehre wird z. T. zum Mittelpunkt der Betriebswirtschaftslehre erhoben, um den sich die anderen Probleme der betriebswirtschaftlichen Theorie zu gruppieren haben. An Hand von Kostenziffern aller Art stellt man umfassende Betriebsvergleiche und -untersuchungen an. Kostenstandards als Richtzahlen scheinen bei periodischer Auswertung der Ergeb-

<sup>1)</sup> *H. Nicklisch*. Die Betriebswirtschaft, Stuttgart 1932 S. 454/455.

<sup>2)</sup> Im übrigen ergibt unsere Anspannungsziffernrechnung als Durchschnitt der drei Jahre einen Wert von rd. 150 %  $\left( \frac{\text{Spalte } e}{\text{Spalte } h} \right)$ , der dem für die Lederindustrie von *Nicklisch* errechneten ungefähr entspricht.



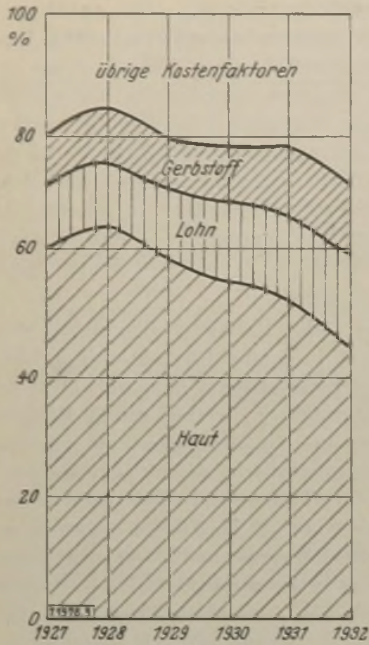


Abb. 3. Entwicklung der drei Hauptkostenfaktoren der deutschen Lederindustrie 1927 bis 1930 (Gesamtproduktionswert = 100)

nisse ein sehr gutes Mittel wirtschaftlicher Betriebsführung zu sein, versagen muß dieser Weg aber bei nur einmaligen Vergleichen, da Kostenrelationen auch in kürzeren Zeiträumen starken Schwankungen unterworfen sind. Es genügt nicht, für einen Industriezweig als Ergebnis einer einmaligen Untersuchung Kostenstandards bzw. Normkosten als Richtzahlen für einen längeren Zeitraum hinzustellen. Das zu beweisen sind Kostenanalysen der Lederindustrie ein gutes Beispiel. Naturgemäß sind die Schwierigkeiten bei der Aufstellung funktionaler Kostenanalysen sehr groß, besonders aber dann, wenn kontinuierliche Zahlenreihen gefunden werden sollen, d. h. vergleichbare Zahlen, die für eine geschlossene Anzahl von Jahren das Verhältnis der einzelnen Kostenfaktoren zu den Gesamtkosten ausdrücken sollen. Der Enquête-Ausschuß versuchte die Lösung der schweren Aufgabe und gibt für die drei Kostengruppen Haut-, Gerbmateriale- und Lohnkosten, die zusammen etwa 80 % der Gesamtselbstkosten ausmachen, folgende Werte für die Jahre 1925 bis 1928, wobei zu berücksichtigen ist, daß manche weitere variable Kostenteile wie z. B. Provisionen, Umsatzsteuer u. a. kleinere, nicht erfaßbare Posten hinzukommen<sup>3)</sup>:

Zahlentafel 4. Analyse der veränderlichen Kosten bei der Lederherstellung (in % der Gesamtselbstkosten)

| Kostengruppe      | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 |
|-------------------|------|------|------|------|
| Hautkosten . . .  | 66,6 | 60,5 | 66,5 | 64,4 |
| Lohnkosten . . .  | 10,9 | 10,6 | 10,8 | 10,0 |
| Gerbstoffkosten . | 9,2  | 7,7  | 8,9  | 8,5  |

Die Ansicht der Praxis geht aber heute übereinstimmend dahin, daß sich starke Änderungen in den letzten Jahren vollzogen haben. Es soll versucht werden, diese Ansicht auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Als Grundlage werden die Ergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, und zwar die Angaben über den Wert der Gesamtproduktion, der Rohstoffe, die Lohnsumme und den Wert der Gerb- und Hilfsstoffe verwertet. Aus den erwähnten Angaben ist auf folgende Entwicklung zu schließen:

<sup>3)</sup> Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. I. Unterausschuß, 5. Arbeitsgruppe, 1. Band: Die deutsche Lederindustrie, Berlin 1930, S. 35, 99, 161.

Zahlentafel 5. Analyse der drei Hauptkostenfaktoren der Lederindustrie 1927 bis 1932

| Jahr | Häute       |      | Lohn u. Gehalt |      | Gerbstoffe  |      | Wert der Gesamtproduktion Mill. RM | Anteil an den Gesamtkosten in % |
|------|-------------|------|----------------|------|-------------|------|------------------------------------|---------------------------------|
|      | in Mill. RM | in % | Mill. RM       | in % | in Mill. RM | in % |                                    |                                 |
| 1927 | 585         | 61,5 | 93,4           | 9,8  | 85,0        | 8,9  | 952,9                              | 86,2                            |
| 1928 | 614         | 65,5 | 93,6           | 10,0 | 79,0        | 8,5  | 935,6                              | 84,0                            |
| 1929 | 479         | 60,0 | 88,0           | 11,0 | 69,1        | 8,7  | 795,9                              | 79,7                            |
| 1930 | 388         | 56,5 | 87,3           | 12,7 | 65,9        | 9,6  | 685,9                              | 78,8                            |
| 1931 | 272         | 53,4 | 74,3           | 14,6 | 55,0        | 10,8 | 508,7                              | 78,2                            |
| 1932 | 165         | 45,2 | 59,0           | 16,2 | 42,0        | 11,3 | 368,3                              | 72,7                            |

Die Prozentzahlen können als branchentypisches Mittel der Selbstkostenanteile bezeichnet werden.

Hier ist noch zu untersuchen, inwieweit das Preismoment an dem Produktionsrückgang auf fast ein Drittel der Erzeugung innerhalb von 5 Jahren beteiligt ist. Die zahlenmäßige und bildliche Gegenüberstellung der wert- und mengenmäßigen Erzeugung der Lederindustrie ergibt folgendes (Zahlentafel 6 und Abb. 2):

Zahlentafel 6. Entwicklung der wert- und mengenmäßigen Erzeugung sowie der Preiskennziffern der deutschen Lederindustrie 1927 bis 1932

| Jahr | Wert der Gesamtproduktion |                  | Menge der Gesamtproduktion |                  | Preis je t |            | Durchschnittliche Hautpreise |            |
|------|---------------------------|------------------|----------------------------|------------------|------------|------------|------------------------------|------------|
|      | in Mill. RM               | Index 1928 = 100 | in 1000 t                  | Index 1928 = 100 | 1000 RM    | 1928 = 100 | in RM je Pfd.                | 1928 = 100 |
| 1927 | 952,9                     | 102              | 150,7                      | 108              | 6,30       | 88         | 0,85                         | 80         |
| 1928 | 935,6                     | 100              | 129,3                      | 100              | 7,20       | 100        | 1,06                         | 100        |
| 1929 | 795,9                     | 85               | 117,4                      | 91               | 6,80       | 94         | 0,74                         | 70         |
| 1930 | 685,9                     | 73               | 111,8                      | 86               | 6,20       | 86         | 0,64                         | 61         |
| 1931 | 508,7                     | 54               | 103,8                      | 80               | 4,90       | 68         | 0,42                         | 40         |
| 1932 | 368,3                     | 39               | 104,0                      | 81               | 3,50       | 49         | 0,23                         | 22         |

Es zeigt sich also, daß die produzierte Menge zwar abnahm, aber nur um rd. 25 %, während der wertmäßige Produktionsrückgang als Folge des Preisfalls rd. 62 % ausmachte. Das starke Abfallen der wertmäßigen Produktion von 508 auf 368 Mill. RM während des letzten Jahres z. B. ist lediglich auf das Sinken der Fertig-Lederpreise zurückzuführen; mengenmäßig war sogar ein ganz geringes Ansteigen zu verzeichnen.

Gehen wir nach diesem Exkurs zur Zahlentafel 5 und Abb. 3 zurück, so ergibt sich, daß der Anteil der Hautkosten, der in der Literatur allgemein über 65 % angenommen wird, in den letzten Jahren stark gesunken ist. Er fiel von 61,5 % und 65,5 % in den Jahren 1927 und 1928 bis auf 45,2 % im Jahre 1932. Dagegen stieg der Anteil der Gerbstoffkosten von 8,9 % (1927) auf 11,3 %, der Anteil der Lohnkosten von 9,8 % auf 16,2 % der Gesamtkosten. Die graphische Darstellung ergibt das in Abb. 3 gekennzeichnete Bild.

Es zeigt sich deutlich das Abnehmen des Hauptkostenfaktors, und zwar weniger auf Kosten der Gerbmateriale- und Lohnkosten als der restlichen, zumeist festen Kostenteile. Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um reine wert- oder mengenmäßige Zahlen, wie z. B. Umsatz- oder Kostenzahlen, die leicht den größten Schwankungen ausgesetzt sind, sondern um Verhältniszahlen handelt, die den inneren Aufbau der Gesamtkosten darstellen, so leuchtet die strukturell sich ändernde Entwicklung ein. Der stark sinkende Rohstoffpreis hatte eine Umwandlung der Kostenstruktur in Verbindung mit dem sinkenden Beschäftigungsgrad dergestalt zur Folge, daß das Hauptgewicht jetzt mehr auf den allgemeinen Kostenteilen, den Verwaltungs-, Handlungs- und andern festen Kostenteilen liegt. Die Entwicklung der Gemeinkosten (1927: 19,8 %,



1932: 27,3 %) ist die natürliche Folge der Produktions-einschränkung, die auch die so konjunkturrempfindliche Lederindustrie zu stark gedrosselter Produktionstätigkeit zwang. Es wird auch bei Anwendung der einschneidendsten betriebspolitischen Maßnahmen nie gelingen, eine Angleichung der Gemeinkosten an den sinkenden Beschäftigungsgrad zu erzielen. Diese Kosten sind eben fix, d. h. wenn auch nicht immer völlig starr (auf lange Sicht gibt es keine fixen Kosten), so doch nur sehr schwer beeinflussbar, so daß im Falle sinkender Gesamtkosten die fixen Kosten je produzierte Einheit steigen müssen.

Das Ergebnis: fallender Häuteanteil, steigende übrige Kostenfaktoren (insbesondere der Fixkosten) entspricht ganz der Ansicht der Praxis, die in den letzten Jahren immer wieder auf die Veränderungen in der Kostenstruktur hingewiesen hat, ohne dieses selbst an Hand eigener statistischer Ergebnisse nachweisen zu können.

Schließlich sei noch auf die Ursache dieser Entwicklung eingegangen, da erstens hierbei sehr aufschlußreiche Tatsachen auftauchen und zweitens die Praxis anscheinend über die wirklichen Gründe nicht unterrichtet ist.

Die Entwicklung des Rohstoffpreises für die Lederherstellung folgt nicht den üblichen Preisgesetzen. Dem Häutepreis liegen nicht die Gewinnungskosten zugrunde, da der Häutemarkt ein Markt für Abfallprodukte ist. So groß der Anteil der Hautkosten an den Kosten des fertigen Produktes ist, so gering ist der Wert der Haut,

bezogen auf den Wert des Rindes, Büffels, Kipses usw. Aus der Tatsache, daß der Hautwert nur etwa 3,5 bis 4 % des Großviehwertes, aber nach der Verarbeitung zu Leder 50 bis 50 % des Lederwertes ausmacht, ergibt sich die ganze Eigenart der Hautpreisbildung und damit zugleich der Kosten- und Risikolage der Lederindustrie. Eine noch so große Nachfrage seitens der Lederindustrie kann auch nicht die geringste Steigerung der Häuteproduktion zur Folge haben. Die Menge des angebotenen Rohstoffes ist also unreakibel auf Preisänderungen. Der Angebots-Elastizitätskoeffizient ist fast gleich Null. Somit ist der Häutepreis bei immer gleichbleibendem Angebot von Häuten, das durch die Nachfrage nach Fleisch, Milch und Wolle bestimmt wird, lediglich eine Funktion der Nachfrage der Lederindustrie nach Rohmaterial. Bei steigender Nachfrage steigt der Häutepreis ins Unermeßliche, und zwar überproportional; er sinkt dagegen bei fallender Nachfrage ins Bodenlose. Letzteres ist 1931/32 der Fall gewesen und hat den Anstoß zu der geschilderten Entwicklung gegeben.

Die zuletzt charakterisierte Eigenart der Rohstoffpreisbildung scheint uns das die Lederwirtschaft bestimmende Moment zu sein. Hierin liegt auch die Konjunkturrempfindlichkeit begründet. Sie ist von vielen Seiten festgestellt worden, man hat sie aber noch nicht mit der Neigung der Rohstoffpreisbildung, von einem Extrem in das andere umzuschlagen, in Verbindung gebracht. [1976]

# WIRTSCHAFTSDYNAMIK

*Im Februarheft wurden die Vorgänge und Auswirkungen behandelt, welche für einen ganz bestimmten erstmaligen Waren- und Geldeinsatz bei einem rein mengenmäßigen Tauschverkehr zwischen vier Unternehmungen zu verzeichnen sind. Es soll nunmehr ein Überblick darüber gegeben werden, welchen Einfluß die Veränderung im Geldeinsatz bei den einzelnen Unternehmungen auf die Abwicklung des Lieferungs- und Zahlungsverkehrs, das Auftreten von Gefahrenmomenten sowie die Entwicklung der Kreditschöpfung hat.*

## Fall A 3. Handelsverkehr mit verändertem Geldeinsatz

Aus Raummangel wird darauf verzichtet, für die behandelten Beispiele ähnlich wie im Januar- und Februarheft den Viertakt des Handelsverkehrs (vgl. dort Abb. 1) und die Vermögensbilanz der Gesamtwirtschaft (vgl. dort Abb. 2) wiederzugeben. Die nachfolgenden Darstellungen beschränken sich vielmehr darauf, neben dem eigentlichen Lieferungs- und Zahlungsverkehr (unteres Bild) das Deckungsverhältnis in der wertmäßigen Zusammensetzung der Betriebsvorräte und des Eigenkapitals (mittleres Bild) sowie insbesondere den Verlauf der Geldschöpfung (oberes Bild) für die Gesamtwirtschaft festzuhalten (vgl. auch Februarheft S. 48, Abb. 3, 5, 6 und 7).

Um einen Vergleich der einzelnen Beispiele zu ermöglichen, ist der im Anfangszustand (Ruhelage) vorhandene Warenvorrat stets im Betrage von 6 WE angenommen und einheitlich bei *a* eingesetzt. Die Lieferung von Unternehmen zu Unternehmen erfolgt stets mit dem gesamten Wareneinsatz. Eine teilweise Weitergabe ist somit ausgeschlossen. Der Viertakt im Handelsverkehr beginnt durchweg mit der Warenlieferung (6 WE) von *a* nach *b*. Die Zahlung erfolgt, wenn und insoweit bei den Beliefertern ein Geldvorrat vorhanden ist, stets im nächsten Vorgang, und zwar rückwärts (von rechts nach links, vgl. Februarheft S. 47, Abb. 1) Zug um Zug so lange, als noch bei den einzelnen Unternehmungen Zahlungsverpflichtungen aus Warenlieferungen vorhanden sind.

Der Geldeinsatz selbst ist bei den einzelnen Beispielen wie folgt angenommen:

| Abb. | Geldeinsatz |         | Abb. | Geldeinsatz |         |
|------|-------------|---------|------|-------------|---------|
|      | wo          | wieviel |      | wo          | wieviel |
| 1    | b           | 6       | 4    | d           | 6       |
|      | c           | 6       | 5    | c           | 6       |
|      | d           | 6       | 6    | a           | 6       |
| 2    | b           | 6       | 7    | a           | 9       |
|      | c           | 6       | 8    | a           | 3       |
| 3    | b           | 6       |      |             |         |

Jedes Beispiel enthält die vollständige Abwicklung des Lieferungs- und Zahlungsverkehrs von Ruhelage zu Ruhelage. Darüber hinaus ist jeweils der Beginn einer neuen Taktfolge mit dem ersten Vorgange angedeutet.

Um sich einen Überblick über die Auswirkungen eines derart veränderten Geldeinsatzes und der dadurch bedingten Zahlungsweise zu verschaffen, empfiehlt es sich, folgende Vergleichsreihen anzustellen:

- I. Abb. 1—2—3 Im Ausmaß je Stelle gleicher, in der Stellenbesetzung jedoch veränderter Geldeinsatz bei insgesamt unterschiedlichen Geldvorräten.
- II. Abb. 3—4—5—6 Im Ausmaß je Stelle gleicher, in der Stellenbesetzung jedoch veränderter Geldeinsatz bei insgesamt gleichen Geldvorräten.
- III. Abb. 6—7—8 Im Ausmaß je Stelle veränderter, in der Stellenbesetzung jedoch gleicher Geldeinsatz bei insgesamt unterschiedlichen Geldvorräten.

Die Vergleichsreihen sprechen im einzelnen für sich. Die Erläuterung kann sich daher auf folgende Feststellungen beschränken. Bemerkte sei zuvor, daß in der Bezeichnung der Abbildungen Buchstabe und Ziffer links vom Schrägstrich Ort und Ausmaß des Wareneinsatzes, rechts vom Schrägstrich diejenigen des Geldeinsatzes angeben. So weist z. B. der in Abb. 1 behandelte Fall an drei Stellen (*b*, *c* und *d*) einen Geldeinsatz von je 6 WE auf, während bei der Abb. 5 nur ein Geldeinsatz bei *c* in Höhe von 6 WE in Frage kommt.



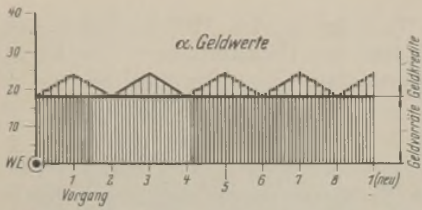


Abb. 1 (links oben).  
Fall  $a6/b6 + c6 + d6$ .  
(Wirtschaft mit gleichmäßig verteiltem Vermögen bei stark überreichen Geldvorräten)

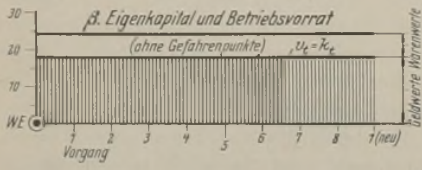


Abb. 2 (links unten).  
Fall  $a6/b6 + c6$ .  
(Wirtschaft mit einem vermögenslosen Unternehmen bei im übrigen überreichen Geldvorräten)

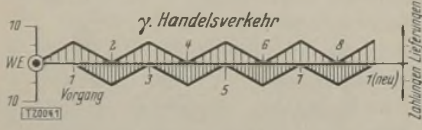


Abb. 3 (rechts oben).  
Fall  $a6/b6$ .  
(Wirtschaft mit zwei vermögenslosen Unternehmen bei im übrigen ausgeglichenen Waren- und Geldvorräten)



Abb. 4 (rechts unten).  
Fall  $a6/d6$ .  
(Wirtschaft wie Abb. 3, jedoch mit zeitlich verlagertem Vermögensverteilung)



Die Vergleichsreihe I stellt drei verschiedene Beispiele einer Gesamtwirtschaft dar, in der ein dem Wareneinsatz bei  $a$  im Einzelfall wertmäßig entsprechender Geldeinsatz bei den übrigen am Handelsverkehr beteiligten Unternehmen in unterschiedlicher Häufigkeit auftritt. In der Abb. 1 ermöglicht der vorhandene Geldreichtum (6 WE bei  $b, c$  und  $d$ ) nicht nur eine jeweils sofort der Lieferung folgende Zahlung (vgl.  $\gamma$  Handelsverkehr), sondern auch die Vermeidung jeglichen Gefahrenmomentes (vgl.  $\beta$  Eigenkapital und Betriebsvorrat), das sich, wie bereits im Januar- und Februarheft erwähnt, aus dem abweichenden Deckungsverhältnis in der wertmäßigen Zusammensetzung des Betriebsvorrates und Eigenkapitals ergibt. Umgekehrt wird aber auch für die Durchführung eines derartigen Lieferungs- und Zahlungsverkehrs ein entsprechender Geldreichtum benötigt, während der jeweils in Anspruch genommene Geldkredit nur minimale Ausschläge zeigt.

Demgegenüber muß der in Abb. 2 dargestellte Fall auf dem Wege der Kreditgewährung den Mangel an Geldvorrat bei  $d$  überbrücken. Die Folge davon ist aber nicht nur das Auftreten eines Gefahrenpunktes und erweiterten Kreditausschlages, sondern gleichzeitig auch umgekehrt die Herabsetzung des für die Durchführung des Handelsverkehrs erforderlichen Bedarfes an insgesamt vorhandenen Geldvorräten.

Noch stärker tritt die hier gekennzeichnete Auswirkung im Falle der Abb. 3 in Erscheinung, wo der infolge des fehlenden Geldvorrates bei  $c$  und  $d$  auftretende Bedarf mittels Kredit gedeckt werden muß. Eine Wirtschaft, in der wesentliche Glieder im Handelsverkehr von vornherein die benötigten Geldvorräte nicht aufweisen, vermag somit zwar den Lieferungs- und Zahlungsverkehr durch Erweiterung des Kredits durchzuführen, muß dabei gleichzeitig aber gesteigerte Gefahrenmomente in Kauf nehmen. Sie wirt-

schaftet dafür umgekehrt aber auch mit den vorhandenen Geldmitteln am besten, sofern nur in der Gesamtheit der vorhandene Geldvorrat den gehandelten Warenwerten entspricht (s. Vergleichsreihe III).

In der Vergleichsreihe II steht dem wertmäßigen Wareneinsatz bei  $a$  stets ein gleichwertiger Geldeinsatz bei einem einzelnen Unternehmen der Gesamtwirtschaft gegenüber. Je nachdem, in welchem Abstand Waren- und Geldvorrat im Handelsverkehr bei den einzelnen Unternehmen eingesetzt sind, muß von der gesamten Wirtschaftskette eine mehr oder weniger große Anzahl von geldarmen Unternehmen durch gewährten Kredit zur Erfüllung ihrer Wirtschaftsfunktion bis zur Abwicklung „durchgehalten“ werden.

Die in Abb. 3 und 4 dargestellten Fälle weisen im Grunde genommen lediglich eine zeitliche Lagenverschiebung im Vorgang auf. In beiden Beispielen sind im Verlauf einer Taktfolge jeweils zwei Unternehmungen mangels Geldvorrates durch Kreditgewährung von den beiden andern zu tragen, was sich sowohl in dem Ausmaß der Kreditspitze und der Dauer der Kreditgewährung als auch in den beiden auftretenden Gefahrenmomenten zeigt.

Demgegenüber liegen im Beispiel der Abb. 5 die beiden geldarmen Unternehmungen jeweils so zwischen den vermögenden (Warenvorrat bei  $a$ , Geldvorrat bei  $c$ ) eingebettet, daß sie unter verhältnismäßig geringfügiger Kreditbeanspruchung und unter Verteilung der auftretenden Gefahrenpunkte ihre Funktion im Wirtschaftsablauf erfüllen können. Der in Abb. 5 wiedergegebene Fall stellt, worauf später noch besonders hingewiesen wird, zudem das günstigste von sämtlichen gewählten Beispielen dar.

Ganz anders sehen die Wirkungen aus, wenn der in einer Wirtschaft vorhandene Waren- und Geldvorrat lediglich in





Abb. 5 (links oben).  
Fall a/6/c.6.  
(Wirtschaft wie Abb. 3, jedoch mit  
regelmäßig wechselnder Vermögens-  
verteilung)



Abb. 6 (links unten).  
Fall a/6/a.6.  
(Wirtschaft wie Abb. 3, jedoch mit  
ausgeschlichen Waren- und Geld-  
vorräten in einer Hand, also mit drei  
vermögenslosen Unternehmen)

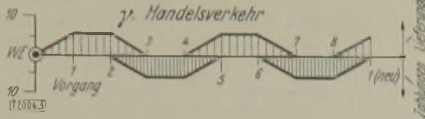
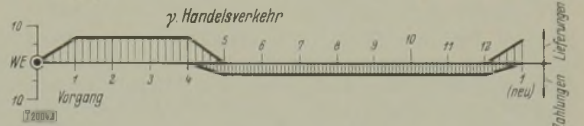
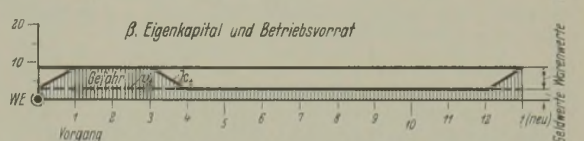
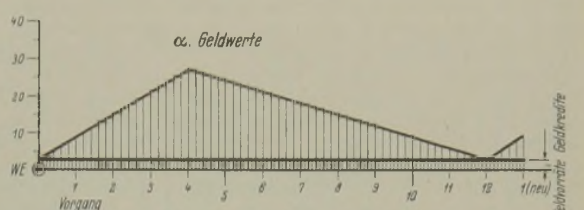
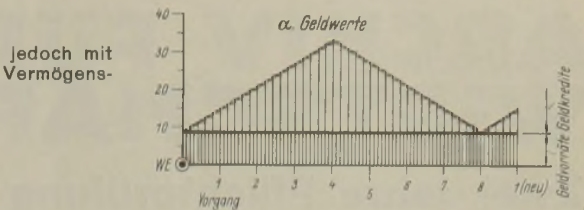
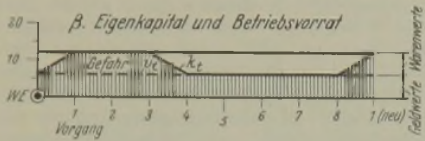


Abb. 7 (rechts oben).  
Fall a/6/a.9.  
(Wirtschaft wie  
Abb. 6, nur mit ver-  
stärkten Geldvor-  
räten)



Abb. 8 (rechts unten).  
Fall a/6/a.3.  
(Wirtschaft wie  
Abb. 6, nur mit ver-  
knäpften Geldvor-  
räten)



der Hand eines einzigen Unternehmens (a) liegt. Wie die Abb. 6 zeigt, wird dann nicht nur ein maximaler Geldkredit beansprucht, sondern gleichzeitig auch eine Höchstzahl von Gefahrenmomenten erreicht.

In der Vergleichsreihe III ist der in Abb. 6 erläuterte Fall noch einmal unter Veränderung des Geldeinsatzes bei a variiert. Die mit dem eigentlichen Lieferverkehr zusammenhängenden Folgeerscheinungen (Kreditanstieg und Gefahrenpunkte) bleiben die gleichen. Ein Unterschied in der Auswirkung tritt nur bei gegenüber dem wertmäßigen Wareneinsatz vermindertem Geldeinsatz ein (vgl. Abb. 8). Hier wird zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs ein zweimaliger Umschlag der vorhandenen Geldvorräte benötigt, wodurch der Rückgang in der Kreditausweitung nur über eine größere Zeitspanne hinweg erfolgen kann. Steigert man den Geldvorrat über den wertmäßigen Wareneinsatz hinaus, so hat das lediglich das Auftreten

brachliegender Gelder zur Folge bzw. wird umgekehrt von der Geldseite aus nur die Möglichkeit und nicht bereits die Tatsache eines gesteigerten Umsatzes an Warenvorräten geschaffen.

Besonders aufschlußreich werden aber die einzelnen Beispiele erst dann, wenn man den jeweils zur Darstellung gebrachten Vorgang in jedem Punkte auf neue beginnen läßt und damit gleichsam ein Bild von dem dynamischen Zustande eines in sich geschlossenen Handelsverkehrs bei regelmäßig mit gleichem Waren- und Geldeinsatz auf neue beginnender Taktfolge für die einzelnen Vergleichsreihen erhält. Für die einzelnen Beispiele ergeben sich daraus die in Zahlentafel 1 aufgeführten Gesamtziffern in Werteinheiten.

Aus der Zahlentafel ist deutlich ersichtlich, daß vom Standpunkt einer gesunden Geld- und Kreditwirtschaft unter den gewählten Beispielen der Fall 5 der für die Gesamtwirtschaft günstigste ist, obwohl auch hier Gefahrenmomente in Kauf genommen werden müssen. Ihm gegenüber stehen als die beiden Extreme einerseits der Fall 1 als Beispiel einer gegenüber dem gehandelten Wareneinsatz an Geldvorräten überreichen Wirtschaft, andererseits der Fall 8 als Beispiel einer Wirtschaft, bei der die gesamten Waren- und Geldvorräte vermögensmäßig gesehen in einer einzigen Hand vereinigt sind und außerdem noch gegenüber dem gehandelten Wareneinsatz eine Verknappung des vorhandenen Geldvorrates eingetreten ist. Aus sämtlichen Beispielen aber wird klar und deutlich ersichtlich, von welcher entscheidender Bedeutung im Sinne einer wirtschaftlichen Gestaltung und Führung eines derartigen Handelsverkehrs Ort und Ausmaß des jeweiligen Geldeinsatzes sind. Es bleibt vorbehalten, späterhin die hieraus sich für die gesamte Wirtschaftspolitik ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Zahlentafel 1

Der dynamische Zustand des Handelsverkehrs

| Abb. | Benötigte Takte                     | Einsatz je Einzelreihe |             |       | Insgesamt vorhandene |             |             |           |                |
|------|-------------------------------------|------------------------|-------------|-------|----------------------|-------------|-------------|-----------|----------------|
|      |                                     | Warenvorräte           | Geldvorräte | d : c | Warenvorräte         | Geldvorräte | Geldkredite | Geldwerte | Gefahrenpunkte |
| a    | b                                   | c                      | d           | e     | f                    | g           | h           | i         | k              |
| 1    | 9                                   | 6                      | 18          | 3     | 54                   | 162         | 24          | 186       | 0              |
| 2    | 9                                   | 6                      | 12          | 2     | 54                   | 108         | 36          | 144       | 1              |
| 3    | 9                                   | 6                      | 6           | 1     | 54                   | 54          | 60          | 114       | 2              |
| 4    | 9                                   | 6                      | 6           | 1     | 54                   | 54          | 60          | 114       | 2              |
| 5    | 9                                   | 6                      | 6           | 1     | 54                   | 54          | 48          | 102       | 2              |
| 6    | 9                                   | 6                      | 6           | 1     | 54                   | 54          | 96          | 150       | 3              |
| 7    | 9                                   | 6                      | 9           | 1,5   | 54                   | 81          | 96          | 177       | 3              |
| 8a   | 13                                  | 6                      | 3           | 0,5   | 78                   | 39          | 144         | 183       | 3              |
| 8b   | (umgerechnet auf 9 Takte im Mittel) |                        |             |       | 54                   | 27          | 100         | 127       | 3              |

Bredt [2004]



# ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

## Zwei Jahre Pflichtprüfung

### Einige allgemeine Gedanken

Von Wirtschaftsprüfer Dr. BERNHARD BROCKHAGE, Berlin

Die Wirtschaftsprüfung hat seitens der von ihr erfaßten Unternehmungen zunächst nicht überall eine einheitliche Aufnahme gefunden. Auch Unternehmungen, die ihre Bilanz bisher schon freiwillig hatten prüfen lassen, vermochten sich mit dem Zwang zur Prüfung nicht immer ohne ein gewisses Widerstreben abzufinden. In gleicher Richtung wirkte der Umstand, daß die Pflichtprüfung im Vergleich zu der bisherigen freiwilligen Bilanzprüfung, auch wenn diese letztere bereits nach neuzeitlichen Methoden durchgreifend gestaltet worden war, gewisse Erweiterungen der Prüfung mit sich brachte. Namentlich die Vorschrift, daß die Pflichtprüfung sich auch auf den Geschäftsbericht zu erstrecken hat, und hier wieder u. a. die Vorschrift, daß der Prüfer die getrennte Ausweisung der Bezüge von Vorstand und Aufsichtsrat verlangen muß, um die Bilanz mit seinem Zertifikat versehen zu können, riefen öfters Widerspruch hervor. Naturgemäß sprach oft auch die Frage der Kosten mit, denn die Prüfungsgebühren bilden unter heutigen Verhältnissen, worüber man sich klar sein muß, doch manchmal eine nicht zu bagatellisierende Belastung des zu prüfenden Unternehmens.

Im allgemeinen indes hat sich die Wirtschaft doch wohl mit der Pflichtprüfung abgefunden, indem sie deren Wert erkannte, und indem die Verwaltungsorgane die Entlastung würdigen, die ihnen durch das Zertifikat des Prüfers zuteil wird.

Bestand bei der Wirtschaft gemäß dem Gesagten nicht immer sogleich die richtige Einstellung zu der Pflichtprüfung, so mußte andererseits auch der Pflichtprüfer hier und da erst die richtigen Linien für die Erfüllung seiner Aufgaben finden. Die Schwierigkeiten, die er zu überwinden hatte, waren vielfach groß. War ihm auch die regelrechte Durchführung einer nach neuzeitlichen Grundsätzen materiell durchgreifend zu gestaltenden Bücher- und Bilanzrevision geläufig, so mußte er sich doch zunächst mit den z. T. schwierigen Fragen, die sich aus der Anwendung der Aktienrechtsnovelle ergeben, vertraut machen. Er mußte vielfach mit Geschick und Einfühlungsvermögen gegenüber gewissen, aus der Einstellung mancher seiner Auftraggeber zur Pflichtprüfung sich ergebenden Schwierigkeiten sich durchsetzen, mußte sich einerseits vor Überspannung seiner Anforderungen und andererseits vor unangebrachtem Nachgeben hüten.

Es ist verständlich und im ganzen genommen kaum allzu schwer zu werten, wenn sich unter den gegebenen Verhältnissen gelegentlich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Pflichtprüfer und der Verwaltung des zu prüfenden Unternehmens ergaben. Beide Teile sollten sich in solchen Fällen von dem guten Willen leiten lassen, auf der nun einmal vom Gesetz vorgeschriebenen Basis miteinander auszukommen. Die Wirtschaft wird dem Pflichtprüfer in dem Gedanken gegenübertreten müssen, daß dieser nur seine ihm vom Gesetz auferlegte strenge Aufgabe erfüllt, wenn er durchgreifend prüft und objektiv berichtet, und der Pflichtprüfer seinerseits muß sich immer vor Augen halten, daß er streng und durchgreifend und unbeeinflußt seine Pflicht zu tun hat, andererseits aber auch den Bogen nicht überspannen, keine Anforderungen stellen darf, die als übertrieben zu bezeichnen und vielleicht unnötigerweise danach angetan sind, als Schikane empfunden zu werden. Dann wird die Pflichtprüfung schließlich, ebenso wie sie es speziell in den anglikanischen Ländern ist, zu einer Einrichtung werden, die man auch auf Seiten der Wirtschaft überhaupt nicht mehr wird entbehren wollen, weil sie allgemein als nützlich und zweckmäßig erkannt werden wird.

Ungeheuer groß ist die Verantwortung des Wirtschaftsprüfers. Dies ist eine Tatsache, die

dem, der als Wirtschaftsprüfer mitten in den Dingen steht, immer wieder so eindringlich vor Augen tritt. Die Anforderungen, die an die Ausführung der Pflichtprüfung und die Berichterstattung gestellt werden, sind vielfach enorm. Fähigkeiten und Kenntnisse des Prüfers, sein taktisches Geschick, sein Charakter stehen oft den größten Ansprüchen gegenüber. Der Prüfer, und zwar der selbständige Einzelprüfer sowohl wie die Prüfungsgesellschaft und der in ihren Diensten stehende selbständig arbeitende Prüfungsangestellte tragen mit jeder Prüfung ihr Renommee zu Markt. Ein Fehlschlag kann dieses derart schädigen, daß damit die Existenz des Prüfers vernichtet ist, ganz abgesehen von der materiellen Haftung, die dem Prüfer für Versehen in der Ausführung der Prüfung auferlegt ist.

Es ist außerordentlich zu beklagen, und es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß zu dieser Verantwortung des Wirtschaftsprüfers, zu den Anforderungen, die an ihn gestellt werden, zu dem Niveau, das er halten soll, die Gebühren im allgemeinen nicht im richtigen Verhältnis stehen. Es herrscht starke Übersetzung im Wirtschaftsprüferstande. Man hatte seinerzeit, als man die Pflichtprüfung einführt und den Berufsstand des Wirtschaftsprüfers schuf, angenommen, daß sich zunächst ein starker Mangel an geeigneten Kräften zeigen werde, und hatte demgemäß die Bestellung von Wirtschaftsprüfern nach Möglichkeit beschleunigt. Mit der beschleunigten Bestellung von Prüfern hat aber dann die Eröffnung der dem Wirtschaftsprüfer zugedachten neuen Arbeitsgebiete nicht Schritt gehalten. Die Folge ist Beschäftigungsmangel bei einem Teil der Wirtschaftsprüfer, eine übermäßig scharfe Konkurrenz und, da völlige Gebührenfreiheit besteht, eine ganz ungesunde Gebührenunterbietung. Die Verhandlungen über einen offiziell einzuführenden Gebührentarif schweben seit Jahr und Tag, ohne daß es bisher gelungen ist, sie einem annehmbaren Ergebnis zuzuführen. Die Angelegenheit liegt zur Zeit, da Wirtschaft und Berufsstand nicht zu einem Einvernehmen haben gelangen können, beim Reichswirtschaftsministerium zur Entscheidung. Es ist zu erhoffen, daß diese so ausfällt, daß beiden Teilen ihr Recht wird: Der Wirtschaft, die selbstredend mit Prüfungsgebühren nicht höher belastet werden darf, als unvermeidlich ist, und dem Berufsstande, indem ihm eine gesunde wirtschaftliche Grundlage geboten wird, so daß er sich der Erfüllung seiner wichtigen Aufgaben unbeschwert von übermäßigen materiellen Sorgen hingeben kann und der Zustrom tüchtigster Kräfte zu dem Berufsstande nicht unterbunden wird. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß von einer guten Regelung dieser Angelegenheit die ganze Einrichtung der Wirtschaftsprüfung durchgreifend beeinflusst werden wird.

Der Bilanzprüfer hat gemäß den Vorschriften der Aktienrechtsnovelle auch den Geschäftsbericht zu prüfen und dessen Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen zu bescheinigen. Es sind Zweifel laut geworden, ob er vielfach überhaupt in der Lage ist, diese Aufgabe in einer den Ideen, wie sie dem Gesetzgeber vorgeschwebt haben, voll gerecht werdenden Weise zu erfüllen. Bezweifelt wird dies namentlich auch von den deutschen Haftpflichtversicherungsgesellschaften, die sich demzufolge bisher nicht dazu verstanden haben, das Haftpflichtrisiko des Wirtschaftsprüfers in Deckung zu nehmen. Der Fachauschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer hat der Reichsregierung eine Lösung der Frage derart vorgeschlagen, daß der Geschäftsbericht in zwei Teile zerlegt werde. Der eine Teil würde das enthalten, was als Ergänzung und Erläuterung zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Nachprüfung durch den Wirtschaftsprüfer offensteht; der andre Teil diejenigen Dinge, die sich der Beurteilung durch den Bilanzprüfer normalerweise entziehen. Der Vorschlag erscheint durchaus beachtlich.

Manche Kritik wurde ausgesprochen bezüglich des Zulassungs- und Prüfungsverfahrens. Aber man wird im ganzen genommen sagen müssen, daß sich



eine zweckentsprechende Handhabung herausgebildet hat. Näher auf diese Angelegenheit hier einzugehen, glaube ich mir um so mehr versagen zu sollen, als in Verbindung mit den Arbeiten für den demnächstigen ständischen Aufbau des gesamten Revisions- und Treuhandwesens eine neue „Wirtschaftsprüfer-Ordnung“ in Vorbereitung ist, die auch Änderungen in Bezug auf das Zulassungsverfahren ins Auge faßt. Die Leistungen der Wirtschaftsprüfung allgemein auf einen höchstmöglichen Grad zu steigern, wird das maßgebende Ziel zu bilden haben. Dabei ist zu beachten, daß die Dienste, die der Wirtschaftsprüfer der Wirtschaft leisten soll, über die eigentliche, durch die Aktienrechtsnovelle eingeführte Bilanzrevision weit hinausgehen. Sie umfassen je nach Sachlage auch Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit von Unternehmungen, über deren Vermögenslage, Ertrags- und Lebensfähigkeit, über das Vorliegen von Fehlerquellen, über die Grundlagen für Kreditbeschaffungen, Sanierungspläne, und was dergleichen mehr in Frage kommt.

Alles in allem möchte ich schließlich sagen, die Pflichtprüfung befindet sich doch auf gutem Wege. Man muß nur berücksichtigen, daß es sich in gewissem Maße um Neuland handelt, das zu beackern war, und daß naturgemäß Maßnahmen wie sie einer gewissen Einlaufzeit bedürfen. [2002]

### Rabattgesetz und sachverständiger Prüfer

Nach § 4 des Rabattgesetzes vom 25. November 1933 dürfen Gutscheine, die von einer Vereinigung nachlaßgewährnder Gewerbetreibender (Rabattsparevereine u. dgl.) eingelöst werden, nur ausgegeben werden, sofern sich die Vereinigung alljährlich einer unabhängigen Prüfung durch einen sachverständigen Prüfer unterzieht. Die Prüfung muß sich auf die gesamte Geschäftsgebarung der Vereinigung für die Dauer des Geschäftsjahres erstrecken, insbesondere darauf, daß die Einlösung der ausgegebenen Gutscheine gesichert ist. Der sachverständige Prüfer hat einen schriftlichen Bericht zu erstatten, den die Vereinigung ihren Mitgliedern zugänglich machen muß.

Die Durchführungsverordnung vom 21. Februar 1934 (Reichsgesetzblatt 1934 I, S. 120) bringt zu dieser Bestimmung weitere Einzelheiten, denen wir folgendes entnehmen:

Die genannten Vereinigungen nachlaßgewährnder Gewerbetreibender müssen entweder rechtsfähige Vereine oder Genossenschaften im Sinne des Genossenschaftsgesetzes sein. Bildet die Gewährung von Barzahlungsnachlässen nicht den Hauptzweck, so müssen die Vereini-

gungen den Geschäftsbetrieb und die Kassenführung für die Gewährung der Barzahlungsnachlässe von dem übrigen Geschäftsbetrieb getrennt halten.

Die Vereinigungen haben die aus der Abgabe der Gutscheine eingehenden Beträge als treuhänderisches Vermögen zu verwalten. Sie haben die Beträge zur Einlösung der ausgegebenen Gutscheine bereitzuhalten und zu verwenden. Die Beträge sind bei Sparkassen oder Banken sicher anzulegen; sie dürfen weder langfristig festgelegt noch zu wirtschaftlichen oder gewerblichen Zwecken (z. B. als Betriebsvermögen oder in Warenbeständen) angelegt werden. Die jeweiligen Kassen- und Gutscheinbestände sind sicher aufzubewahren und mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zu verwalten. Diese Sorgfalt gilt auch für die Auswahl der Sparkassen und Banken, denen die Beträge anvertraut werden.

Die Beachtung vorstehender Erfordernisse ist in die von dem sachverständigen Prüfer vorzunehmende Prüfung einzubeziehen. Der Prüfer hat ferner festzustellen, daß die sachlichen und persönlichen Kosten möglichst niedrig gehalten werden und zu dem Geschäftsumfang und Aufgabenkreis der Vereinigung in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Sachverständigenprüfer im Sinne des Rabattgesetzes sind in erster Linie die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer und die Prüfungsgesellschaften, sodann die beeidigten Bücherrevisoren, die Diplom-Bücherrevisoren, sowie diejenigen, welche die Prüfung als Diplom-Kaufmann oder Diplom-Volkswirt oder eine gleichartige Prüfung bestanden und mindestens ein Jahr lang im Prüfungswesen gearbeitet haben.

Die Prüfung kann auch einem Prüfungsverband von Rabattsparevereinigungen oder einem Revisionsverband gewerblicher Genossenschaften übertragen werden. In diesem Falle muß jedoch der Verbandsprüfer entweder eine der Voraussetzungen des vorstehenden Absatzes erfüllen oder eine mehrjährige Tätigkeit als Verbandsprüfer nachweisen. Der Reichswirtschaftsminister kann ferner gegen die Übertragung der Prüfung an einen dieser Prüfungsverbände Einspruch erheben.

Ist die Vereinigung in das Vereins- oder Genossenschaftsregister eingetragen, so muß dem zuständigen Registergericht ein Abdruck des Prüfungsberichtes unter Mitteilung des Zeitpunktes der Prüfung zugestellt werden. Das Registergericht hat darüber zu wachen, daß die Pflichtprüfung alljährlich stattfindet. Beruht die Rechtsfähigkeit der Vereinigung auf staatlicher Verleihung, so tritt an die Stelle des Registergerichts die zuständige Verwaltungsbehörde. MI. [2021]

# WIRTSCHAFTSBERICHTE

## Die deutsche Wirtschaft Mitte Februar 1934

Wie auf dem Felde der Ehre ist auch im Kampfe gegen die Not der Schlachtengott stets bei den stärksten Bataillonen. Das hat sich schon im letzten Sommer mit seinem Erntesegen gezeigt. Auch in diesem Winter haben die Witterungsverhältnisse die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten begünstigt. Zunächst hat die Kälte der beiden letzten Monate des Vorjahres das Weihnachtsgeschäft besonders belebt, und jetzt hat wiederum das milde Wetter die frühzeitige Aufnahme der im Freien zu leistenden Arbeit ermöglicht. So wurden für den zielbewußten wirtschaftspolitischen Willen wichtige Voraussetzungen zu weiterem Fortschritt geschaffen.

Entgegen dem in früheren Jahren regelmäßig festzustellenden Entwicklungszug hat bereits das Januarende einen Rückgang der Arbeitslosenziffer gebracht. Der saisonmäßig bedingte Anstieg der Arbeitssuchenden (Abb. 1) um die Jahreswende konnte bereits im ersten Monat des neuen Jahres wieder überwunden, die Arbeitslosenziffer damit abermals unter die 4 Mill.-Grenze herabgedrückt werden. Das sollte ein jeder als gutes Vorzeichen für den mit vereinten Kräften in diesem Jahre auf dem Felde der Wirtschaft zu erzielenden Gesamterfolg werten.

Im Vordergrund aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen steht im neuen Jahre vor allen Dingen die zielbewußte und planvolle Bekämpfung der industriellen Arbeits- und Erwerbslosigkeit. So wichtig es auch für eine gesunde Volkswirtschaft ist, daß sie auf einem gesunden und leistungsfähigen Nährstand aufgebaut wird, so notwendig ist für

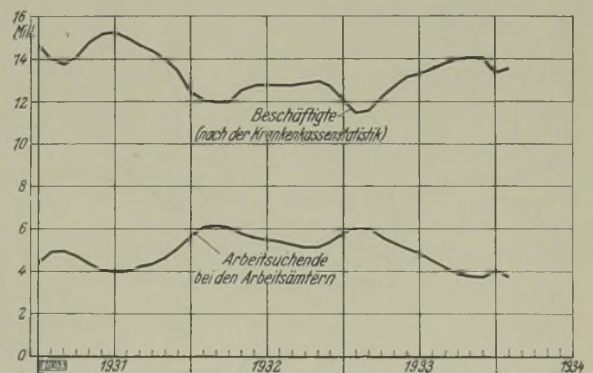


Abb. 1. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



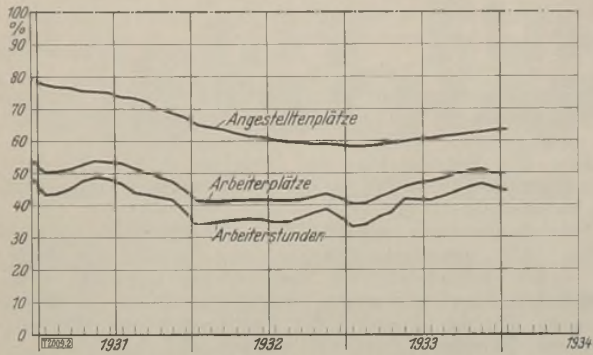


Abb. 2. Industrieller Beschäftigungsgrad

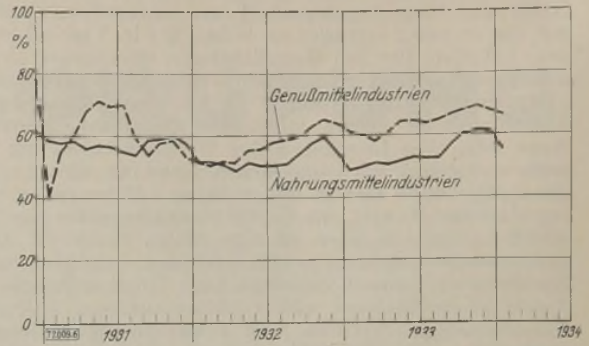


Abb. 6. Beschäftigungsgrad in der Nahrungsmittel- und Genüßmittelindustrie (Berechnung wie Abb. 3)

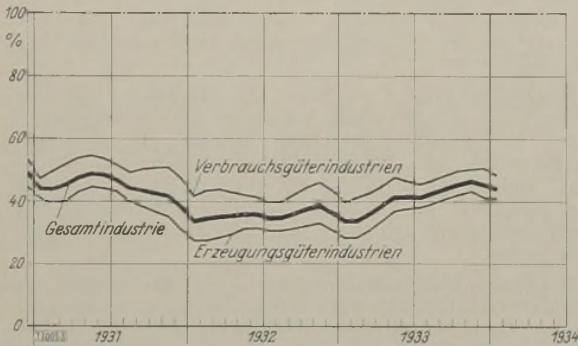


Abb. 3. Beschäftigungsgrad der Erzeugungs- und Verbrauchsgüterindustrien (Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in % der Arbeitsstundenkapazität)

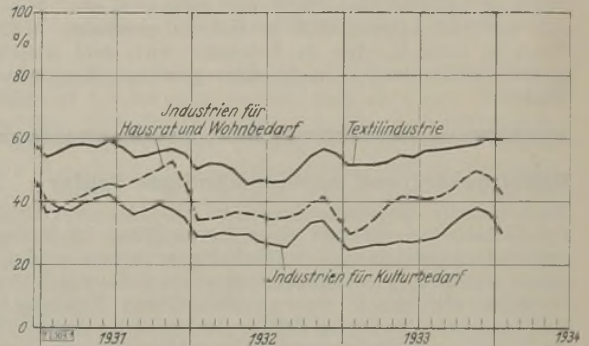


Abb. 7. Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie, sowie in den Industrien für Hausrat, Wohn- und Kulturbedarf (Berechnung wie Abb. 3)

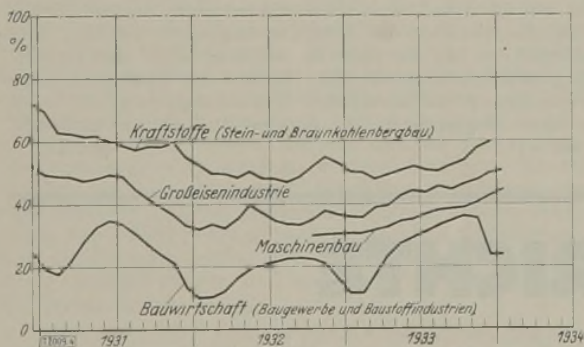


Abb. 4. Beschäftigungsgrad im Bergbau, in der Bauwirtschaft, in der Großeisenindustrie und im Maschinenbau (Berechnung wie Abb. 3)

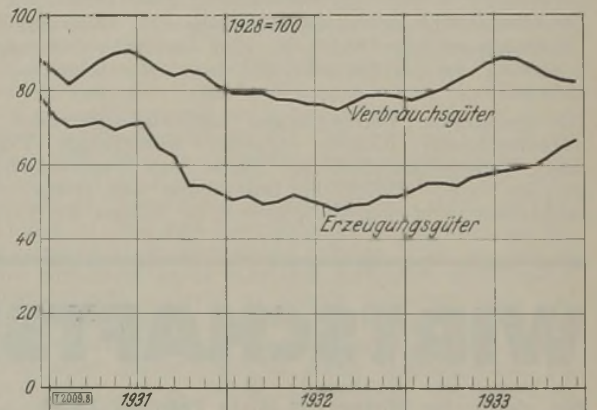


Abb. 8. Herstellung von Erzeugungs- und Verbrauchsgütern (Wertindex)

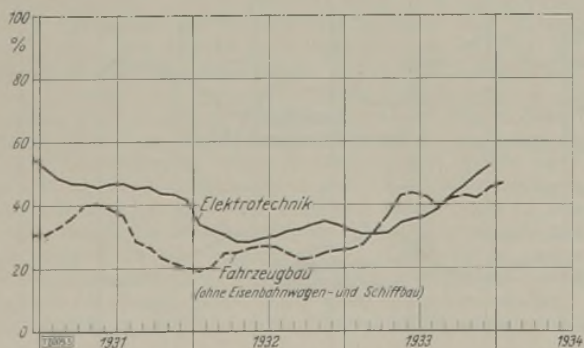


Abb. 5. Beschäftigungsgrad in der Elektrotechnik und im Fahrzeugbau (Berechnung wie Abb. 3)

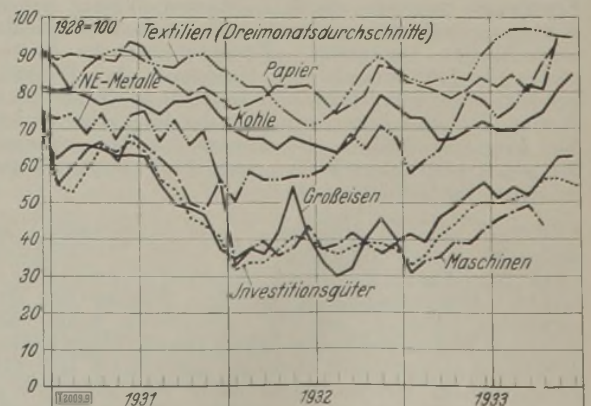


Abb. 9. Herstellung von Erzeugungs- und Verbrauchsgütern (Mengenindex)



ihre Entfaltung über die Deckung des einfachsten Tagesbedarfes hinaus der Aufbau einer gesunden und leistungsfähigen Industrie. Denn wie nur der Bauernfleiß das deutsche Volk aus deutschem Land ernähren kann, so vermag nur der Gewerbefleiß ein 60-Millionen-Volk in begrenztem Raum machtvoll zum Blühen und Gedeihen zu bringen. Dazu aber gehört neben Handwerk, Handel, Verkehr, Kunst, Wissenschaft und vielem andern mehr in allererster Linie eine lebensstarke und vorwärtsstrebende Industrie.

Die große Aufgabe, welche die Gegenwart gerade auf diesem Gebiete der deutschen Wirtschaftspolitik stellt, ist im vergangenen Jahre zum ersten Male nicht nur unter dem Gesichtswinkel von Notstandsmaßnahmen, sondern beherrscht von dem festen Willen zum Wiederaufbau angepackt worden. Die Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen des industriellen Beschäftigungsgrades (Abb. 2) zeigt den Erfolg, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, daß hier noch viel getan werden muß. Noch ist die industrielle Frage auch bei uns nicht gelöst, in Sonderheit weil sie nicht etwa nur eine Frage vermehrter Platzbesetzung, sondern vor allen Dingen eine Frage gesteigerter Leistungen und damit allseits verbesserter Arbeitsverdienste ist. Hier aber liegt nach wie vor trotz der im Jahre 1933 erzielten Erfolge, namentlich bei den Erzeugungsgüterindustrien mit ihrem durchschnittlichen Beschäftigungsgrad von etwa 40 %, noch vieles im argen (Abb. 3).

Seit geraumer Zeit ist unter den Erzeugungsgüterindustrien die Bauwirtschaft (Abb. 4) am geringsten beschäftigt. Dann folgt der Maschinenbau (Abb. 4) und Fahrzeugbau (Abb. 5) mit etwa 40 bis 45 % sowie die Großeisenindustrie (Abb. 4) und Elektrotechnik (Abb. 5), die beide etwa die 50 %-Beschäftigungsgrenze erreichen. Lediglich der Stein- und Braunkohlenbergbau, der z. T. bereits den Charakter der Verbrauchsgüterindustrien besitzt, weist in dem seinen Absatz bestimmenden Winterhalbjahr günstigere Beschäftigungsgrade (zwischen 50 und 60 %) auf.

Besser gestellt ist demgegenüber die Verbrauchsgüterindustrie (Abb. 3) mit einem mittleren Beschäftigungsgrad von etwa 50 %. An der Spitze marschieren die Genußmittelfabriken (Abb. 6) mit etwa 70 %. Dann folgt mit etwa 60 % die Nahrungsmittel- (Abb. 6) und Textilindustrie (Abb. 7), während die Industriegruppen für Hausrat und Wohnbedarf mit 50 % und die für Kulturbedarf mit 40 % am niedrigsten liegen.

Alle diese Zahlen aber beleuchten in ihrem Entwicklungszug und -stand blitzlichtartig die Lage. Die Lösung der industriellen Frage verlangt gebieterisch die nachdrückliche Belebung und darüber hinaus den Neuaufbau der Erzeugungsgüterindustrien. Nur wenn dies gelingt, kann auch der Aufschwung der Verbrauchsgüterindustrien in gesunder und stetiger Weise erfolgen.

Wirtschaft ist keine Magenfrage allein. Ein gesteigerter Verbrauch an Gütern des täglichen Lebensbedarfs muß noch nicht den Wiederaufstieg eines Volkes bedeuten. Nur wenn ein solcher Mehrbedarf von dem ziel- und verantwortungsbewußten Ausbau des Volksvermögens und damit der starken und nachhaltigen Aufwärtsentwicklung in den Erzeugungsgütergruppen getragen wird, sind die Grundlagen für den Wiederaufbau einer Volkswirtschaft Stufe für Stufe zu schaffen.

Die Reichsregierung hat das richtig erkannt und eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen in diesem Sinne getroffen. Der Herstellungswert von Erzeugungsgütern ist seit 1½ Jahren im Anstieg begriffen und hat insbesondere seit dem Herbst 1933 einen erfreulichen Aufschwung genommen (Abb. 8). Auch die Kennzahlen der Herstellungsmengen in den einzelnen Industriegruppen (Abb. 9) zeigen eine ähnliche Entwicklung. Demgegenüber hat in den Verbrauchsgüterindustrien der Winter zunächst den gesunden Ausgleich so mancher sommerlichen Übertreibung gebracht, worauf bereits im Dezemberheft hingewiesen wurde (1933 S. 371). Der Entwicklungszug beider Kennzahlen ist also vom Standpunkt des Ganzen gesehen durchaus gesund. Worauf es nunmehr ankommt, ist aus den Ergebnissen des Jahres 1933 die Lehre zu ziehen und im gesteigerten Ausmaß den Schwerpunkt der wirt-

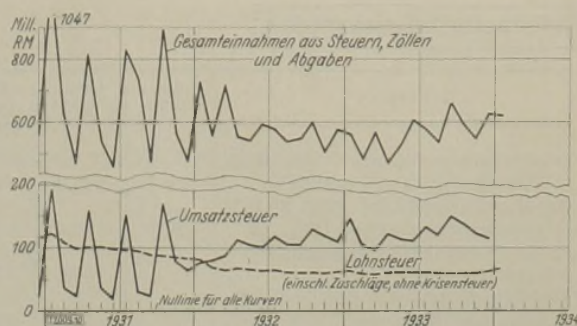


Abb. 10. Steuereinnahmen des Reiches

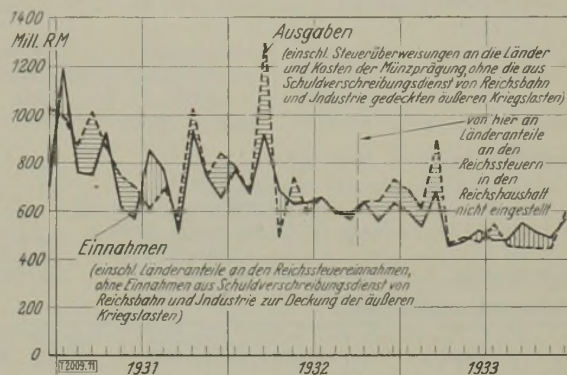


Abb. 11. Einnahmen und Ausgaben des Reiches

schaftlichen Aufbaumaßnahmen auf die Hebung der Erzeugungsgüterindustrien zu legen. Das Aufbau- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung bietet gerade in dieser Beziehung für die fortschrittliche Entwicklung eine bedeutsame Stütze. Darüber hinaus aber muß in allen Kreisen des Volkes wieder mit dem Stolz auf das eigene Werk die Freude am eigenen und sei es dem kleinsten Besitz geweckt und entfaltet werden, ein Besitz, dessen Schwerpunkt nicht in Geldwerten oder Rechtstiteln liegt, sondern im selbsterworbenen Gut und den damit übernommenen Sorgen und Pflichten.

Die Reichsregierung vermag durch eine entsprechende Finanz- und Steuerpolitik eine solche, nicht nur die Volksmassen wieder entproletarisierende, sondern auch im wahrsten Sinne des Wortes produktive Arbeit schaffende Wirtschaftsentwicklung in gesunde Bahnen zu lenken. Ein Anfang ist mit den Steuererleichterungen für Ersatzbeschaffungen gemacht. Eine noch erfolgversprechendere Maßnahme aber würde die gänzliche Einkommen- oder Körperschaftssteuerbefreiung für alle solche Reinerträge bedeuten, die nicht dem persönlichen Aufwand einzelner, sondern dem Auf- und Ausbau von Wirtschaftsbetrieben und neuen Anlagen dienen. Allerdings wäre bis zur Überwindung der Notzeiten hieran die Bedingung zu knüpfen, daß die bisherigen Beschäftigungszahlen zum mindesten beizubehalten sind. Im übrigen sollte man aber in dieser Beziehung nicht ängstlich und kleinlich sein. Denn abgesehen davon, daß auch der Reichsetat so seinen Nutzen findet, geht es hierbei um weit mehr als um fiskalische Interessen oder rein wirtschaftspolitische Ziele. Der Staatsmann vermag hier mit wirtschaftlichen Mitteln für die Sozialentwicklung der lebendigen Kräfte des Volkes weitblickend das Strombett zu ziehen.

Hinzu kommt, daß die Einnahmen des Reiches in wichtigen Gruppen einen wenn auch langsamen, so doch stetigen Anstieg erkennen lassen (Abb. 10), und es auch in der Gesamtheit einer sparsamen und opferwilligen Führung gelang, durch tatkräftigen Ausgabenabbau im zweiten Halbjahr 1933 seit geraumer Zeit erstmalig wieder einen nennenswerten Überschuß im Reichsetat zu erzielen (Abb. 11).

Bredt [2009]



## Wirtschaftskennzahlen

| Gruppe  | Februar 1934 | Januar 1934 | Dez. 1933 |
|---|--------------|-------------|-----------|
| Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (1913 = 100) . . . | 120,7        | 120,9       | 120,9     |
| Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100) . . . | 96,2         | 96,3        | 96,2      |
| Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung) . . . . .        |              | 128,8       | 128,3     |
| Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl - Stat. Reichsamt 1913 = 100) |              | 122,3       | 122,3     |

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 5. 2. bis 10. 2.: 72,77; 12. 2. bis 17. 2.: 73,89; 19. 2. bis 24. 2.: 74,76; 26. 2. bis 3. 3.: 76,52.

**Erwerbslosenzahlen**<sup>1)</sup> (in 1000) am 31. 1. 34. Gesamtzahl 3774

| Arbeitslosen-<br>versicherung | Krisen-<br>fürsorge | Wohlfahrts-<br>erwerbslose | Nicht-<br>unterstützte |
|-------------------------------|---------------------|----------------------------|------------------------|
| 549                           | 1166                | 1318                       | 741                    |

<sup>1)</sup> Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik“ 1. Febr.-Heft 1934.

**Geldmarkt** am 6. März 1934

|   | %   |
|---|---|
| Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32 . . . . .         | 4   |
| Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32 . . . . . | 5   |
| Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht . . . . .   | 3 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>                                   |
| „ „ „ lange Sicht . . . . .                         | 3 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>                                   |
| Tagesgeld an der Berliner Börse . . . . .           | 4 <sup>1</sup> / <sub>8</sub> bis 4 <sup>3</sup> / <sub>8</sub> |

### Produktionsstatistik

| Land                  | Industrie                | Dez. 1933 | Jan. 1934 | Jan. 1933 |
|-----------------------|--------------------------|-----------|-----------|-----------|
|                       |                          | 1000 t    |           |           |
| Deutschland . . . . . | Steinkohle . . . . .     | 9 914,9   | 10 593,0  | 9 179,8   |
| „ . . . . .           | Braunkohle . . . . .     | 12 926,7  | 12 168,0  | 10 913,9  |
| „ . . . . .           | Ruhr-Steink. . . . .     | 7 059,1   | 7 639,8   | 6 543,0   |
| „ . . . . .           | Ruhr-Koks . . . . .      | 1 564,0   | 1 622,1   | 1 443,5   |
| „ . . . . .           | Roheisen . . . . .       | 533,9     | 543,3     | 402,8     |
| „ . . . . .           | Rohstahl . . . . .       | 730,6     | 817,1     | 542,5     |
| „ . . . . .           | Walzwerk-<br>erzeugnisse | 529,8     | 564,0     | 356,1     |

| Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeitsmäßig in 1000 Stück) . . . . . | Dez. 1933 | Jan. 1934 | Jan. 1933 |
|--|-----------|-----------|-----------|
|  | 110,0     | 102,8     | 86,9      |

## Landwirtschaft

### Dreiviertel Milliarde RM Mehrerlös der deutschen Landwirtschaft

Das Institut für Konjunkturforschung, Berlin, befaßte sich kürzlich in seinen Wochenberichten mit den Verkaufserlösen der deutschen Landwirtschaft. Die Forschungsstelle meint, daß der Bauer aus dem Verkauf der wichtigsten Erzeugnisse im laufenden Wirtschaftsjahr 1933/34 zum ersten Male seit 1929 wieder steigende Einnahmen werde aufweisen können. Für die Jahre seit 1924/25 werden die Verkaufsergebnisse wie folgt geschätzt (in Mrd. RM):

|                   |      |                   |             |
|-------------------|------|-------------------|-------------|
| 1924/25 . . . . . | 7,5  | 1929/30 . . . . . | 9,8         |
| 1925/26 . . . . . | 8,0  | 1930/31 . . . . . | 8,7         |
| 1926/27 . . . . . | 8,4  | 1931/32 . . . . . | 7,4         |
| 1927/28 . . . . . | 9,3  | 1932/33 . . . . . | 6,5         |
| 1928/29 . . . . . | 10,2 | 1933/34 . . . . . | 7,2 bis 7,3 |

Die Erlöse sind mithin im laufenden Wirtschaftsjahr 1933/34 um gut 0,75 Mrd. RM oder 12 % höher als im Vorjahr.

Die Zunahme der Verkaufserträge beruht in erster Linie auf den Wirkungen der von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen. Durch sie sind besonders die Preise für Milch und Schweinefleisch gestiegen. Hinzu kam die Rekorderte an Getreide im Jahre 1933 und die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Verwertung durch die Einführung auskömmlicher Festpreise. Da die Getreideeinfuhr fast völlig unterbunden worden ist, konnte die Landwirtschaft größere Mengen als 1932 absetzen. Die Getreidepreise liegen aber im Jahresdurchschnitt 1933/34

etwas niedriger als 1932/33, so daß die Erlöse für Getreide nur verhältnismäßig wenig gestiegen sind. Weit stärker haben dagegen die Erträge für Kartoffeln infolge höherer Notierungen zugenommen.

Die Fleischverkaufsmenge dürfte im Jahre 1933/34 um etwa 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % höher als 1932/33 gewesen sein. Die Steigerung der Schlachtviehpreise führte dabei zu erheblichen Mehreinnahmen. Die Verkaufsmenge an Milch dürfte etwas abnehmen, da zwar 277 000 Milchkühe mehr vorhanden waren, dagegen die zur Verfütterung an das Milchvieh verfügbare Ernte an Futtergetreide, Heu sowie Ölkuchen zurückgegangen ist. Gleichzeitig war die Zahl der Kälber Anfang Dezember 1933 um 200 000 Stück größer. Dadurch ist der Milchbedarf für die Aufzucht gestiegen. Die Einnahmen aus verkaufter Milch dürften jedoch wegen der Steigerung der Milchpreise zunehmen. Ähnliches gilt für die Verkaufserlöse für Eier; auch für Gemüse ist eine Hebung der Einnahmen zu erwarten.

Während also der Verkaufswert für pflanzliche Nahrungsmittel Getreide, Kartoffel usw. im laufenden Jahr 1933/34 das Ergebnis des Vorjahres nur wenig übersteigen dürfte, haben sich die Verkaufserlöse für Schlachtvieh und tierische Erzeugnisse, hauptsächlich infolge der Preisverbesserung, erhöht. Diese Entwicklung wird durch die nachfolgende Übersicht besonders deutlich (in Mrd. RM):

| Gruppe                                   | 1928/29 | 1929/30 | 1930/31 | 1931/32 | 1932/33 | 1933/34 |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Getreide, Kartoffeln u. Zucker . . . . . | 2,70    | 2,63    | 2,44    | 2,29    | 2,07    | 2,21    |
| Schlachtvieh, Milch u. Eier . . . . .    | 6,42    | 6,28    | 5,45    | 4,37    | 3,77    | 4,36    |
| Zusammen . . . . .                       | 9,12    | 8,91    | 7,89    | 6,66    | 5,84    | 6,57    |

Der in früheren normalen Jahren verhältnismäßig starre Anteil der einzelnen Erzeugnisse am Gesamtwert der Verkaufserlöse hat sich danach seit Beginn der Deflation, d. h. etwa seit 1930, stark zugunsten des Getreide- (besonders Brotgetreide-) und Zuckerrübenbaues verschoben. Durch die agrarpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung ist aber im Laufe des Jahres 1933 das Gleichgewicht der landwirtschaftlichen Preise sowie der Produktion und damit auch der Verkaufsmengen und -erlöse wieder angebahnt worden, d. h. der Anteil der bäuerlichen Veredelungswirtschaft am Gesamterlös ist auf Kosten der Getreidewirtschaft und des Kartoffel- und Zuckerrübenbaues gestiegen.

Wd. [2016]

## Handel

### Welthandelsumsätze

Die Außenhandelsumsätze von 73 Ländern, die 97 % des Welthandels bestreiten, sind seit ihrem Höchststand im Jahre 1929 nach den Berechnungen des Völkerbundes um rd. zwei Drittel gesunken. Etwa ein Drittel der Schrumpfung entfiel auf den Sturz der Preise. Für 1933 kommt der Völkerbund zu einem Welthandelsumsatz von 97 Mrd. RM gegen 108 Mrd. RM 1932, 160 Mrd. RM 1931, 224 Mrd. RM 1930 und 227 Mrd. RM 1929. In der zweiten Jahreshälfte 1933 haben sich die Welthandelsumsätze etwas erhöht. Soweit diese Zunahme im Herbst das Maß des Saisonüblichen überschritt, ist sie wohl auf erhöhte Rohstoffeindeckungen der Industrieländer zurückzuführen. Im letzten Viertel scheint diese Bewegung aber schon wieder nachgelassen zu haben. Da die Weltmarktpreise im ganzen auch in der zweiten Hälfte 1933 noch etwas zurückgegangen sind, kann man aus der Zunahme der Umsatzwerte auf eine Erhöhung der im Welthandel umgesetzten Gütermengen schließen.

Im Jahresergebnis liegt jedoch der Welthandel mindestens wertmäßig noch unter dem schon tiefen Stand von 1932, während die Gütererzeugung in der Welt gegenüber dem Vorjahr bereits kräftig gestiegen ist. Mit der Stagnation des Welthandels bei verhältnismäßig stark steigender Weltproduktion ist der Ausfuhranteil an der industriellen Erzeugung 1933 in den meisten Ländern weiter gesunken. Neben der zunehmenden Ausgestaltung der binnenmarkt-orientierten Industrien haben die Bestrebungen der einzelnen Nationalwirtschaften, ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt zu verringern und ihre Selbstversorgung zu stei-



gern, zu einer wachsenden Abschließung der nationalen Märkte und zu einer weitgehenden Rückbildung der internationalen Arbeitsteilung geführt. Der scharfe Rückgang des internationalen Fertigwarenaustausches in den letzten Jahren ist nicht nur eine Folge der allgemeinen Bedarfs-schrumpfung während der Krise; er ist zum Teil auch strukturell bedingt. Die neu- und halbkapitalistischen Länder versuchen mehr und mehr ihren Bedarf an industriellen Verbrauchsgütern selbst herzustellen und auch ihren Produktionsapparat aus eigenen Mitteln zu errichten. Die alten Industrieländer, die früher untereinander die besten Abnehmer waren, haben sich immer stärker gegeneinander abgeschlossen. Von ähnlicher Bedeutung für die Lockerung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sind die auf Ernährungsautarkie gerichteten Bestrebungen der Industriestaaten. Die Wiederbelebung des Welthandels wird sich wahrscheinlich langsamer durchsetzen, als die Belebung der Binnenwirtschaften in den Industrieländern vor sich geht. Wd. [2017]

## Bauwirtschaft

### Das Baujahr 1933

#### 96 700 neue Wohnungen

Im Jahre 1933 erfuhr der Wohnungsbau in Deutschland infolge des Kampfes der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit und auf Grund der hierdurch angeregten gesteigerten privaten Unternehmungslust eine kräftige Belebung. Die wichtigsten Merkmale der Wohnbautätigkeit im vergangenen Jahre sind die erheblich gesteigerte Umbautätigkeit, die Zunahme des Kleinhausbaues und die wachsende Beteiligung privater Bauherren. In sämtlichen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern wurden 1933: 96 700 Wohnungen gebaut. Das sind 25 300 Wohnungen oder 35 % mehr als 1932. In diesem Jahre erreichte allerdings die Bautätigkeit ihren bisher tiefsten Stand. Unter Zugrundelegung der zum Bau beantragten, genehmigten und begonnenen Wohnungsbauten dürften in das Jahr 1934 35 bis 40 000 Wohnungen übernommen worden sein, die ihrer Fertigstellung harren.

In den Groß- und Mittelstädten (mit 50 000 Einwohnern und mehr) betrug die Zahl der fertiggestellten Wohnungen 72 000 (im Vorjahre 35 700). Davon entfällt ein großer Teil auf umgebaute Wohnungen. Die Teilung alter, meist größerer Wohnungen hatte bereits 1932 nicht unbedeutend zugenommen. Sie entfaltet sich aber auf Grund der erhöhten staatlichen Förderung erst ganz im Jahre 1933. Im vorigen Jahr wurden 31 500 (1932: 12 900) oder 44 % sämtlicher in den Groß- und Mittelstädten hergestellten Wohnungen durch Umbau geschaffen. 1932 stellte sich das Verhältnis erst auf 24 % und 1931 sogar auf 5 %. Durch die Umbautätigkeit kamen andererseits 10 300 Wohnungen in Wegfall, so daß sich der Reinzugang durch Umbau auf 21 200 (8400) belief.

Mit der wachsenden privaten Unternehmungslust und der starken Drosselung der unmittelbar für die Neubautätigkeit aufgewendeten öffentlichen Mittel trat auch eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Zahl der Bauherren ein. Sie geht aus folgender Aufstellung hervor:

| Bauherren                        | 1933 | 1932 | 1931 | 1930 |
|----------------------------------|------|------|------|------|
| Öffentliche Körperschaften . . . | 10,4 | 11,6 | 6,3  | 8,1  |
| Gemeinnützige Bauvereinigungen   | 34,0 | 44,2 | 59,6 | 57,8 |
| Private Bauherren . . . . .      | 55,6 | 44,2 | 34,1 | 34,1 |

Überwiegend sind von allen Bauherren die drei- und vier-räumigen Wohnungen bevorzugt worden.

Die zielbewußte Förderung des Einfamilien- und Eigenheimbaus hatte eine beträchtliche Zunahme von Kleinhäusern zur Folge. Von den in den Groß- und Mittelstädten vollendeten 23 300 (i. V. 16 550) Wohngebäuden waren 18 800 oder 81 (74) % Kleinhäuser. Unter den einzelnen Großstädten wurde der größte Reinzugang an Wohnungen in Stuttgart mit 5,7 auf 1000 der Bevölkerung erreicht. Es folgen Ludwigshafen mit 4,7, Frankfurt a. M. und Magdeburg mit je 4,4, Bielefeld und Mannheim mit je 3,7, Berlin und Gleiwitz mit je 3,6. Besonders niedrig war der Reinzugang in Duisburg und Wuppertal mit je 0,6 und in Braunschweig mit 0,7.

Bei den Nichtwohngebäuden ist die Zahl mit 3581 um 14 % und die Größe des umbauten Raumes mit 3,6 Mill. m<sup>3</sup> um 36,5 % niedriger als i. V. Wd. [1999]

## Metallindustrie

### Steigende Weltzinkgewinnung

Die Zinkgewinnung in der Welt ist nach den bisher vorliegenden vorläufigen Berechnungen im Jahre 1933 zum ersten Male seit einigen Jahren wieder beträchtlich gestiegen; die Zunahme der Erzeugung hat im abgelaufenen Jahr die Höhe von 216 100 t erreichen können. Die von der internationalen Zinkhüttenindustrie seit Jahren mit Erfolg durchgeführte Einschränkung der Zinkhütten-gewinnung führte im Laufe der Jahre zu einer starken Verbesserung der statistischen Lage des Zinkmarktes, vor allem zu einer bedeutenden Verringerung der internationalen Zinkbestände. Auf der andern Seite ist im Jahre 1933 in einer Reihe von Ländern, die, wie Deutschland, einen Konjunkturaufstieg zu verzeichnen hatten, der Bedarf an Rohzink gestiegen; diese Faktoren führten zur Erhöhung der internationalen Zinkhüttenproduktion. Das Internationale Zink-Kartell, dessen Verlängerung bei den letzten Verhandlungen ohne Schwierigkeiten erfolgt ist, hat bisher keine Lockerung seiner Produktionseinschränkung, die es für die beteiligten Ländergruppen angeordnet hat, durchgeführt; diese Frage, die bei den letzten Kartellsitzungen namentlich von belgischer Seite aufgerollt worden ist, wird aber zweifellos in Kürze aktuell werden, wenn, was anzunehmen ist, der Rohzinkbedarf weiterhin eine günstige Entwicklung verzeichnen wird.

Die Produktionserhöhung entfiel im abgelaufenen Jahr in erster Reihe auf die nordamerikanischen, kanadischen und mexikanischen Zinkhütten; aber auch die europäischen Hütten konnten eine beträchtliche Zunahme ihrer Erzeugung verzeichnen.

#### Zahlentafel 1. Zinkgewinnung nach Erdteilen (1000 t)

| Erdteil              | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 | 1932 | 1933 |
|----------------------|------|------|------|------|------|------|
| Europa . . . . .     | 693  | 705  | 704  | 498  | 400  | 441  |
| Amerika . . . . .    | 632  | 660  | 591  | 408  | 296  | 408  |
| Australien . . . . . | 51   | 53   | 56   | 55   | 50   | 96   |
| Asien . . . . .      | 22   | 27   | 31   | 32   | 35   | 34   |
| Afrika . . . . .     | 10   | 12   | 18   | 7    | —    | 19   |

In den afrikanischen Hütten ist nach der Stilllegung der Produktion im Jahre 1932 im abgelaufenen Jahr die Erzeugung wieder aufgenommen worden, nachdem die Verhandlungen mit dem Internationalen Zink-Kartell über die Verlängerung der Entschädigungszahlungen an die afrikanischen Hütten bei Fortsetzung der Stilllegung nicht zum Erfolg geführt haben. RK. [2018]

## Klavierindustrie

### Förderung der deutschen Pianoausfuhr

Die kürzlich bei der Industrie- und Handelskammer in Berlin gegründete Pianofront, die zur Zeit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die deutsche Piano-, Flügel-, Harmonium- und Bestandteil-Industrie und den Handel mit diesen Waren aufstellt, beabsichtigt eine verstärkte Propaganda für die von ihr betreute Industrie im Ausland und eine Zusammenfassung aller Ausfuhrinteressen der Branche nach einheitlichen Gesichtspunkten. Da während der Krise nicht nur der Inlandabsatz an Musikinstrumenten, sondern auch das Auslandsgeschäft einen ganz ungewöhnlichen Rückschlag erfahren hat, so heißt es auf beiden Gebieten Maßnahmen zu ergreifen, um das Kaufinteresse zu wecken. Die Aufgaben, die hier der deutschen Pianofront harren, sind riesengroß, doch besteht jetzt etwas größere Aussicht auf Erfolg, da alle Werke im Einklang miteinander arbeiten.

Während die Ausfuhr der deutschen Spezialindustrien in der Krise im Durchschnitt nur um 50 % abnahm, beträgt der Ausfuhrückgang bei der Gruppe Musikinstrumente, Phonographen u. dgl. (ohne Radioapparate) 78 %. Die Ausfuhr von Klavieren ging von 1928, dem letzten Jahr vor Beginn der Krise, bis 1932 um 90,6 % zurück. Ähnlich hat sich der Auslandabsatz der alten mechanischen



Instrumente, der Sprechmaschinen, vermindert, der in der gleichen Zeit um 91,4 % fiel. Wesentlich günstiger war dagegen die Entwicklung der Ausfuhr von Schallplatten, die den Anschluß an den jetzigen Beherrscher des Marktes, das Radiogerät, gefunden haben. Ihre Ausfuhr fiel in der Krise nur um 69,5 % und hat sogar im Jahre 1932 zum ersten Male die der Klaviere überschritten, während sie vor dem Kriege noch nicht ein Sechstel der Klavierausfuhr ausmachte. Der Absatz von Radioapparaten im Ausland belief sich dagegen im Jahre 1932 noch auf 90 % desjenigen von 1928, in den Jahren 1930 und 1931 sogar auf rd. 160 %. In neuester Zeit ist allerdings ein Umschwung in der Entwicklung festzustellen. Die Ausfuhr von Waren der Gruppe Musikinstrumente usw. und innerhalb dieser Gruppe der der Klaviere hat sich im Jahre 1933 gegenüber 1932 nur noch um 13,5 % vermindert, während die Ausfuhr von Radioapparaten in der gleichen Zeit um ein Drittel zurückging. Die Schallplattenausfuhr fiel sogar 1933 gegenüber dem Vorjahr um 40 %.

**Zahlentafel 1**  
Die Ausfuhr deutscher Musikinstrumente  
(in Mill. RM)

| Gruppe                                   | 1913 | 1925  | 1928  | 1931 | 1932 | 1933 |
|--|------|-------|-------|------|------|------|
| Pianos, Flügel und Teile . . . . .       | 47,9 | 62,9  | 40,6  | 22,9 | 3,7  | 3,2  |
| Klavaturen usw. . . . .                  | 4,9  | 5,7   | 3,9   | 2,7  | 1,2  | 0,7  |
| Harmoniums und Teile . . . . .           | 1,7  | 3,0   | 2,5   | 1,8  | 0,7  | 0,6  |
| Sprechmaschinen . . . . .                | 7,7  | 6,4   | 12,8  | 10,7 | 1,1  | 0,6  |
| Schallplatten . . . . .                  | 8,3  | 4,4   | 14,1  | 17,0 | 4,3  | 2,6  |
| Musikinstrumente, Phonographen . . . . . | 99,8 | 121,7 | 111,7 | 86,5 | 24,3 | 21,0 |
| Radioapparate . . . . .                  | 1,6  | 29,6  | 49,3  | 78,2 | 44,3 | 29,4 |

Wie verheerend sich der Rückgang des Ausfuhrgeschäftes auf die deutsche Klavierindustrie auswirken mußte, wird verständlich, wenn man erfährt, daß das Auslandsgeschäft dem Inlandabsatz früher fast gleichkam. Im Jahre 1926 stand z. B. einer Ausfuhr von 40 609 ein Inlandumsatz von 45 188 Pianos und Flügeln gegenüber. Im Jahre 1932 stellten sich die entsprechenden Zahlen auf 3395 und 4722. 1933 weist die Ausfuhr der Pianos gegenüber 1932 wertmäßig noch einen weiteren Rückgang um 18 % auf. — Selbstverständlich haben die Preise unter dem Drucke der schwindenden Kauflust und des gegenseitigen Konkurrenzkampfes sehr gelitten. So haben sich z. B. die Durchschnittswerte der nach Holland, einem Großabnehmer deutscher Instrumente, gelieferten Pianos von 1925 bis 1932 von 870 RM auf 500 RM je Stück vermindert. Die Flügelpreise fielen in der gleichen Zeit im Durchschnitt von 2070 RM auf 1020 RM je Stück, die für Harmoniums von 330 RM auf 300 RM je Stück. — Die deutsche Pianofront findet also ein großes Betätigungsfeld vor. Wd. [2020]

## Elektrizitätswirtschaft

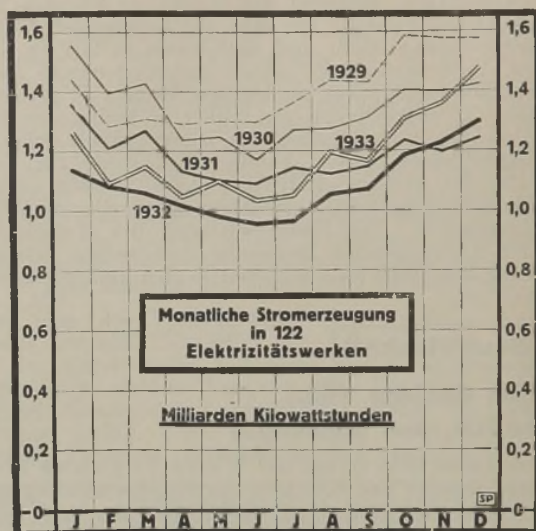
### Die Stromversorgung Deutschlands

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht laufend eine monatliche Übersicht über die Stromerzeugung in 122 eigenen Kraftwerken der Industrie. Diese Statistik ist soeben für das Jahr 1933 abgeschlossen und zeigt sehr deutlich die Besserung, die sich in der industriellen Beschäftigung während des ganzen Jahres 1933 gegenüber den vorangehenden Jahren durchgesetzt hat. Vom Jahre 1929 an waren die Kurven der Stromerzeugung (Abb. „Monatliche Stromerzeugung“) dauernd gesunken bis zum Ende des Jahres 1932. Hier macht sich schon im Herbst ein Aufschwung geltend, der die Kurve des Jahres 1932 damals bereits über die von 1931 hinausführt.

Das Jahr 1933 nimmt dann diese gebesserte Lage bereits von Anfang an auf. Die Kurve der Stromerzeugung liegt durchweg beträchtlich höher als 1932. Sie überschreitet in der zweiten Hälfte des Jahres auch die Kurve von 1931 und erhebt sich im Dezember sogar weit über den Stand von 1930.

Diese Steigerung des Elektrizitätsverbrauchs, die den zunehmenden Beschäftigungsgrad in der Gesamtwirtschaft deutlich kennzeichnet, ist bedingt durch die zahlreichen Belebungsmaßnahmen der Reichsregierung und anderer Stellen, unter denen offenbar die Bestrebungen der

„Elektrofront“ eine wichtige Stellung einnehmen. Es ist anzunehmen, daß bei der weiteren Fortführung dieser Maßnahmen sich der Elektrizitätsverbrauch schnell weiter steigern und seinerseits weiter befruchtend auf das Wirtschaftsleben einwirken wird.

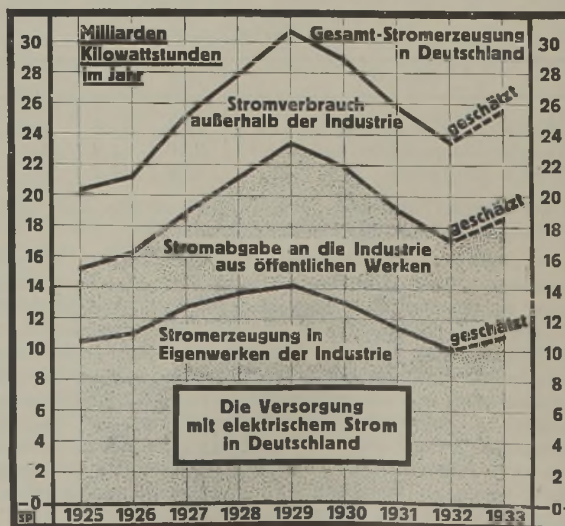


In der Jahressumme hatte der Gesamtstromverbrauch in Deutschland nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes einen Höchststand im Jahre 1929 erreicht mit mehr als 30 Mrd. kWh. Dann war er von Jahr zu Jahr wieder stark zurückgegangen. Für das Jahr 1933 liegt eine endgültige Ziffer noch nicht vor, doch kann der Stromverbrauch mit der Wahrscheinlichkeit einer starken Annäherung nach den oben erwähnten monatlichen Angaben für 122 Eigenwerke der Industrie geschätzt werden.

Sehr wertvoll ergänzt werden diese amtlichen Angaben durch die soeben veröffentlichte Betriebsstatistik der Vereinigung der Elektrizitätswerke (jetzt Reichsverband der Elektrizitätsversorgung) für das Jahr 1932 und die zurückliegenden Jahre. Diese Statistik weist u. a. die Stromabgabe der öffentlichen Elektrizitätswerke an die Industrie nach und ermöglicht dadurch im Zusammenhang mit der amtlichen Statistik über die Stromerzeugung der industriellen Eigenanlagen eine Übersicht über die gesamte Stromversorgung der deutschen Industrie.

In der Abb. „Die Versorgung mit elektrischem Strom in Deutschland“ ist diese Stromversorgung der Industrie durch die getönte Fläche gekennzeichnet, während die weiße Fläche unterhalb des obersten Linienzuges den Stromverbrauch außerhalb der Industrie darstellt.

Aus der Statistik ergibt sich, daß der Anteil des aus öffentlichen Elektrizitätswerken stammenden Stromes an der Stromversorgung der deutschen Industrie in den Jah-



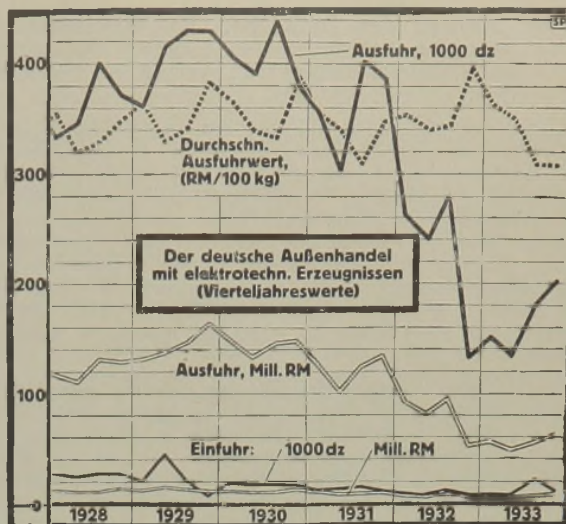


ren 1925 bis 1930 stark gestiegen ist (von 31,4 auf 40,6 %). Nach einem geringen Rückschlag im Jahre 1931 hat sich dieser Anteil dann im Jahre 1932 weiter auf 41,0 % gehoben. Für 1933 liegen zur Berechnung des Anteils hinreichend genaue Unterlagen noch nicht vor.

Die kräftige Neuzunahme des Elektrizitätsverbrauches ist nicht nur durch die Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft bedingt, sondern in ihr drückt sich auch die Tatsache aus, daß die Verwendung elektrischer Arbeitsmaschinen und neuerdings auch elektrischer Hausgeräte in allen Zweigen der Wirtschaft und in allen Teilen Deutschlands ebenso zunimmt wie im Auslande. Diese Entwicklung ist von großer Bedeutung für das Gedeihen, ja für den Bestand der deutschen elektrotechnischen Industrie. Eine Vermehrung der Stromabnahme ist für die Elektrizitätswerke die Voraussetzung für eine Senkung der Tarife; umgekehrt wirkt sich naturgemäß jede Tarifsenkung in der Richtung einer weitgehenden Verwendung elektrischer Einrichtungen aller Art aus. Offenbar sind hier die Möglichkeiten weder im Inlande noch im Auslande abgeschlossen. Gerade das Ausland nimmt in der letzten Zeit wieder in erfreulich steigendem Maße Erzeugnisse der deutschen Elektroindustrie auf (Abb. „Der deutsche Außenhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen“).

Die deutsche Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse, die bis Mitte 1930 ziemlich gleichmäßig angestiegen war, ist von da an sehr steil zurückgegangen bis auf einen Tiefstand im letzten Vierteljahr 1932. Seither hebt sie sich wieder sehr erfreulich. Namentlich die beiden letzten Viertel des vorigen Jahres haben eine starke Zunahme dieser Ausfuhr gebracht. Freilich erstreckt sich dieser Anstieg der Hauptsache nach auf die Ausfuhrmenge; die Ausfuhrpreise sind auch in der letzten Zeit stark gedrückt. Es ist zu beachten, daß die durchschnittlichen Ausfuhrpreise bis Ende 1932 im ganzen verhältnismäßig recht gut gehalten werden konnten. Seither ist hier ein starker Rückgang eingetreten, und trotz der mengenmäßigen Steigerung der Ausfuhr haben bessere Preise noch nicht erzielt werden können.

Die Einfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse nach Deutschland ist nach Menge und Wert verhältnismäßig gering. Die Einfuhrkurve zeigt im dritten Viertel des



vorigen Jahres eine plötzliche Erhebung, die u. a. durch den Bezug von drei großen Einheiten aus der Schweiz herbeigeführt wurde.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß auf dem Gebiet der elektrotechnischen Industrie, der im vorigen Jahre fast 200 Mill. RM betragen hat und sich in der letzten Zeit in einer erfreulich aufstrebenden Richtung bewegte, bedeutet nicht nur für die deutsche Zahlungs- und Devisenbilanz einen sehr wichtigen Faktor. Die deutsche elektrotechnische Industrie ist von jeher zu einem großen Teil auf eine Ausfuhr ihrer Erzeugnisse eingestellt und braucht diese Ausfuhr, um auch für den Inlandbedarf leistungsfähig zu bleiben. Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit gerade dieser Industriegruppe ist um so wichtiger, als das starke Ansteigen des Stromverbrauches deutlich zeigt, welche große Bedeutung eine gesunde Entwicklung der Elektroindustrie auch für die heimische Gesamtwirtschaft hat. Sp. [2014]

## LITERATURNACHWEIS

### Wirtschaftswissenschaft und -politik

**Weltwirtschaft oder Großraumwirtschaft?** Von *Otto Leibrock*. Leipzig 1933, Deutsche Wissenschaftliche Buchhandlung. 153 S. Preis geh. 2,80 RM, geb. 4 RM.

Der Verfasser entrollt die wichtigsten Zusammenhänge, durch die die heutige wirtschaftspolitische Lage und die Zukunft Deutschlands bedingt erscheinen. Es entsteht bei der Fülle und Umstrittenheit der Erscheinungen die große Schwierigkeit, der Behandlung des Stoffes eine straffe Systematik zu unterlegen. Es wechseln gelegentlich etwas unvermittelt bloße Beschreibungen ohne Analysen und Schlußfolgerungen ab, und es fehlen auch kleinere Widersprüche nicht.

Aber das sind meines Erachtens nur kleine Schönheitsfehler gegenüber dem offenen und mutigen Blick in die deutschen Notwendigkeiten: Ausbau unserer eigenen Acker- nahrung, aber ohne Unterschätzung und Vernachlässigung des Außenhandels; Ausrichtung der Außenhandelslinie auf das zukünftige befriedete Mitteleuropa ohne Unterschätzung der übrigen Märkte; staatlich erzwungene nationale Zielsetzung von Handel und Industrie ohne Aufhebung der persönlichen Initiative und Handlungsfreiheit, also ohne planwirtschaftlichen bzw. neumerkantilistischen Bürokratismus.

So hält der Verfasser eine harmonische Zukunft im Zug der Entwicklung für möglich. Hoffen wir mit ihm, daß

den Völkern Mitteleuropas die Notwendigkeiten und die großen Aussichten einer solchen Harmonie aufgehen und sie der auf die Dauer ihnen selbst gefährlichen Politik Frankreichs die Gefolgschaft versagen, die bewußt die Unharmonie Mitteleuropas als Hauptmittel seit Schluß des Weltkrieges ausgespielt hat und immer noch ausspielt. Prof. Dr. *Otto Goebel*, Hannover [1940]

**Die zwölfte Stunde der Weltwirtschaft.** Von *Kuno Renatus*. München 1931, C. H. Beck. 174 S. Preis kartoniert 4,80 RM.

Bei Beginn eines neuen Tages ist es immer lehrreich, das vor Mitternacht noch Niedergeschriebene zu lesen, namentlich dann, wenn es von einem so lebendigen und, fast möchte ich sagen, dramatisch aufbauenden Geiste wie dem Verfasser des vorliegenden Buches stammt. In den Brennpunkt der Wirtschaftsfrage der Welt wird die internationale Verschuldung gestellt, deren Last nicht mehr aus dem Kapitalertrage gedeckt werden kann. Abwertung des internationalen Leihkapitals, ausgehend von einer Konversion der amerikanischen Kriegsanleihen um 20 %, und Verzicht auf Reparationen wird verlangt. Die einzige Möglichkeit, die gegenwärtige Not zu überwinden, wird in dem Abbau des Staatsbudgets durch Abbau des „Öffentlichen Schuldendienstes“ gesehen.

Das Buch ist im wahrsten Sinne des Wortes „kapitalistisch“ gedacht und somit gerade infolge der bemerkenswerten Gestaltungskraft seines Verfassers ein ausgezeichnetes Bild eben der zwölften Stunde einer sterbenden Zeit. Bredt [1984]



**Der Neubau des Deutschen Kreditsystems.** Eine zentrale nationalpolitische Aufgabe. Von *Heinrich Rittershausen*. Berlin 1932, Verlag von Georg Stilke. 184 S. Preis 2,80 RM.

Unter der Fülle der während der letzten Jahre auf dem Gebiete des Kredit- und Geldwesens bekanntgewordenen Schriften zeichnen sich die von *Rittershausen* und seinen Freunden gemachten Vorschläge durch Sachkenntnis und Verständnis für Sinn und Wesen von Kredit und Geld ganz besonders aus. Die Gedankengänge des vorliegenden Buches sind den Lesern dieser Zeitschrift im allgemeinen vertraut (vgl. Geldwesen und Wirtschaftskrise, Techn. u. Wirtsch., Heft 10/1932, S. 221). Die Ausarbeitung wird daher so manchem besonders willkommen sein.

Nach einigen einleitenden Worten über die bisherige deutsche Wirtschaftspolitik werden im ersten Teile zunächst die Fehler des früheren deutschen Kreditsystems behandelt und hierbei insbesondere der Verlust der Fühlung des Geldes mit dem Warenumsatz sowie die Überspannung des Depositenwesens und die Überlastung der Banken berührt. Im zweiten Teile werden sodann die Aufgaben des neuen Kreditsystems umrissen (Umsatzkredit und Wiederherstellung des Güterkreislaufs, Schecksystem als Mittel zur Entlastung der Reichsbank, Anlagekredit und Kapitalbildung) sowie Vorschläge für den Neuaufbau des Bankengefüges und die zu schaffenden Sicherungen gemacht.

Das Buch ist von einem lebensstarken und zukunftsbejahenden Willen getragen, leicht verständlich und flüssig geschrieben, darum jedem, der sich mit diesen Fragen befaßt, auf das beste zur Durcharbeit zwecks kritischer Beurteilung des Gesamtproblems zu empfehlen.

*Bredt* [1983]

## Betriebswirtschaft

**Die Betriebswirtschaft.** Von *H. Nicklisch*. 7. Auflage der „Wirtschaftlichen Betriebslehre“. 3 Teile. Stuttgart 1929, 1930, 1932. C. E. Poeschel Verlag. 767 S. Preis geh. 16 RM, in Ganzleinen 18 RM.

Es liegt in dem natürlichen Entwicklungszuge eines jeden neuen Wissensgebietes, daß die fortschreitende Erkenntnis sich mit dem immer stärker werdenden Bestreben verbindet, auch hier die Teilergebnisse menschlich-geistiger Arbeit in den großen Zusammenhängen der Universitas Wissenschaft zu verankern. Ob man hierbei den Erkenntnisfortschritt mehr auf dem Wege der praktischen Erfahrung oder mehr auf dem des spekulativen Denkens erarbeitet, hängt im einzelnen nicht etwa nur von dem Wissensgebiete, sondern vor allen Dingen von den Wissen schaffenden Menschen ab.

Auch in der Betriebswirtschaftslehre, bei der ursprünglich zunächst die Sammlung und Sichtung des aus der Praxis für die Praxis gesammelten und gesichteten „Rezeptes“ im Vordergrund stand, macht sich seit geraumer Zeit der Wille zur vertieften Erkenntnis in zunehmendem Maße bemerkbar. Das „betriebswirtschaftliche Problem“ wird herausgestellt und zwecks Schaffung neuen Wissens systematisch und methodisch behandelt. Und dabei gelangt man dann wie auf jedem Wissensgebiet immer mehr in die Tiefen.

So scheint es auch *Nicklisch* ergangen zu sein, als er im Jahre 1929 sich zur grundlegenden Neubearbeitung (7. Auflage) seiner bekannten „Wirtschaftlichen Betriebslehre“ unter dem neuen, weiter gefaßten Titel „Die Betriebswirtschaft“ entschloß und sich die Aufdeckung der Zusammenhänge in der betrieblichen Wirtschaft zur Aufgabe setzte. Denn das ganze Werk zeigt neben einem mit Sorgfalt und Sachkenntnis ausgesuchten und behandelten Stoff in allen seinen Teilen auch das deutlich erkennbare Streben nach vertiefter Ergründung und Erhellung der inneren und äußeren Zusammenhänge wirtschaftlichen Geschehens.

Im ersten Bände (1929) werden zunächst Gegenstand, Methoden und System der Betriebswirtschaftslehre behandelt und in diesem Rahmen bereits der Stellung der eigentlichen Betriebslehre gedacht. Das Wertproblem als „das betriebswirtschaftliche“ wird besonders gewürdigt und

hierbei sowohl Wesen und Art des Wertes als auch die Wertbeziehungen und Wertbildungen in der Wirtschaft selbst dargelegt.

Der zweite Band (1930), der mehr noch als der dritte das eigentliche Kernstück des Werkes und Erbe der bisherigen „wirtschaftlichen Betriebslehre“ darstellt, befaßt sich in zwei Hauptabschnitten mit den „Betrieben als Ganze“ (Betrieb und Unternehmung, Wesen, Art und Formen der Betriebe) und dem „Bau und Leben der Betriebe“ (Arbeit, Vermögen, Kapital; Bewertung und Wertverhältnisse; Betriebsprozeß und Gestaltung der Vorgänge in der Ertragserzielung und Ertragsverteilung).

Der dritte Band (1932) geht auf die verschiedenen Gebiete des betrieblichen Rechnungswesens ein, von denen insbesondere Sinn und Wesen der Kalkulation, der Buchhaltung und Planung sowie der Statistik an Hand von praktischen Beispielen durchleuchtet werden.

Die Bände sind im Verlauf fast eines halben Jahrzehntes geschrieben, und zwar in einer Zeit, wo die Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre bedeutsame Wandlungen durchgemacht hat. Das ist naturgemäß auch in den einzelnen Teilen, namentlich aber im 1. Bände deutlich zu spüren, der noch aus der Zeit einer wirtschaftlichen Scheinblüte stammt. Hinzu kommt, daß *Nicklischs* Stärke im Begrifflich-Gliedernden und Organisationstechnischen liegt, Voraussetzungen, die gerade der 2. und 3. Band besonders verlangen, nicht aber der 1. Band, der in die großen Zusammenhänge und das betriebswirtschaftliche Problem einzudringen versucht. Das alles ist bei der Beurteilung des Werkes zu beachten.

Demjenigen, der sich daher mehr von der praktischen Seite her mit der Betriebswirtschaftslehre befaßt, ist das Studium des 2. und 3. Teils zu empfehlen, in denen insbesondere die Bedeutung der Arbeit in den Betrieben sowie die Ertrags- und Kapitalprobleme eine eingehende Behandlung erfahren.

Eine wesentlich kritischere Einstellung ist gegenüber dem 1. Teile geboten. Nicht nur deshalb, weil *Nicklisch* das so umstrittene Wertproblem, insbesondere die Zusammenhänge und Wechselwirkungen im wirtschaftlichen Werteverlaufe noch rein mengenmechanisch (Güterlauf-Geldlauf getrennt) und damit technisch, nicht aber wertdynamisch und damit wirtschaftlich sieht. Sondern vor allen Dingen deshalb, weil *Nicklisch* im 1. Abschnitt die Betriebswirtschaftslehre wissenschaftlich in einer Art und Weise zu unterbauen versucht, gegen die sowohl vom Standpunkt des wirtschaftlichen Lebens als auch vom Standpunkt der Logik und Dynamik nachdrücklich Einspruch erhoben werden muß.

Im Rahmen einer Buchbesprechung fehlt der Raum, um eingehend die Gedankengänge zu behandeln, denen *Nicklisch* gerade in diesem für sein Werk grundlegenden Teile folgt. Es können daher hier nur einige der wichtigsten Ausgangspunkte des gedanklichen Aufbaues besprochen werden.

*Nicklisch* geht von den kausalen Zusammenhängen allen Geschehens aus, dessen „Wirkungen“ er nicht etwa auf mannigfache Ursachen, sondern auf „die Kraft“ als „Ur-Sache“ zurückführt. Die Naturwissenschaften und insbesondere die Energiegesetze schimmern hier durch, ohne jedoch in ihrem Sinn und Wesen, vor allem aber in ihrem Werden völlig erkannt zu sein. So hat man z. B. ursprünglich, nicht wie *Nicklisch* meint, der Kraft den Namen „Ur-Sache“ gegeben, sondern gerade umgekehrt die „Ursache der Wirkung“ in der den Wesen oder Körpern eigentümlichen „Fähigkeit“ zu wirken (Wirkungsvermögen als Attribut) gesehen und diese dann weiter als „Kraft“ bezeichnet.

Die „Ur-Sache“ (Kraft) wirkt sich für *Nicklisch* nicht schlechthin in Wirkungen aus, sondern erst durch die „Gründe“ hindurch, die ihrerseits wiederum (nach *Nicklisch*) aus den Wirkungsträgern und der Umgebung bestehen. Wirkungsträger und Wirkungsfeld sind somit nach *Nicklisch* nicht Ursachen, sondern Gründe, die die Art und Weise der Wirkung bestimmen. Bereits hier wird deutlich ersichtlich, wie *Nicklisch* Begriffe der Dynamik und sinnlichen Wahrnehmung (Ursache und Wirkung) mit



Begriffen der Logik (Grund und Folge) für seine Zwecke vermengt.

*Nicklisch* erkennt richtig, daß es keine kausalen Zusammenhänge im gleichsam luftleeren Raum oder in einer leblosen Welt ohne Individualträger gibt. Aber anstatt logischerweise nun die in der Ursache gegebene Realität (denn die Ursache ist nach der Logik nichts anderes als der Realgrund der Wirkung ohne eine bestimmte, logisch zwingende und damit an sich notwendige Folge) an die lebendigen Erzeuger und Träger der Kraft zu binden und mithin im Wesen und Wirkungsvermögen der Lebensträger die „Ur-Sache“ alles Geschehens zu suchen, abstrahiert *Nicklisch* bei seiner Begriffsdefinition „die Kraft“ sowohl von der Sache als auch von der Person und damit von den physischen und psychischen Trägern und Erzeugern auch einer jeden Kausalität.

Die Folge ist unschwer aus den daraus von *Nicklisch* entwickelten Sätzen ersichtlich. „Um Zweckwirkungen zu erlangen, muß der Mensch zureichende Gründe den Zwecken gemäß gestalten, der Ursache auf diese Weise das Endziel und die Richtung vorschreiben.“ Ja, fragt man sich, was ist denn in diesem Zusammenhange der Mensch? Nach *Nicklisch* nicht die Ursache, sondern ein Grund (Wirkungsträger), der sich und die andern Gründe (Umgebung, Einrichtungen usw.) gestaltet, um Zweckwirkungen zu erlangen. Und damit springt *Nicklisch* plötzlich von der Kausalität (Ursache-Wirkung) über die Logik (Grund-Folge) zum Zweck. „Das Endziel ist das Erfolgen eines Werts, der für die Befriedigung bestimmter menschlicher Bedürfnisse brauchbar ist.“ Wirklich das Endziel? „Die Richtung ist bestimmt durch die Bestimmung des individuellen Werts, der erfolgen soll. Körper und Geist des wirtschaftenden Menschen sind Bestandteile der Zweckgründe, aus denen solche Wirkungen erfolgen.“ Und wo bleibt die Ursache?

Das mag als Probe der aus solchen Begriffskonstruktionen gezogenen Schlußfolgerungen genügen, obwohl noch sehr viel dazu gesagt werden müßte, zumal da auf solchen Grundlagen die „Abgrenzung“ der Wirtschaftswissenschaften von den Naturwissenschaften aufgebaut wird, ein nachgerade in den Kreisen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre fast epidemisch auftretender Versuch. Die Dynamik aber und damit ein gewichtiger Teil der Naturwissenschaften fragt sich, was bleibt in alledem noch übrig von der „Ur-Sache“ Kraft? — Die sich in Art, Raum und Zeit (ARZ-System der Individualenergie) auswirkende Kraft als Grundbegriff der Dynamik, d. h. also als Vektor, der, ganz gleich ob als Resultante eines Kräfteplans oder als Einzelkraft, stets Lage, Größe und Richtung und damit ein ganz bestimmtes Wirkungsvermögen besitzt? Oder mit *Nicklisch* nur ein wesen- und richtungsloses, in der Sprache der Dynamik also „skalares“, dafür aber um so geheimnisvolleres Etwas, das alles bewegt? Vielleicht mag das jemandem als Ursprung der Masse erscheinen. Aber ist das, um *Nicklisch* zu folgen, wirklich lebendige Kraft?

Die grundlegenden Ausführungen von *Nicklisch* vermögen daher weder den Anforderungen der Logik noch der Dynamik Genüge zu leisten, weil sie willkürlich und ihrem Sinn nicht entsprechend Begriffe verbinden und dadurch den gedanklichen Aufbau bereits in den Fundamenten gefährden. So entstehen Erkenntnis schaffende Grundlagen nicht. Auf diese Weise wird nur Verwirrung gestiftet, die schädlich ist, mag auch die Absicht, den großen Zusammenhängen näherzukommen, noch so anerkennenswert sein.

Bredt [1958]

**Arbeitsbeschaffung und fixe Kosten.** Von *W. Mahlberg*. Leipzig 1933, G. A. Gloeckner. 32 S. 7 Schaubilder. Preis geb. 1 RM.

Die Ankurbelungsmaßnahmen der Regierung finden einen Widerhall, wie er früheren Maßnahmen niemals zuteil wurde. Nur dadurch werden sie zu durchschlagenden Erfolgen führen, daß jeder an seiner Stelle mithilft.

*Mahlberg* weist in der kurzen Schrift in launiger Weise darauf hin, wie eine Produktion, deren Kosten bei gedrosseltem Umsatz gerade gedeckt wurden, sofort namhafte Überschüsse abwirft, wenn die Produktion erhöht wird, denn für jedes zusätzliche Erzeugnis sind nur noch die „proportionalen Kosten“ aufzuwenden, da die festen

Kosten schon durch die Grundproduktion gedeckt sind. Diese „billigere“ Zusatzproduktion läßt sich aber auch umgekehrt auswerten, indem man sie in bestimmter Weise zu den billigeren Kosten dem Verbraucher zukommen läßt. Der Verfasser denkt z. B. an eine Verbindung mit den Ehestandsdarlehen, wo sie sowohl persönlich wie sachlich scharf umgrenzt ist.

Ganz allgemein weist er nachdrücklich auf die „Latenz der fixen Kosten“ hin, also auf eine Erscheinung, die dem Betriebswirtschaftler zwar bekannt, der Allgemeinheit aber noch wenig geläufig ist. Die lebhaft und leicht verständliche Schreibweise macht jedem das Lesen dieser Schrift leicht.

Kienzle [1992]

**Zweites Refa-Buch.** Erweiterte Einführung in die Arbeitszeitermittlung. Herausgegeben vom Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung „Refa“. Berlin 1933, Beuth-Verlag GmbH. Din-Format A 5. 122 S. 58 Abb. Preis 4,60 RM.

Die „Refa“-Bewegung (Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung) ist ursprünglich bekanntlich aus dem Gedanken heraus entstanden, das in der Inflationszeit ins Wanken gekommene Kalkulationsgefüge der betrieblichen Arbeit auf die gesicherte Grundlage des Zeitakkords zu stellen. Im Verlauf der Entwicklung wurden immer mehr die Voraussetzungen für einen gerechten Leistungslohn geschaffen und dabei gleichzeitig die Zusammenhänge der betrieblichen Arbeitsvorgänge bis in die Einzelheiten hinein klarzulegen versucht.

Das Refa-Buch ist längst zu einem Standardwerk des Betriebsmannes geworden. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt hat es die wohlverdiente Geltung erlangt. So wird auch die jetzt vorliegende zweite Auflage allgemein die beste Aufnahme finden. Neben den grundsätzlichen Erörterungen über Zeit und Arbeitsgliederung ist dieses Mal besonderer Wert auf die enge Verbindung von Fertigung, Konstruktion, Einkauf und Verwaltung gelegt und im industriellen Rechnungswesen die Berücksichtigung des Zeitbegriffes mehr und mehr zur Grundlage betriebstechnischen und betriebswirtschaftlichen Schaffens gemacht.

Bredt [1985]

## Wirtschaftsprüfung

**Formblätter für den Jahresabschluß.** Von *Kurt Schmaltz*. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel Verlag. 76 S. Preis 4,25 RM.

Die Entscheidung über die zweckmäßigste Reihenfolge und die notwendige Gliederung der Posten in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ist für jeden Betrieb und Kaufmann von Wichtigkeit. Nicht nur die Aktiengesellschaften, die der Prüfungspflicht unterliegen, sondern auch der Einzelkaufmann, die Personengesellschaften und die städtischen Betriebe müssen wissen, was alles in den Bilanzen aufzuführen ist, damit diese einen richtigen Einblick in die Entwicklung und Lage des Betriebes gewähren. Darum ist es zu begrüßen, daß der Verfasser es unternommen hat, die bisher ergangenen Vorschriften und die gesetzlichen Bestimmungen für die Aktiengesellschaften, die Kredit- und Hypothekenbanken, Klein- und Straßenbahnen, Bausparkassen, Genossenschaften und Baugenossenschaften zusammenzustellen. Er hat damit zugleich für alle Zweige des Handels und der Industrie ein Hilfsmittel für die Einteilung der Jahresrechnung geschaffen.

Das Buch ist straff gegliedert, die Ausdrucksweise ist knapp, jedoch verständlich. Die Formblätter der genannten Betriebe werden kurz erläutert, wobei die Eigenart des betreffenden Geschäftszweiges und die handelsrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt werden. Auch die Richtung wird angedeutet, in der seitens der Wissenschaftler und Wirtschaftsprüfer versucht wird, eine immer weitere Aufspaltung der Bilanzposten zu erreichen. Die Aktivseite eines Vorschlages enthält z. B. 28 Positionen, die für Versorgungsbetriebe sogar 44 Posten! Die fiskalischen und die privaten Betriebe werden daher darauf zu achten haben, daß die zu veröffentlichenden Bilanzen nicht schließlich zu Inventarverzeichnissen ausarten. [1968]

A. A. Schubert, Geheimer Baurat, Wirtschaftsprüfer



**WP-Jahrbuch 1934**, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer E. V. Leipzig 1934, G. A. Glockner. 319 S. Preis 3,80 RM.

Mit dem WP-Jahrbuch wird ein Handbuch für die Berufsangehörigen vorgelegt, das zweifellos nicht nur in Wirtschaftsprüferkreisen, sondern weit darüber hinaus Beachtung verdient. Insbesondere stellt es eine umfassende und klare Übersicht über die Grundlagen des Berufs und der Berufsausübung dar, die jedem WP-Anwärter und dem Nachwuchs, insbesondere auf den Hochschulen, zur Einführung und grundsätzlichen Unterrichtung willkommen sein wird.

Zur Darstellung gelangen das Berufsrecht und die Organisation des Wirtschaftsprüferberufs sowie die Gebührenregelung, sodann erschöpfend das Kapitel „Prüfungsrecht und Prüfungspraxis“ mit zahlreichen Literaturhinweisen. Der weitere Teil des Handbuches umfaßt die Grundlagen des Treuhandrechts und der Treuhandpraxis, die gesetzlichen Buchführungs- und Bilanzierungsvorschriften, eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen aus dem Gesellschafts- und Steuerrecht und endlich die vom Wirtschaftsprüfer in seiner Tagesarbeit zu beachtenden Vorschriften der deutschen Sozialversicherung. M [2000]

## Industrie und Handel

**Die Lage der deutschen Holzwirtschaft.** Von *Wolfgang Parthey*. Würzburg 1933, Konr. Tritsch. 94 S. mit zahlr. Zahlentaf. Preis 3,60 RM.

Die vorliegende Schrift gibt eine Übersicht über die Gestaltung und Lage der deutschen Holzwirtschaft. Darüber hinaus werden auch die Verhältnisse der wichtigsten außerdeutschen Länder in Kürze behandelt. Der Verfasser schildert die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf die gesamte deutsche Forstwirtschaft. Nach statistischen Erhebungen haben die Abtretungsgebiete Deutschlands, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens und des Saargebietes, mit einer Waldfläche von rd. 900 000 ha einen Gesamtertrag von 2 917 000 fm Derbholz, hierunter 1 927 000 fm Nutzholz geliefert. Deutschland hat allein im Osten eine Masse von rd. 56 Mill. fm im Werte von etwa 3 Mrd. RM verloren.

Im Zusammenhang hiermit wird auch auf die Beunruhigung des Marktes durch die zunehmende Auslandskonkurrenz, weiterhin auf die Preisgestaltung und die Nachfrage eingegangen. Der Verfasser nennt die Vorschläge, die Forstwirte und Holzindustrie im Verlauf der letzten Jahre gemacht haben. Er hat recht, mit Propaganda allein ist die Notlage der deutschen Holzwirtschaft nicht zu beheben. Man kann auch nicht wider alle Gesetze der Technik und Wirtschaft sich überall nur für die Verwendung deutscher Hölzer einsetzen wollen. Wo aber überall Werbung für Verwendung deutschen Holzes am Platze ist, sollte sie im Interesse der deutschen Volkswirtschaft intensiver als bisher durchgeführt werden.

Die Schrift enthält viele Quellen und Hinweise, das umfangreiche Zahlenmaterial reicht meist leider nur bis zum Jahre 1931. Sie ist gut gegliedert und gut gedruckt.

Hs. [1942]

## Vertrieb

**Der chemisch-pharmazeutische Markenartikel.** Von *Georg Bergler*. Stuttgart 1933, C. E. Poeschel. 98 S. Preis geh. 5,40 RM.

Diese „Darstellung des Wesens, der Absatzformen und des Kampfes um den Markt“ (Untertitel) ist ein wichtiger Beitrag zur Erkenntnis des Begriffes, der Bedeutung und wirtschaftspraktischen Auswirkungen des Markenartikels und seiner wesenseigenen Problematik, ausgeführt am Beispiel des chemisch-pharmazeutischen Markenartikels.

Nachdem der Verfasser das Wesen des Markenartikels beschrieben, den Begriff bestimmt und sich mit den bisherigen praktischen und wissenschaftlichen Begriffsbildungen auseinandergesetzt hat, behandelt er die Vertriebsmaßnahmen der einschlägigen Markenartikelindustrie unter den besondern Gesichtspunkten der Werbepolitik, der Wahl der Vertriebswege und der Sonderheiten, die sich ergeben für die drei Hauptgruppen der Heil- und Vor-

beugungsmittel, der Kosmetika und der technischen Pharmazeutika.

Unter „Vertriebsorganisation“ wird nicht, wie zu erwarten wäre, die gesamte Absatzorganisation vom Erzeuger bis zum Einzelhändler (Apotheke, Drogerie, Fachgeschäft, Kolonialwaren-, Seifenladen usw.) nach Aufbau und Verfahrensgeschildert — der Umfang der vorliegenden Schrift wäre allerdings dadurch ganz erheblich gewachsen — sondern die Stellung des Großhandels und Einzelhandels im und zum Markenartikelvertrieb gekennzeichnet. Von dem anschließend in seiner Stellung zum Markenartikel betrachteten Markt sagt der Verfasser, daß dessen Wille und Wandelbarkeit stärker sei als das Streben der Markenartikelhersteller nach monopolartiger Herrschaft ihrer Erzeugnisse; von einer Aufzwingbarkeit bestimmter Erzeugnisse, von einem Markterfolg in bloßer Abhängigkeit vom richtig eingesetzten Werbeaufwand sei keine Rede.

Im sehr interessanten Schlußabschnitt schildert die Schrift, die sich von allen kulturellen oder wirtschaftsethischen Werturteilen fernhält, den Kampf der Händler gegen den Markenartikel, die Abwanderung des Markenartikels vom Fachhandel in die breite Menge der Kleinhandelsgeschäfte verschiedenster Art, die Versuche zur Eindämmung dieser Abwanderung und den Kampf der Apotheken und Drogerien um die Heil- und Vorbeugungsmittel. Schließlich wird noch der Kampf der Verteiler, den Gegner mit dessen eigenen Waffen zu schlagen, also eigene Haus- und Händler-(Verbands-)Marken zu schaffen, an dem „notwendigen Übel“ zu bessern durch nach Absatzweg und Handelsspanne selbst beherrschte Markenartikel, nach seinem jetzigen Stande geschildert.

Diese Schrift rollt an ihrem besondern Gegenstand die Gesamtheit der Markenartikelprobleme auf nach ihrem Stand zu Beginn der deutschen Wende. Unter der obigen kleinen Einschränkung gilt, daß das Wesentliche zusammengefaßt und ein wertvoller Beitrag geschaffen ist zu einer der bedeutendsten Fragen der neuzeitlichen Warenverteilung.

Hessenmüller [1927]

## Technik und Recht

**Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Errichtung von Zwangskartellen (Verfahren vor der Einigungsstelle) vom 6. Oktober 1933 nebst ergangenen Anordnungen seit 15. Juli 1933.** Erläutert von Dr. *Heinz Müllensiefen* und Dr. *Wolfram Dörinkel*. I. Nachtrag zu „Das neue Kartell-, Zwangskartell- und Preisüberwachungsrecht“, Gesetze vom 15. Juli 1933 betr. Änderung der Kartellverordnung, Errichtung von Zwangskartellen, Übertragung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung; vom September 1933 betr. Reichsnährstand und Mühlenzusammenschluß verbunden mit einer „Systematischen Darstellung sämtlicher deutscher Kartell- und zusammenhängender Gesetze“, Berlin 1934, Carl Heymanns Verlag. Preis 1,50 RM.

Zu der im Februarheft (S. 61) bereits besprochenen Veröffentlichung der gleichen Verfasser über „Das neue Kartell- und Preisüberwachungsrecht“ ist ein erster Nachtrag erschienen, der im wesentlichen die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Errichtung von Zwangskartellen vom 6. Oktober 1933, die Anordnungen auf Grund der Gesetze betreffs Errichtung von Zwangskartellen vom 15. Juli 1933 und betreffs Reichsnährstand vom 13. September 1933 enthält. Ein Gesamtschlagwortregister zum Hauptkommentar und I. Nachtrag ist beigelegt. Unter denjenigen Gesetzen, welche zwecks Errichtung von Zwangskartellen erlassen worden sind, ist besonders die Marktregelung auf dem Gebiete der Verarbeitung von Flußeisenwalzdraht von Interesse. Die Satzung des Verbandes der Dauermilcherzeuger gibt einen guten Überblick über die Grundrichtung der in der Milchwirtschaft getroffenen Neuordnung.

Bredt [2019]

## Aus andern Zeitschriften

**DIN RAL Fehlt ein Qualitätszeichen?** J. P. *Jaecke*. „Wirtschaftlichkeit“ Jg. 8 Nr. 173 (Januar 1934) S. 4/8.

Dieser Beitrag dringt bis zu den eigentlichen Kernfragen der „Gütebewegung“ vor, praktisch ausgehend von der Un-



erkennbarkeit der Güte eines Erzeugnisses, einer Ware für den Laien, den regelmäßig warenunkundigen Käufer, und von dem Mißbrauch, der mit Qualitätsbezeichnungen und -behauptungen getrieben wird zum Schaden aller — auch des Gütegedankens überhaupt.

Als Abhilfe werden die Normen (DIN) und die Lieferbedingungen und Gütezeichen, wie sie beim RAL vereinbart werden, angeführt; wozu zu bemerken ist, daß eine Dinorm eine Gütebedingung sein oder enthalten kann, aber nicht braucht (reine Maßnorm usw. im Gegensatz zu etwa den Werkstoffnormen, die wirklich Güte festlegen).

Sehr treffend wird hinsichtlich der Pläne, ein deutsches Ursprungszeichen zu schaffen, ausgeführt, daß es sich hier um ein Gütezeichen dann nicht handeln kann, wenn keine Überwachung der damit bezeichneten Ware und ihrer Hersteller hinsichtlich Einhaltung festgelegter Mindestgüten erfolgt.

Auch die Schwierigkeit, die Güte eines aus vielen Einzelteilen zusammengesetzten Erzeugnisses zu beurteilen, festzulegen oder zu kennzeichnen, wird richtig gesehen. Zuzustimmen ist der Hauptforderung: der Käufer muß die Verschiedenheiten der Qualitäten erkennen können. Logisch wird der Gütebegriff damit zum relativen Stufenbegriff, wobei die verschiedenen Gütegrade den verschiedenen Ansprüchen, Zweckbestimmungen, Gebrauchswertstufen und im Zusammenhang damit auch den verschiedenen Preisklassen entsprechen. Von der Güte her ist der Preis zu beurteilen; der Verbraucher hat keinerlei Gewißheit dafür, vom Preis auf die Güte schließen zu können. Die Güteabgrenzungen und Gütekennzeichnung vorzunehmen, wäre Aufgabe der einzelnen Gewerbezweige. Die ständische Ordnung der Wirtschaft kann die Pflege des Gütegedankens nicht außer acht lassen und hat in der Durchführung entsprechender Regelung eine ihrer wichtigsten, vornehmsten und dem Geiste der neuen Zeit angemessensten Aufgaben zu erfüllen.

BII.

# KARTELLWESEN

BEARBEITER: REICHSWIRTSCHAFTSGERICHTSRAT DR. TSCHIRSCHKY  
BERLIN-NEUBABELSBERG-BERGSTÜCKEN, HUBERTUSDAMM 17

## Gefahren einer Organisationsüberspannung

Während in dem unserer politischen Gestaltung so ähnlichen Italien die Scheidung zwischen korporativ-ständischer Gewerbeorganisation und der Kartellierung sich zur Zeit jedenfalls noch weitgehend feststellen läßt, wird bei uns, wie bereits im letzten Bericht hervorgehoben ist, die berufsständische „Fachschaft“ noch andauernd in hervorstechender Weise in den Dienst der wettbewerbregelnden Organisation des Marktes gestellt. Im „Nährstand“ (Landwirtschaft, landwirtschaftliche Gewerbe und Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen) wird diese Entwicklung regierungsseitig systematisch verfolgt. In der Industrie, im Handwerk und im Groß- und Kleinhandel mit gewerblichen Erzeugnissen erfolgt diese Organisation, abgesehen von den verhältnismäßig sehr vereinzelt Zwangseingriffen auf Grund des Zwangskartellgesetzes, aus eigenem Streben. Dabei scheint aber vielfach nicht hinreichend beachtet zu werden, daß im letzten Fall auch nur für indirekte Maßnahmen zum Zwecke des Beischlusses Organisationsunwilliger rechtlich kein Raum ist.

Zwang in unmittelbarer oder mittelbarer Form kann allein die Regierung auf Grund der ihr gegebenen gesetzlichen Befugnisse ausüben. Gerade sie geht aber mit der äußersten Vorsicht an derartige Eingriffe in die freie Wirtschaft. Wie dagegen die in den letzten Wochen vielfach veröffentlichten Zeitungsnachrichten andeuten, scheint die private Organisationsfähigkeit häufig sehr viel weniger sorgfältig vorzugehen. Die Folge ist, daß die Betroffenen sich zur Wehr setzen. So häufen sich einerseits Sperren gegen Außenstehende, aber auch Kündigungen nicht ganz freiwillig eingegangener Kartellverträge. Das muß gerade für den jetzt errungenen Aufbau der Wirtschaft als unerwünscht wieder zurückgedämmt werden. Es geht einfach nicht an, daß etwa alteingefahrene Geschäftsgleise nur deswegen nicht mehr befahren werden sollen, weil sie der aufgestellten Scheidungslinie zwischen Groß- und Einzelhandel, oder zwischen Großhandel und Einkaufsgenossenschaften zuwider laufen. Es kann in der Regel nichts dagegen eingewandt werden, wenn neu erstehende Unternehmen nach dem korporativ-fachlichen Schema eingegliedert werden. Aber weder gemein- noch privatwirtschaftlich ist es billig und wirtschaftsvernünftig, Altgewordenes und in dieser Form wirtschaftlich Erprobtes der Idee zu opfern. Unsere Gewerbewirtschaft ist viel zu alt und zu hochentwickelt, als daß auch auf diesem Gebiet anders als evolutionär, keinesfalls aber revolutionär verfahren werden dürfte. Wenn z. B. die Vereinigten Stahlwerke ihre Trustform dem neuen Zeitgeist geopfert haben, so sicher aus der Überzeugung, der eignen Industrie damit ein wertvolles Geschenk auf einer neuen Grundlage stärkerer Individualisierung zu bieten. Wollte man das Experiment aber auf die I. G. Farben anwenden, so wäre damit sicherlich nichts zu gewinnen, aber

viel zu verlieren. So läßt es sich durchaus vertreten, daß die Großindustrie ihre eignen Werkhandelsfirmen wieder abstößt, weil und sofern sie aus ihrer handelsrechtlichen und organisatorischen Verbindung einen Wettbewerbsvorsprung genossen, der den freien und für den Gesamtmarkt unentbehrlichen Großhandel stark ins Hintertreffen brachte. Weiter ist es im Interesse der Erhaltung und Förderung der mittelständischen Unternehmen, die unbestritten als ein besonderes starkes Reservoir gewerblicher und sozialer Kräftespeicherung anzusprechen sind, durchaus zu begrüßen, wenn eine Trennung zwischen der meist notwendig großkapitalistischen Rohstoff- und Halbfabrikate-Industrie und den weiterverarbeitenden Gewerben soweit durchgeführt wird, als nicht zwingende technische Forderungen entgegenstehen.

Wirtschaftlich nicht erforderlich, vielmehr vielfach bedenklich muß es erscheinen, wenn der Großhandel seinen grundsätzlichen Kampf gegen Einkaufsgenossenschaften etwa des Handwerks oder des Kleinhandels durch Abkommen mit Lieferanten-Industrien auch auf alte bewährte Genossenschaftsgebilde erstrecken will. Oder wenn vertragliche Mindestforderungen für die Neuerrichtung von mittel- und kleingewerblichen Unternehmen aufgestellt und durch Lieferungsperren gesichert werden, die praktisch auf einen numerus clausus hinauslaufen. Der Gedanke einer zeitlichen Sperre von Gewerben und Berufen ist ja viel zu einfach, um nicht zum Gebrauch zu verführen. Nur zu häufig wird dabei leider übersehen, daß er sozial nur dann und in Grenzen tragbar ist, wenn ein Ausweichen in andere Berufe dem Nachwuchs sich bietet. Daß wir gegenwärtig und noch für geraume Zeit nicht in dieser glücklichen Lage sind, bedarf keiner besondern Betonung. Wir sind deshalb gezwungen, der privaten Initiative durch freie Berufswahl den Kampf ums Dasein nicht durch starre Organisationsmaximen zu erschweren. Deshalb sind organisatorische Schranken, die die Neuerrichtung von Unternehmen des Mittelstandes, etwa durch bestimmte Kapital- und Einrichtungsanforderungen nach dem Durchschnitt der bestehenden Unternehmen, fordern, nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern noch viel mehr vom sozialen Gesichtspunkte auf Billigkeit und Zweckmäßigkeit scharf zu prüfen.

Zusammenfassend muß gerade in der Gegenwart immer wieder auf folgendes hingewiesen werden:

**Es kann nicht die Aufgabe der Kartelle als Organisationsprinzip und -instrument sein, die Konkurrenz zu ertöten. Lediglich Auswüchse des Wettbewerbs sollen sie verhindern, und auch nur insoweit, als der Kampf auf Kosten der Waren- oder Preisleistungen, also in privat- wie gemeinwirtschaftlich unrationeller Weise geführt wird.**

Deshalb muß sich auch die Bekämpfung von Außenseitern und besonders der Kampf gegen neu errichtete Unter-



nehmen im Rahmen eines Leistungskampfes halten. Alle Bestrebungen, die grundsätzlich auf die Verhinderung neuen Wettbewerbs sich abstellen, also dem organisierten Kreise ein Monopol verschaffen wollen, widersprechen an sich der gesunden Idee privatwirtschaftlicher Kartellierung. Organisationszwangsmaßnahmen im Sinne des § 9 der Kartellverordnung, nämlich Aussperrungen der Außenseiter, können nicht, wie heute anscheinend vielfach angenommen wird, als die Kampfregel angesehen werden, sondern müssen im Gegenteil die Ausnahme einer im letzten Fall anzuwendenden Notwaffe bleiben. Gesunde Kartellpolitik hat allein schon wegen der größeren wirtschaftlichen Kraft der kollektiven Organisation den Außenseiter nicht zu fürchten. Das muß heute um so stärker gelten, als ungesunden Auswüchsen des Wettbewerbes durch die fachliche wie die politische Organisation in einem bisher nicht gekannten Ausmaße gesteuert werden kann und gesteuert wird. Macht verpflichtet! Die Macht der Fachschaften darf nicht dazu herhalten, eine, wie mir scheint, ohnehin wachsende Kritik an unserm Kartellwesen zu verstärken.

### Interessante Kartell-Rechtsfragen

Zwei jüngere Entscheidungen des Kartellgerichtes haben allgemeineres Interesse. In dem einen Fall war die Verpflichtung zur Zahlung einer Vertragsstrafe, bzw. zur Verwertung der hierfür in Anspruch genommenen Sicherheiten damit zurückgewiesen worden, daß das betroffene Mitglied behauptete, das Kartell — ein Verkaufssyndikat in der Form der Gesellschaft m. b. H. — hätte schon vor längerer Frist wegen Überschuldung nach § 64 des Ges. d. Ges. m. b. H. Konkursantrag stellen müssen, wodurch die Grundlage für die Bestrafung weggefallen wäre.

In seiner Entscheidung auf Grund des § 9 der Kartellverordnung hat das Gericht die Frage des Konkurszwanges dahin gestellt gelassen, weil die Weigerung des Mitgliedes aus andern rechtlichen und tatsächlichen Gründen zurückzuweisen war. In der Begründung wird aber auf die maßgebenden Kommentare verwiesen, daß ein Konkurszwang wegen der satzungsmäßigen Verpflichtung der Mitglieder-Gesellschafter, etwaige Passiven der Bilanz durch Nachschüsse und Sonderumlagen zu decken, nicht gegeben sei. Es zeigt dieses Beispiel zunächst in interessanter Beleuchtung, daß die rein kapitalistische Gesellschaft m. b. H. in ihrer Verwendung als rechtliches Kartellgewand eine eigenartige Struktur gewinnen kann, auf die selbst grundlegende Gesetzesbestimmungen, wie der im Interesse von Gläubiger und Gesellschafter festgelegte Zwang zur Konkurseröffnung, nicht recht passen wollen. Die zu schützenden Gläubiger einer Kartell-Gesellschaft werden in den meisten Fällen die eignen Mitglieder sein. Schulden und Zinslasten können bei diesen Organisationen nur aus außerordentlichen Anlässen, ganz überwiegend nur daraus entstehen, daß z. B. Außenseiter-Unternehmen aufgekauft und stillgelegt werden, oder auch einzelne Mitgliedswerke. In der Regel erfolgt die Zahlung aus besonders aufgesammelten Kampffonds oder durch Verkauf frei werdender Quoten (Beteiligungsziffer), für die ja als Anspruch auf vermehrte Lieferungsrechte meist ganz hübsche Summen aufgebracht werden können, neben denen Erlöse aus Verkauf von Grundstücken oder (und) der Verschrottung der Anlagen vielfach weniger ins Gewicht fallen. Häufig muß auch Bankkredit zu Hilfe genommen werden. Dann aber handelt es sich fast niemals um offenen Kredit. Eine Bank wird und kann sich hierzu auch einer Kartell-G.m.b.H. gegenüber schon deswegen nicht verstehen, weil sie, entgegen der rein kapitalistischen Handelsgesellschaft, regelmäßig nur auf Zeit gegründet und

außerdem durch Kündigungen nach § 8 der Kartellverordnung in ihrem Bestande gefährdet ist. Der Bankkredit muß also regelmäßig gedeckt sein und ist es regelmäßig durch dingliche Sicherheiten, die seitens der Mitglieder (Gesellschafter) gestellt werden. Schulden in irgendwie bilanzmäßig und damit konkursrechtlich bedeutsamer Höhe aus der reinen laufenden Geschäftsführung können überhaupt nicht erwachsen. Für Schulden und Zinsen der sonstigen genannten Art haften aber nach dem Kartellvertrage die Mitglieder mit der Verpflichtung, Nachschüsse auf das Stammkapital und namentlich besondere Umlagen zur Deckung außerordentlicher Ausgaben zu zahlen. Wenn daher auch in Zeiten schlechten Geschäftsganges und demnach geringerer Umlagefreudigkeit für eine bestimmte Bilanzierungsfrist sich Überschuldung ergibt, so ist diese bilanzmäßige Tatsache nicht notwendig im Sinne des Gesetzes ein Zwangsgrund zur Konkursanmeldung. Denn die Hauptgläubiger, vielfach die einzigen, sind ja die eignen Mitglieder, wie sie auch zugleich Hauptschuldner sind. Wenn daher die Geschäftsführung eine ordnungsmäßige Bilanz — auch Zwischenbilanz — aufstellt, und auf Grund einer hieraus abzulesenden Überschuldung die Gesellschafterversammlung auf die an sich gesetzlich notwendige Konkurseröffnung hinweist, und wenn dann die Versammlung zur Abwendung die notwendigen genannten finanziellen Maßregeln satzungsmäßig zu ergreifen beschließt und durchführt, so kann ein Zwang zur Konkurseröffnung nicht mehr angenommen werden, da damit ja die Überschuldung wieder beseitigt wird, die Konkursanmeldung aber die organisatorischen, kartellmäßigen Aufgaben ganz erheblich stört, wenn nicht in der Regel unmöglich macht. Richtiger bleibt es allerdings in jedem Fall, daß die Geschäftsführung die Finanzgebarung so überwacht, daß Überschuldung rechtzeitig vermieden wird. Damit nimmt sie jedenfalls einem Gesellschafter, der, wie im vorliegenden Falle, über die Konkursbrücke ausscheiden möchte, diesen Vorwand.

Der zweite Fall betraf eine fristlose Kündigung, die darauf gestützt wurde, daß das Unternehmen infolge einer zu großen Schuldenlast die weitere Fesselung seiner Erzeugungs- und Absatzfähigkeit durch das Kartell nicht tragen könne, ohne konkursreif zu werden. Das Kartellgericht hat die Kündigung für unzulässig erklärt, weil — kurz zusammengefaßt — sich nach den ganzen Einzelheiten der Finanzierung ergab, daß es sich nicht um Schulden im echten Sinne des Wortes, sondern um Beteiligung handelte. Diese Entscheidung scheint mir nicht ohne grundsätzliche Bedeutung für die heute ja bereits abflauende, aber immer noch bedeutsame Verquickung von Konzernierung und Kartellierung. Wenn eine Konzerngesellschaft eines ihrer Unternehmen außergewöhnlich finanziert, so wird das in der Tat, auch wenn die Hergabe der Mittel formal im Verhältnis von Gläubiger zu Schuldner sich darstellt, im konkreten Falle anders zu bewerten sein, nämlich dahin, daß der Konzern seine innerwirtschaftlichen Gründe für ein derartiges außergewöhnliches Risiko gehabt hat, daß er also auch vorübergehende Schwierigkeiten des Schuldnerunternehmens durch interne finanzielle Maßnahmen beheben kann und wird. Diese sich aus dem Wesen der Konzernierung ergebende besondere Lage benimmt daher dem Kündigungsgrund seine sonst bedeutsame privatwirtschaftliche Geltung und erscheint nicht ausreichend, zumal bei besseren Geschäftsaussichten, durch Entlassung des Kündigenden aus seinen Kartellpflichten das Kartell der Gefahr der Auflösung und damit seine Mitglieder einem zurzeit gefährlichen, auch im Interesse der Gesamtwirtschaft unerwünschten Konkurrenzkampf auszusetzen.

[1996]

# INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

## Die Absatzgestaltung der deutschen Kraftfahrzeugindustrie

Während die Motorisierung in Deutschland in den Jahren nach der Inflation bis zum Jahre 1929 einen ungewöhnlich

starken Aufstieg nahm und damit belebend auf alle mit dem Kraftverkehr in Zusammenhang stehenden Wirtschaftszweige wirkte, mußte der empfindliche Rückschlag, der sich in besonderem Maße in der Kraftfahrzeugindustrie während der Wirtschaftskrise feststellen ließ, umso läh-



mender die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Wurde doch auf Grund der zahlenmäßigen Unterlagen des Jahres 1931 der Anteil der Kraftverkehrswirtschaft innerhalb der gesamten Volkswirtschaft auf 4 Mrd. RM geschätzt. Die Kraftverkehrswirtschaft nimmt zwischen Güterproduktion und Güterverbrauch eine Sonderstellung ein, aus der heraus sowohl die gesamtindustrielle Erzeugung als auch der Verbrauch der Volkswirtschaft zu beeinflussen ist.

Von dieser Erkenntnis ausgehend hat die Reichsregierung im Gegensatz zur Verkehrspolitik der vergangenen Jahre eine grundlegend anders geartete positive Einstellung dem Kraftverkehr gegenüber eingenommen. Der Erfolg, der auf einer Summe von Maßnahmen, angefangen mit der Steuerfreiheit der Personenkraftfahrzeuge über die steuerfreie Ersatzbeschaffung gewerblicher Kraftfahrzeuge, die Verwendung von Steuerrückständen für ihre Anschaffung, die Erleichterung und Verringerung der Ausbildung, die Gleichschaltung der Interessen zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr bis zu der grundlegenden Umgestaltung des deutschen Verkehrsnetzes, fußt, hat sich bereits in dem einen Jahre 1933 in vollem Umfange eingestellt. Er kündigte sich schon in der Kraftfahrzeug-Bestandsentwicklung am 1. Juli 1933 an. Während die Bestandserhebung 1932 erstmalig mit einem kräftigen Rückschlag den Höhepunkt der Krise kennzeichnete, stieg der Gesamtbestand 1933 auf 1 562 823 Stück und stellt den höchsten Stand der deutschen Motorisierung überhaupt dar.

### Der Bestand

Zahlentafel 1 verdeutlicht aber gleichzeitig Entwicklung und Wandel innerhalb des Bestandes, aus dem sich bereits Schlüsse auf die künftige Umgestaltung und den kommenden Kraftfahrzeugabsatz ergeben.

**Zahlentafel 1**  
Der deutsche Kraftfahrzeugbestand 1930/33

| Gruppe                                       | 1930      | 1931      | 1932      | 1933      |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Krafträder in Stück . . . . .                | 731 237   | 792 075   | 819 178   | 852 776   |
| Hubraumklassen in %                          |           |           |           |           |
| bis 200 cm <sup>3</sup> . . . . .            | 42,3      | 47,3      | 52,9      | 56,2      |
| über 200 bis 350 cm <sup>3</sup> . . . . .   | 27,5      | 24,0      | 20,7      | 18,7      |
| " 350 cm <sup>3</sup> . . . . .              | 30,2      | 28,7      | 26,4      | 25,1      |
| Personenkraftwagen in Stück . . . . .        | 488 838   | 510 608   | 485 828   | 510 687   |
| Hubraumklassen in %                          |           |           |           |           |
| bis 1000 cm <sup>3</sup> . . . . .           | 11,2      | 12,3      | 13,0      | 15,7      |
| über 1000 bis 2000 cm <sup>3</sup> . . . . . | 45,2      | 47,5      | 50,6      | 52,1      |
| " 2000 cm <sup>3</sup> . . . . .             | 43,6      | 40,2      | 36,4      | 32,2      |
| Lastkraftwagen in Stück . . . . .            | 157 432   | 161 072   | 152 420   | 155 219   |
| Eigengewicht in %                            |           |           |           |           |
| bis 1000 kg . . . . .                        | 12,7      | 12,5      | 12,5      | 13,1      |
| über 1000 bis 2000 kg . . . . .              | 44,3      | 46,7      | 46,7      | 45,9      |
| " 2000 kg . . . . .                          | 43,0      | 40,8      | 40,8      | 41,0      |
| Zugmaschinen in Stück . . . . .              | 23 934    | 24 788    | 24 711    | 26 079    |
| Eigengewicht in %                            |           |           |           |           |
| bis 2500 kg . . . . .                        | 61,1      | 58,4      | 57,4      | 53,4      |
| über 2500 bis 5000 kg . . . . .              | 36,2      | 38,9      | 40,3      | 44,1      |
| " 5000 kg . . . . .                          | 2,7       | 2,7       | 2,3       | 2,5       |
| Kraftfahrzeuge einschl. Sonstige             |           |           |           |           |
| Stück insgesamt . . . . .                    | 1 419 870 | 1 507 129 | 1 499 724 | 1 562 823 |

Für die Art der Veränderungen sind technischer Fortschritt, Kaufkraft und Kraftfahrzeug-Haltungskosten bestimmend. Sowohl bei den Krafträdern als auch bei den Personenkraftwagen wird eine stetige Verschiebung zum leichteren billigen Kraftfahrzeug mit niedrigen Haltungskosten und vergleichsweise kleinem Treibstoffverbrauch deutlich. Der Anteil der Kleinkrafträder steigt in den letzten vier Jahren von 42,3 auf 56,2 % an. Bei den Personenkraftwagen ergibt sich in der Klasse bis 1000 cm<sup>3</sup> ein Anstieg von 11,2 auf 15,7 %, in der Klasse von 1000 bis 2000 cm<sup>3</sup> ein solcher von 45,2 auf 52,1 %. Bei den Lastwagen ist bei einer Einteilung nach Eigengewicht keine gleichartige einheitliche Entwicklung festzustellen. Dagegen zeigen die Zugmaschinen im Laufe der letzten vier Jahre eine Bevorzugung der Klasse von 2500 bis 5000 kg Eigengewicht.

### Zulassungsstatistik

Während die durchschnittliche Lebensdauer der Kraftfahrzeuge, die sich in den letzten Jahren absteigender Konjunktur und sinkender Kaufkraft vergrößert, einen verhältnismäßig großen gleichbleibenden Kraftfahrzeug-

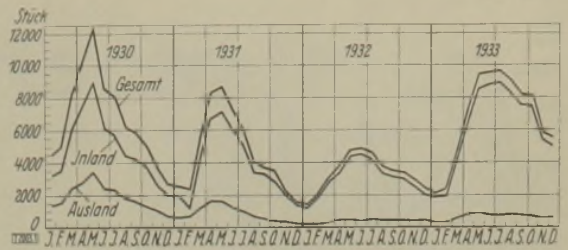


Abb. 1. Zulassungen von Personenkraftwagen

bestand bei der jährlichen Bestandserhebung wieder in Erscheinung treten läßt, gibt die monatliche Zulassungsstatistik, die den Absatz an neuen Kraftfahrzeugen erfaßt, eine Verlagerung zum billigen Gebrauchsfahrzeug sehr viel deutlicher wieder. Die Zulassungsstatistik stellt gleichzeitig einen viel klareren Maßstab der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Erstmals im Jahre 1930 aufgestellt, ergibt sich aus den Zulassungszahlen der nachfolgenden Zahlentafel 2 eine ständige Absatzzshrinkung bis zum Jahre 1932, das den Tiefpunkt des deutschen Kraftfahrzeugumsatzes darstellt.

**Zahlentafel 2**  
Der deutsche Kraftfahrzeugabsatz 1930/33

| Gruppe                            | 1930   | 1931   | 1932   | 1933   |
|-----------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| Personenkraftwagen in Stück       | 81 197 | 56 039 | 41 118 | 82 048 |
| Lastkraftwagen in Stück . . . . . | 15 885 | 12 737 | 7 030  | 11 573 |
| Krafträder in Stück . . . . .     | —      | 91 374 | 56 411 | 50 108 |

Ausgangs 1932 zeigen sich bereits erste Anzeichen einer Absatzbesserung, die dann durch die starke Förderung des Kraftverkehrs von Seiten der neuen deutschen Regierung zu einem über Erwartungen großen Umsatzanstieg im Jahre 1933 führten. So überstieg der stückmäßige Personenkraftwagenabsatz 1933 sogar noch die Personenzulassung des Jahres 1930, des bislang günstigsten statistisch erfaßten Jahres. Freilich haben sich seit 1930 im Personenkraftwagenabsatz erhebliche strukturelle Änderungen ergeben. Aus erhebungstechnischen Gründen sind aber nur die letzten drei Jahre vergleichbar. Abgesehen von dem ständigen Rückgang ausländischer Kraftfahrzeuge am deutschen Markt ergibt sich bei den Personenkraftwagen eine immer mehr hervortretende Verlagerung zu der Klasse der Kleinwagen mit einem Hubraum bis 1200 cm<sup>3</sup>. Sinkende Kaufkraft auf der einen Seite und technische Weiterentwicklung und Leistungssteigerung dieser Klasse auf der andern haben die in der Zahlentafel 3 ausgewiesenen Umschichtungen herbeigeführt:

**Zahlentafel 3**  
Der deutsche Personenkraftwagenabsatz nach Hubraumklassen und Wert

| Gruppe                                       | 1931        |       | 1932        |       | 1933        |       |
|--|-------------|-------|-------------|-------|-------------|-------|
|  | Stück       | %     | Stück       | %     | Stück       | %     |
| bis 1200 cm <sup>3</sup> . . . . .           | 21 067      | 37,6  | 18 660      | 45,4  | 45 468      | 55,4  |
| über 1200 bis 2100 cm <sup>3</sup> . . . . . | 22 600      | 40,3  | 16 704      | 40,6  | 29 432      | 35,8  |
| " 2100 " 3300 " . . . . .                    | 8 498       | 15,2  | 3 321       | 8,1   | 4 486       | 5,5   |
| " 3300 " 4200 " . . . . .                    | 2 301       | 4,1   | 1 364       | 3,3   | 1 552       | 1,9   |
| " 4200 cm <sup>3</sup> . . . . .             | 1 573       | 2,8   | 1 069       | 2,6   | 1 110       | 1,4   |
| Insgesamt . . . . .                          | 56 039      | 100,0 | 41 118      | 100,0 | 82 048      | 100,0 |
| Wert in RM . . . . .                         | 240 425 155 |       | 160 158 665 |       | 290 567 700 |       |

Auch die kleineren Mittelklassen von 1200 bis 2100 cm<sup>3</sup> konnten ihren Absatzanteil zu Lasten aller darüberliegenden Größenklassen verbessern. Diese Umschichtung des

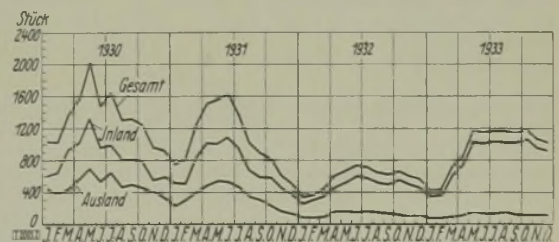


Abb. 2. Zulassungen von Lastkraftwagen



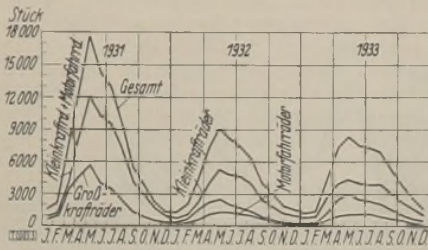


Abb. 3. Zulassungen von Kraftträdern

Absatzes drückt sich auch in einer wertmäßigen Verlagerung aus, so daß der wertmäßige Absatzanstieg des letzten Jahres nicht unwesentlich hinter dem stückmäßigen zurückbleibt. Die Wertangaben des Personenwagenabsatzes der letzten drei Jahre gehen auf vorsichtige Schätzungen zurück. Bei den Lastkraftwagen ist der stückmäßige Anstieg des Jahres 1933 (Zahlentafel 2) ungleich schwächer, kommt aber ebenfalls in erster Linie der heimischen Produktion zugute. Die Lastwagenzulassungen sind übrigens ein besserer Gradmesser wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland, weil für sie der mit der Kraftfahrzeugsteuerfreiheit für Personenkraftfahrzeuge vorhandene Kaufanreiz nicht gegeben ist. Bei den Kraftträdern wird gerade hierdurch eine Belebung der bislang steuerpflichtigen Großkraftfräder erreicht.

### Die strukturelle Änderung des Marktes

Besonders deutlich geht die Gesamtentwicklung bei Personen- und Lastkraftwagen über vier Jahre, bei Kraftträdern über drei Jahre aus den graphischen Darstellungen hervor, die gleichzeitig für die Kraftwagen das starke Absinken des Auslandeanteils an den neuen Zulassungen zeigen. Ein weiterer Beweis für die strukturelle Änderung des innerdeutschen Kraftfahrzeugmarktes und die Umschichtung der Bestände wird durch die Tatsache erbracht, daß trotz erheblicher stückzahlmäßiger Bestandsvermehrung der deutsche Treibstoffverbrauch des Jahres 1933 dem Vorjahr gegenüber nahezu gleichgeblieben ist oder doch nur um wenige Procente angestiegen ist. Zwar lassen sich keine genauen Zahlen für die Verteilung des deutschen Treibstoffverbrauches auf stationäre Motore, Bootsmotore, chemisch-technische Industrie und Kraftverkehr geben, das Schergewicht des Verbrauches aber dürfte bei dem Kraftverkehr liegen. Da man nicht annehmen kann, daß die kilometrische Verkehrsleistung bei dem Gesamtauftrieb des Kraftverkehrs 1933 rückläufig gewesen ist, müssen wesentliche Teile des Bestandes durch kleine Fahrzeuge mit niedrigem Treibstoffverbrauch ersetzt worden sein. Diese Tatsache verdient besondere Beachtung, weil damit erwiesen ist, daß der Hauptanteil des Kraftfahrzeugabsatzes 1933 der Ersatzbeschaffung gedient hat, während dem Jahre 1934 die Ausweitung des Bestandes und die Gewinnung neuer Käuferschichten für das Kraftfahrzeug vorbehalten ist.

Stellt man den Ausfuhranteil der deutschen Produktion 1932 und 1933 gegenüber, so sieht man, daß das Schergewicht im Jahre 1933 auf dem Inlandmarkt lag.

Zahlentafel 4  
Ausfuhranteil der deutschen Produktion

| Kraftfahrzeugart                     | 1932 | 1933 |
|--------------------------------------|------|------|
|                                      | %    | %    |
| Personenkraftwagen . . . . .         | 17   | 11   |
| Liefer- und Lastkraftwagen . . . . . | 21   | 14   |
| Dreirad-Fahrzeuge . . . . .          | 11   | 5    |
| Großkraftfräder . . . . .            | 10   | 4    |
| Kleinkraftfräder . . . . .           | 5    | 3    |

Die Personenkraftwagen-Ausfuhr bewegte sich überwiegend mit 87% in der Wagenklasse von 1 bis 2 l Hubraum und hat gegenüber dem Vorjahr noch eine weitere Erhöhung in der Klasse von 1,5 l erfahren. Bei den Lastkraftwagen überwiegt ebenfalls der leichte Wagen bis 2 t Eigengewicht mit 64% (im Vorjahr 73%). Hier hat also eine gewisse Verlagerung zum mittelschweren Wagen stattgefunden. Neben der wertmäßigen Rückläufigkeit der

Ausfuhr im Jahre 1933, die sich aus den Wertrückgängen je Ausfuereinheit erklärt, ist der stückmäßige Rückgang zur Hauptsache auf ein starkes Schrumpfen der Kraftwagenausfuhr zurückzuführen. Bei den Personenkraftwagen ist als bedeutendster Exporteur die Firma Opel deswegen erwähnenswert, weil sie ein Schulbeispiel für die Notwendigkeit einer umfangreichen Ausfuhrorganisation ist. Dieser Firma steht der bestorganisierte Ausfuhrapparat überhaupt zur Verfügung, der durch die General Motors Corporation in der ganzen Welt unterhalten wird. Gleichmäßig auf der gesamten Ausfuhr lastete der Konkurrenzkampf mit englischen und amerikanischen Erzeugnissen, denen der niedrige Stand ihrer Währungen einen wesentlichen Vorsprung boten. Wenn Italien und die Schweiz durch Zoll- und Einfuhrerschwerungen eine Drosselung der deutschen Ausfuhr herbeiführen und andere Länder die unter Valutadumping eingeführten Kraftfahrzeuge bevorzugen, so wird auch im Jahre 1934 das Schergewicht der deutschen Produktion auf dem Inlandmarkt ruhen.

Da ein Anstieg der Kaufkraft aller Schichten der Bevölkerung allmählich vor sich geht, und da neben die Ersatzbeschaffung für das Jahr 1934 vordringlich die Erfassung neuer Käuferschichten tritt, wird auch in diesem Jahr das bevorzugte Kaufobjekt in der kleinen und Mittelwagenklasse bis 2000 cm<sup>3</sup> liegen. Die aus Anlaß der Automobilausstellung in Berlin angekündigten Neuerscheinungen bewegen sich zur Hauptsache in dieser Hubraumklasse. Durch die Steuerfreiheit verwischen sich allerdings die Grenzen etwas, und die Konstrukteure sind nicht mehr gezwungen, ängstlich an den kleinsten Kubikzentimeter-Motoreinheiten festzuhalten, sofern der Brennstoffverbrauch nicht wesentlich über 10 l/100 km steigt. Erstmals im Laufe des Jahres werden auch die steuerfreien gebrauchten Wagen in größerer Zahl am Markt erscheinen und mit dem billigen Kleinwagen in Preiskonkurrenz um die Motorisierung der untern Käuferschichten treten.

Riester [2003]

### Einbanddecke 1933

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Einbanddecke für den Jahrgang 1933 fertiggestellt ist und zum Preise von 2,25 RM (VDI-Mitglieder 2 RM) von der VDI-Verlag-GmbH. bezogen werden kann.

#### Inhalt

|   | Seite |
|---|-------|
| <b>Aufsatzteil:</b>   |       |
| Die weltanschaulichen Grundlagen des neuen Arbeitsrechtes. Von W. A. Th. Müller-Neuhaus VDI . . . . .       | 65    |
| Die Sozialversicherung als Kapitalquelle der deutschen Wirtschaft   | 67    |
| Die Maschine im Kampf um Arbeit und Brot. Von Martin Doering . . . . .                                      | 69    |
| Wiederaufbau der Einkommenspyramide. Von Dr. K. Koblick   | 74    |
| Kapitalwirtschaft und Kostengestaltung der deutschen Lederindustrie. Von Dipl.-Kaufmann H. Norden . . . . . | 75    |
| Wirtschaftsdynamik. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . . .   | 79    |
| <b>Archiv für Wirtschaftsprüfung:</b>   |       |
| Zwei Jahre Pflichtprüfung. Von Wirtschaftsprüfer Dr. Bernhard Brockhage . . . . .                           | 82    |
| Rahattgesetz und sachverständiger Prüfer . . . . .  | 83    |
| <b>Wirtschaftsberichte:</b>   |       |
| Die deutsche Wirtschaft Mitte Februar 1934. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . . .                               | 83    |
| Wirtschaftskennzahlen . . . . .   | 86    |
| Landwirtschaft . . . . .  | 86    |
| Handel . . . . .  | 86    |
| Bauwirtschaft . . . . .   | 87    |
| Metallindustrie . . . . .   | 87    |
| Klavierindustrie . . . . .  | 87    |
| Elektrizitätswirtschaft . . . . .   | 88    |
| <b>Literaturnachweis:</b>   |       |
| Wirtschaftswissenschaft und -politik . . . . .  | 89    |
| Betriebswirtschaft . . . . .  | 90    |
| Wirtschaftsprüfung . . . . .  | 91    |
| Industrie und Handel . . . . .  | 92    |
| Vertrieb . . . . .  | 92    |
| Technik und Recht . . . . .   | 92    |
| Aus andern Zeitschriften . . . . .  | 92    |
| Kartellwesen. Von Dr. S. Tschierschky . . . . .   | 93    |
| <b>Industrieller Vertrieb:</b>  |       |
| Die Absatzgestaltung der deutschen Kraftfahrzeugindustrie. Von Dipl.-Ing. Riester . . . . .                 | 94    |